

Ausgabe 03 | 23

# EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit



## IM FOKUS

Angriff auf die Demokratie:  
Autoritäre Umsturzversuche vom Hitlerputsch  
bis zum Sturm auf das US-Kapitol

## IM FOKUS

Wie viel Zensur verträgt die Demokratie?

## PRO & CONTRA

Die Aktionen der Klimaaktivist\*innen  
Angriff auf die Demokratie oder  
legitimes Mittel des Protests?

## SERIE

Zum Streit über die „Zeitenwende“  
Die Nato und die sicherheitspolitische  
Zukunft der Ukraine

## Liebe Leserin und lieber Leser,

„Demokratie weltweit auf dem Rückzug“, lautete die aufsehenerregende Schlagzeile der Deutsche Welle am 10. Februar 2022, als die Zahlen des renommierten „*Democracy Index*“ der britischen Zeitschrift „The Economist“ für das Jahr 2021 bekannt gegeben wurden. Die alarmierenden Ergebnisse fachten eine internationale Debatte an, die unmissverständlich und eindeutig vor Augen führte, wie sehr demokratische Grundwerte weltweit unter Druck stehen, wie auch die New York Times feststellte („*How Democracy Is Under Threat Across the Globe*“).

Leider hat sich – weiteren Studien zufolge – dieser negative Trend auch in jüngster Zeit nicht umgekehrt, vielmehr stimmen mittlerweile auch in Deutschland laut einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 78,9 Prozent der Aussage zu, dass die Demokratie hier ebenfalls stärker angegriffen werde als noch vor fünf Jahren.

Unsere Autorinnen und Autoren beleuchten diese bedenklichen Entwicklungen aus unterschiedlichen Perspektiven:

- Einführend gibt Lars Rensmann einen Überblick über aktuelle und vergangene Bedrohungen für demokratische Institutionen.
- Heike Paul geht der Frage nach, ob die zunehmenden Einschränkungen auf dem US-amerikanischen Buchmarkt die Demokratie in den USA nachhaltig beschädigen.
- In einer Lokalstudie untersucht Alexander Wolz, welche Auswirkungen das Krisenjahr 1923 in Nordbayern hatte.
- Inwiefern die Aktionen der sog. Klimaaktivisten demokratisch legitimiert sind oder sogar eine Gefahr für die freiheitlich-pluralistische Grundordnung darstellen können, steht in unserer Rubrik „Pro und Contra“ zur Debatte.

Eine besonders große Herausforderung für die westlichen Demokratien stellt sicherlich nach wie vor der Angriff Russlands auf die Ukraine dar. Markus Kaim analysiert die möglichen Auswirkungen und Folgen auf die zukünftige Sicherheitspolitik der Nato.

In der Fortsetzung der Serie zur klassischen Sozialfotografie von Rudolf Stumberger werden insbesondere die fragilen Jahre der Demokratie von 1920 bis 1940 in den USA in den Fokus gerückt.

Wir wünschen eine angenehme und in bestem Fall unterhaltsame Lektüre.

## Die Redaktion

## Autoren und Autorinnen dieses Heftes

**Manfred Fischl**, M.A. ist Gymnasiallehrer und Referent an der BLZ.

**PD Dr. habil. Markus Kaim** ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und an der Hertie School of Governance, Berlin und Senior Fellow in der Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik“ der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin.

**Prof. Dr. Heike Paul** hat den Lehrstuhl für Amerikanistik, insbesondere nord-amerikanische Literatur- und Kulturwissenschaft an der FAU Erlangen-Nürnberg inne.

**Nadja Renner** ist Gymnasiallehrerin und Referentin an der BLZ.

**Prof. Dr. Lars Rensmann** ist Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Vergleichende Regierungslehre an der Universität Passau.

**Dr. Rudolf Stumberger** ist Privatdozent an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und arbeitet als freier Journalist und Publizist.

**Dr. Alexander Wolz** ist Historiker und Leitender Archivrat des Staatsarchivs Würzburg.



## INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: [landeszentrale@blz.bayern.de](mailto:landeszentrale@blz.bayern.de)  
Stichwort: *Einsichten und Perspektiven.*

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

# INHALTSVERZEICHNIS



---

## FOKUS

- Angriff auf die Demokratie: Autoritäre Umsturzversuche vom Hitlerputsch bis zum Sturm auf das US-Kapitol** 4  
*von Lars Rensmann*
- Wie viel Zensur verträgt die Demokratie?** 16  
*von Heike Paul*
- Putsch in der Provinz?** 22  
Schlaglichter auf Nordbayern im Krisenjahr 1923  
*von Johannes Staudenmaier und Alexander Wolz*
- 

## WERBUNG

- Demokratie im Abwehrmodus. Bayern im Krisenjahr 1923** 30  
Workshop – Podiumsdiskussion – Vortrag
- 

## PRO & CONTRA

- Die Aktionen der Klimaaktivist\*innen** 32  
Angriff auf die Demokratie oder legitimes Mittel des Protests?
- 

## COMIC

- von Angelina Heckmann* 44
- 

## ZUR DISKUSSION GESTELLT

- Zum Streit über die „Zeitenwende“** 45  
**Die NATO und die sicherheitspolitische Zukunft der Ukraine**  
*von Markus Kaim*
- 

## SERIE

- Das Bild der Gesellschaft** 55  
**Die Zeit der „Klassischen“ Sozialfotografie 1920-1940**  
Das Beispiel der US-amerikanischen „New-Deal“-Fotografie  
*von Rudolf Stumberger*
- 

## BLZ

- „Der Wille zu Freiheit und Demokratie“** 68  
Die neue Dauerausstellung zum Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee 1948 ist eröffnet
- Die Landeszentrale goes Superbloom!** 70  
Die BLZ nimmt zum zweiten Mal am Musikfestival in München teil
-



# ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATIE: AUTORITÄRE UMSTURZVERSUCHE VOM HITLERPUTSCH BIS ZUM STURM AUF DAS US-KAPITOL

von Lars Rensmann

Rechtsextreme, Reichsbürger, Holocaustleugner, Verschwörungdenker und radikale Coronaleugner versuchen am 29. August 2020 den Reichstag in Berlin zu stürmen. Zahlreiche Reichsflaggen sind zu sehen.

Foto: picture alliance/dpa/NurPhoto/Fotograf: Achille Abboud



Inmitten der Corona-Pandemie, welche nicht nur die deutsche Gesellschaft vor neue und teils ungeahnte Herausforderungen stellte, marschierten am 29. August 2020 ca. 38.000 Menschen durch Berlin, um gegen die Schutzmaßnahmen der Regierung zu protestieren. Am späten Nachmittag versuchte dann ein harter Kern von Aktivisten, mittlerweile reduziert auf mehrere hundert Rechtsextreme, Reichsbürger, Holocaustleugner, Verschwörungdenker und radikale Coronaleugner, den Reichstag

zu stürmen, der nur von einer Hand voll Polizisten verteidigt wurde. Bereits Tage zuvor war im Internet zum „Sturm auf Berlin“ und zum „Sturm auf den Reichstag“ mobilisiert worden.<sup>1</sup> Trotz der kleinen

<sup>1</sup> RBB: Demonstranten stürmen Reichstagstreppe: Entsetzen über Reichstageskalation, RBB24, 30.08.2020, [https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege\\_neu/2020/08/berlinreaktionen-reichsflaggen-absperungen-durchbrochen-reichs.html](https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/08/berlinreaktionen-reichsflaggen-absperungen-durchbrochen-reichs.html) [Stand: 12.09.2023].

Zahl von gewaltbereiten Demokratiegegnern und des Scheiterns des Angriffs auf den Sitz des Bundestages stilisierten sich jene zu „dem Volk“. Das Objekt des Angriffs war alles andere als zufällig gewählt: Das nationale Parlament ist das wichtigste Symbol der deutschen parlamentarischen Demokratie, und Parlamentssitze sind in freiheitlich verfassten repräsentativen Demokratien überhaupt die zentralen Orte, in denen sich der demokratische Legitimitätsanspruch des Staates verdichtet.<sup>2</sup> Die Demonstranten imaginierten sich bereits zuvor auf den Protestkundgebungen als gefühlte Million, als ein Vielfaches der realen Menge, und konstruierten sich als Rechtneu-setzende Macht, die sich unabhängig von Wahlen oder demokratischen Verfahren legitimiert sieht, als Stimme des „wahren Volkes“ zu sprechen und dermaßen selbstermächtigt die Regierung zu entmachten oder abzusetzen.<sup>3</sup>

Dieses aktuelle Beispiel steht auch nach der Pandemie-Zeit für viele gescheiterte sowie (in viel selteneren Fällen) erfolgreiche Versuche durch kleine Gruppen oder Massenbewegungen im modernen Zeitalter neue oder etablierte Demokratien an ihren symbolischen Orten in ihrer Substanz anzugreifen oder gewaltsam zu stürzen. Um zu analysieren, was diese Versuche antreibt und welche politischen Möglichkeiten sie haben, ist insbesondere der Blick auf den breiteren Kontext demokratiefeindlicher Bewegungen erforderlich. Daher werden in diesem Beitrag militärische Angriffe auf Demokratien innerhalb von Demokratien im Horizont demokratiefeindlicher Bewegungen untersucht. Die konkreten Attacken auf demokratische Institutionen und die Demokratie als politische Ordnung werden anhand von einzelnen historischen und aktuellen Beispielen schlaglichthaft erörtert. Dieser Beitrag zielt dabei darauf, spezifische und allgemeine Faktoren zu beleuchten, welche entsprechende Bestrebungen zur Gefahr für die Demokratie werden lassen. Die leitende These ist, dass neben Aspekten der breiteren politischen Kultur und ihrer Polarisierung die Erfolgsaussichten antidemokratischer Putschisten einerseits vom Verhalten demokratischer Institutionen und Akteure, andererseits besonders von der Stärke des gesellschaftlichen Umfeldes und der autoritären Bewegung abhängig sind, welche den Angriff auf die Demokratie trägt.

## Die demokratische Gesellschaft und ihre Feinde

So gering die Gefahr im August 2020 war, dass die selbststilisierten Volksvertreter – mit ihren Reichskriegsfahnen und beflügelt von der Fantasie, der seinerzeitige US-Präsident Donald Trump würde ihnen helfen und nach Berlin einfliegen, um die Bundesregierung abzusetzen – Deutschlands Demokratie in Gefahr bringen würden, so haben doch in der gegenwärtigen Zeit die Feinde des demokratischen Verfassungsstaates und einer freien, pluralistischen demokratischen Gesellschaft enormen Auftrieb. Davon profitieren auch ihre militanten Vertreter. Befeuert durch neue digitale Medien dringen auch entsprechende antidemokratische Diskurse, welche die Grenzen des Sagbaren stets neu ziehen und erodieren, zunehmend in die „Mitte der Gesellschaft“ vor. Und dies ermutigt auch diejenigen, die Demokratien ganz konkret in Frage stellen, bekämpfen und angreifen. Selbst etablierte demokratische Verfassungsstaaten sehen sich heute wieder verstärkt inneren Delegitimierungen und konkreten Angriffen auf das politische System ausgesetzt, die sich in verschiedenen Formen und durch politisch teils sehr divergierende Akteure manifestieren. Der norwegische Terrorismusforscher Tore Bjørgo hat vor dem Hintergrund der neuen Relevanz der Angriffe auf die Demokratie innerhalb etablierter demokratischer Systeme das Konzept des Anti-Regierungs-Extremismus entwickelt. Als empirisches Beispiel führt er neben dem gescheiterten Angriff auf den Reichstag auch die jüngsten Ereignisse in Brasilien an: Am 8. Januar 2023 attackierten Unterstützer des früheren brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro zentrale Regierungsgebäude wie das Verfassungsgericht und den nationalen Kongress. Bjørgo sieht hier nicht nur eine inhärente Bedrohung für die liberale Demokratie wegen der Symbolik der Orte – eine durch breitere gesellschaftliche Gruppen getragenen offenen Angriff auf die wichtigsten Institutionen demokratisch verfasster Staaten – sondern verweist auch auf die neuen strategischen Dimensionen dieser Attacken auf die demokratische Ordnung.<sup>4</sup> Trotz bestimmter neuer und besonders günstiger Bedingungen für

2 Paula Diehl: Das Symbolische, das Imaginäre und die Demokratie. Eine Theorie politischer Repräsentation, Baden-Baden 2015.

3 Lars Rensmann: Populismus und Ideologie, in: Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, hg. v. Frank Decker, Wiesbaden 2006, S. 59-80.

4 Tore Bjørgo: *Introduction to the Special Section on Anti-Government Extremism*, in: *Perspectives on Terrorism* 8:1, 2006, S. 67-72, [https://pt.icct.nl/sites/default/files/2023-03/PT%20Vol%20XVII%2C%20I%20March%202023%20AX0%20ep\\_0.pdf](https://pt.icct.nl/sites/default/files/2023-03/PT%20Vol%20XVII%2C%20I%20March%202023%20AX0%20ep_0.pdf) [Stand: 16.08.2023].



Protestanten, Unterstützer des früheren Präsidenten Jair Bolsonaro, fordern eine militärische Intervention, als das Gebäude des Nationalen Kongresses in Brasilien am 8. Januar 2023 gestürmt wird.

Foto: picture alliance ASSOCIATED PRESS/Fotograf: Eraldo Peres

entsprechende Mobilisierungen gegen die Demokratie in heutiger Zeit verweisen die aktuellen Beispiele indes auch auf eine lange Geschichte der Angriffe auf die Demokratie, ihre Vertreter und Institutionen im nationalen und internationalen Kontext. In der instabilen Weimarer Republik, einer Demokratie weitgehend ohne Demokraten, etwa waren die gewalttätigen Angriffe auf das demokratische Institutionengefüge und die liberale Gesellschaftsform die Vorboten des demokratischen Zusammenbruchs und der Terrorherrschaft.

Die große Mehrheit der historischen und gegenwärtigen Angriffsversuche auf demokratische Institutionen ziel(t)en in der Mehrzahl auf eine neue autoritäre Ordnung, die mit den Prinzipien, Ideen und institutionellen Grundlagen der freiheitlichen und pluralistischen Demokratie brechen und nicht vereinbar sind. Zugleich reklamieren jene Akteure oftmals für sich selbst durchaus demokratische Legitimitäts- und Geltungsansprüche, mit denen avisierte Umstürze im Kontext der politischen Moderne gerechtfertigt werden. Das Zeitalter der politischen Moderne, deren Beginn in das späte 18. Jahrhundert zurückreicht und in der Amerikanischen und Französischen Revolution frühe substantielle Kristallisationspunkte erfuhr, hat in Konkurrenz zu vielen anderen modernen Ideologien demokratische Ansprüche zur Begründung

und Rechtfertigung politischer Ordnung hervorgebracht, die im 19. Jahrhundert in einer ersten, längeren Demokratisierungswelle mündete.<sup>5</sup> Sie verweisen neben dem Anspruch, dass der durch Staatsbürger territorial konstituierte Demos Autor und Objekt seiner eigenen Gesetze ist, auf Ideale universalistisch begründeter und die Gleichheit der Bürgerschaft sichernde Verfassungsnormen, die durch eine individuelle Rechte und Gleichheit garantierende Verfassung gestützt werden sollen; auf zivile und politische Rechte wie das Wahlrecht und die Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit; auf die Idee politischer Repräsentation durch freie und faire Wahlen; sowie auf institutionalisierte Prinzipien der Gewaltenteilung. Dagegen wird von den Gegnern demokratischer Ordnung meist ein „wahrer“, uniform gedachter „Volkswille“ gesetzt, der sich im versammelten Kollektiv und dessen Führern ausdrücke. Der nationalsozialistische Rechtstheoretiker Carl Schmitt verstand diese Legitimationsform politischer Gewalt und Ermächtigung gegen Liberalität, Pluralismus und Parlamentarismus durch eine jubelnde Masse als wahre Demokratie per öffentlicher Akklamation,

5 Samuel P. Huntington: *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman 1991.



Mitglieder der NSDAP versammeln sich am 9. November 1923, um Hitler zu folgen.

Foto: picture-alliance/Fotografin: Mary Evans  
Picture Library



die auf die „Kraft des demokratischen Gefühls“, nicht auf ein „Registriersystem geheimer Abstimmung“ setzte.<sup>6</sup> Dieses Doppelmoment – autoritäre Ordnungsvorstellungen gepaart mit der imaginierten demokratischen Legitimität eines „wahren Volkswillens“ – ist (fast) allen historischen und aktuellen Angriffen auf moderne Demokratien und ihre Institutionen zu eigen – von den autoritären Putschversuchen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zu den Angriffen auf Parlamentsgebäude in heutiger Zeit in Berlin, Washington oder Brasilia. Neben anderen Faktoren demokratischer Stabilität sind in allen Fällen dabei vor allem die Größe und der gesellschaftliche und politische Rückhalt antidemokratischer Bewegungen entscheidend dafür, wie gefährlich solche militanten Angriffe auf die Demokratie für die Demokratie werden können. Dabei zeigt ein Blick in die Geschichte erstens, dass sich explizite ideologische

und politische Muster wiederholen; und zweitens, dass bestimmte gesellschaftliche, kulturelle und politisch-institutionelle Umbrüche, Instabilitäten, und Polarisierungen das Risiko solcher Angriffe und ihr Potenzial erhöhen.

### 1923 – inszenierter Aufstand gegen die Weimarer Demokratie

Vor nunmehr 100 Jahren, am 9. November 1923, ereignete sich der „Hitler-Ludendorff-Putsch“ – der wohl signifikanteste Angriff auf die noch junge und instabile erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik. Nur vier Jahre nach seiner Gründung vermochte sich der kaum konsolidierte demokratische Staat zwar des Angriffs erwehren. Doch die Ingredienzen des von Hitler und anderen Akteuren wie General Ludendorff inszenierten Putschversuchs und die Faktoren, die ihn begünstigten, sind in Teilen bereits diejenigen, die Angriffe auf Demokratien generell begünstigen und die schließlich auch das Ende der Weimarer Republik einläuteten: ungefestigte, noch von autoritären Mustern geprägte zivile und politische Institutionen; ein trotz vielfältiger Freiheitsbestrebungen weit verbreiteter autoritärer Geist in der postautoritären, postaristokratischen

6 Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Nachdruck 21926, Berlin 1996, S. 22; Jens Hacke: Carl Schmitt: Antiliberalismus, identitäre Demokratie und Weimarer Schwäche, in: Das alte Denken der Neuen Rechten – Die langen Linien der antiliberalen Revolte, hg. v. Zentrum Liberale Moderne, Berlin 2019, S. 19-30; Klaus Roth: Carl Schmitt – ein Verfassungsfreund? Seine Stellung zur Weimarer Republik in der Phase der relativen Stabilisierung (1924–29), in: Zeitschrift für Politik 52:2 (2005) S. 141-156.

deutschen politischen Kultur; dramatische soziale Umbrüche und Verwerfungen in der Gesellschaft sowie durch ökonomische Krisen verstärkte materielle Unsicherheit in der frühen Nachkriegszeit; ein durch verschiedene Zeitungsmedien angeheiztes politisches Klima extremer Polarisierung zwischen rechts und links, angefeuert insbesondere durch monarchistische, radikal-nationalistische und autoritäre Medien (einschließlich autoritärer Kommunisten); und schließlich ein breites Spektrum gesellschaftlich wirkungsmächtiger politischer und kultureller Akteure, die nie in der Demokratie angekommen waren und von Beginn an deren Ende herbeisehnten.

Adolf Hitler als Vorsitzender der NSDAP und der ehemalige Stabschef der Obersten Heeresleitung, Erich Ludendorff, hatten zwei Monate vor dem Putschversuch den „Deutschen Kampfbund“ gegründet, dessen Ziel es war, Deutschland zu einer Diktatur zu machen. Sie profitierten dabei davon, dass die bayerische Landesregierung zum Zeitpunkt dieser Gründung den Ausnahmezustand für Bayern erklärt hatte, und sogar selbst mit Gustav Ritter von Kahr gegen die demokratische Reichsregierung vorgehen wollte. Dieser war zum mit enormen Exekutivvollmachten ausgestatteten Generalstaatskommissar ernannt worden. Er verachtete als Monarchist die neue Staatsform und war entschlossen, die „rote Reichsregierung“ der Weimarer Republik zu bekämpfen. Ein von der demokratischen Reichsregierung gefordertes Verbot des NSDAP-Organs „Völkischer Beobachter“ wurde von der Führung der bayerischen Reichswehrdivision nicht durchgesetzt und führte schließlich zum Bruch Bayerns mit der Republik. Ein wichtiger Teil der institutionellen Strukturen und der politischen Führung versagte damit auf regionaler Ebene der Demokratie die Unterstützung. Ermuntert von einem nationalistischen, antidemokratischen politischen Klima, das weit in das bürgerliche Spektrum ragte, versuchten die NSDAP und der „Deutsche Kampfbund“ diese institutionelle Schwäche zu nutzen. Sie deklarierten, angeführt von Hitler, am 8. November bei einer Veranstaltung des Generalstaatskommissars im Münchner Bürgerbräukeller die Reichsregierung für abgesetzt und verkündeten die „nationale Revolution“. Allerdings akzeptierten die bayerischen Autoritäten, einschließlich von, der bayerischen Reichswehrdivision und der Landespolizei, ihre eigene Entmachtung nicht und reagierten mit entscheidenden Maßnahmen. Hitler und seine SA marschierten am Morgen des folgenden Tages

vom Bürgerbräukeller zur Feldherrnhalle, wo der antidemokratische Putschversuch im Schusswechsel endete, bei dem 20 Menschen starben, darunter Nazis und Polizisten. Der leicht verletzte Hitler konnte zunächst entkommen, bevor er zwei Tage später verhaftet wurde. Der Prozess gegen Hitler zeigte dann die Schwäche der demokratischen Justiz in München. Während Ludendorff ganz freigesprochen wurde, verurteilte das Gericht Hitler zwar wegen Hochverrats, ließ aber große Milde walten und beschied sich mit fünf Jahren Festungshaft – wobei das Gericht zudem ausdrücklich Hitlers vermeintlich „rein vaterländischen Geist und edelsten Willen“ lobte.<sup>7</sup> Hitler stand mithin unter Schutz, musste trotz der Schwere der Verbrechen kaum Zeit im Gefängnis verbringen und wurde schon Ende 1924 vorzeitig entlassen, nachdem er dort in der Festung Landsberg seine wirre, aber propagandistisch folgenreiche völkisch-antisemitische Hetzschrift „Mein Kampf“ verfasst hatte. Er konnte sich als Märtyrer stilisieren und ging aus dem gescheiterten Putschversuch gestärkt hervor. Der Nationalsozialismus wurde erst in der Folge zur Massenbewegung. Die demokratischen Institutionen in Bayern hatten sich 1923-24 als schwach und noch ohne Selbstbewusstsein erwiesen, und sie blieben es bis zur Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933. Zwar scheiterte jener Putschversuch, am Ende aber ging die Weimarer Republik unter – auch wesentlich auf Grund der Schwäche ihrer Institutionen und Repräsentanten, der Instabilität und politisch-kulturellen Polarisierung der Gesellschaft wie nicht zuletzt auf Grund der Stärke anhaltender antidemokratischer Tendenzen, autoritären Denkens und demokratiefeindlicher Bewegungen in der ersten deutschen Demokratie.

### **Demokratiewellen und Putschisten gegen die Demokratie im globalen Kontext nach 1945**

Dem Terror der NS-Bewegung, den Demokratiestürzen, den faschistischen Verwerfungen in Europa und darüber hinaus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgte nach dem Holocaust und der militärischen Niederlage der

---

7 Wolfgang Niess: Der Hitlerputsch 1923: Geschichte eines Hochverrates, München 2023; Siehe auch zusammenfassend: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Hitlerputsch – 9. November 1923. Vgl. <https://www.lpb-bw.de/hitlerputsch> [Stand: 23.07.2023].





nationalsozialistischen sowie faschistischen Diktaturen am Ende des Zweiten Weltkrieges eine „zweite“, global wirkende Demokratisierungswelle.<sup>8</sup> Doch auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden Demokratien immer wieder herausgefordert und von Umsturzversuchen bedroht – u.a. in einer Autokratisierungswelle seit den frühen 1960er Jahren bis in die Mitte der 1970er Jahre, die im globalen Kontext insbesondere noch junge und fragile Demokratien erfasste, so dass die Gesamtzahl konsolidierter, freier Demokratien auf 30 sank.

Ein internationales Beispiel aus Lateinamerika – und aus den Nachwehen jener zweiten Autokratisierungswelle – verdeutlicht typische Dynamiken von autoritären Angriffen auf die Demokratien innerhalb von Demokratien. Diese sind besonders gefährdet, wenn sie nicht systemisch, institutionell und politisch-kulturell konsolidiert sind. In Argentinien etwa putschte 1976, wie zuvor 1973 beim antidemokratischen Putsch in Chile gegen

die gewählte Regierung Salvador Allendes, die Militärführung gegen die Demokratie. Diese war nach einem krisenhaften Jahrzehnt in den 1960er Jahren gerade erst re-etabliert worden. Neben einer lange währenden politischen Krise, bei der das Militär stets als mächtiger Staat im Staate agierte, stechen in Argentinien eine vom Peronismus geprägte autoritär-populistische politische Kulturgeschichte und eine enorme wirtschaftliche Krise mit hoher Inflation (ein bis heute immer wiederkehrendes Problem der argentinischen Gesellschaft) als Ermöglichungsbedingungen des Coups hervor. Die obersten Militärs unter Führung von Jorge Videla, dem Oberkommandierenden der argentinischen Streitkräfte, hatten vor dem Hintergrund der autoritären politischen Kultur und der Gewalt in der Auseinandersetzung mit den demokratischen Akteuren in Argentinien so leichtes Spiel, die schwache Präsidentin Isabel Perón innerhalb von wenigen Stunden und ohne nennenswerten Widerstand durch die zivile Regierung abzusetzen. Die Militärjunta hatte noch am Tage des Putsches, dem 24. März 1976, den demokratisch gewählten Kongress aufgelöst, alle politischen

Nach dem Militärputsch in Argentinien parken im März 1976 Panzer vor dem Präsidentenpalast.  
Foto: Süd-deutsche Zeitung  
Photo/Rue des Archives/AGIP

8 Huntington (wie Anm. 5).

Parteien verboten und die unabhängige Gerichtsbarkeit, einschließlich des obersten Gerichts, ihrer Ämter enthoben. Argentinien wurde fortan von 1976 bis 1983 durch eine brutale, auch während der Weltmeisterschaft im Land 1978 systematisch folternde und mordende Militärjunta regiert, die mit militärischen Mitteln und unter Einbeziehung von paramilitärischen Todesschwadronen tausende Menschen, darunter Oppositionelle, Studierende, Juden und Einwanderer, willkürlich tötete.<sup>9</sup> Das Erbe der Militärdiktatur und des politisch-kulturellen Autoritarismus beschäftigt Argentinien bis heute – ohne dass eine umfassende Aufarbeitung dieses Erbes stattgefunden hätte, was negative Implikationen für die demokratische Kultur zeitigt.

Auch an diesem Beispiel zeigt sich zum einen die besondere Rolle der politischen Kultur in Umsturzprozessen. Hierzu zählen insbesondere die Relevanz autoritären Bewusstseins in einer Gesellschaft, das in der ökonomisch, politisch wie institutionell instabilen argentinischen Demokratie mit demokratischen Bestrebungen und intermediären Akteuren konkurrierte, der Grad der Verbreitung antidemokratischer Einstellungen sowie entsprechende öffentliche Diskurse und Verrohungen, welche die ökonomischen und politischen Polarisierungen einer Gesellschaft amplifizieren. Zum anderen bestätigt sich die Bedeutung der Stärke einer Vielzahl miteinander vernetzter antidemokratischer Akteure innerhalb und außerhalb der politischen, staatlichen und militärischen Institutionen – des Rückhaltes putschistischer Bewegungen in Elite und Gesellschaft als entscheidende Faktoren ihrer potenziellen Wirkungsmacht – bei einer gleichzeitigen Schwäche bzw. Instabilität demokratischer Akteure und Institutionen. Wenn die militärische Führung eines demokratischen Staates von der Demokratie abkehrt, wird es dabei besonders kritisch. Antidemokratische Akteure und Bewegungen vermögen es, die Instabilität von Demokratien und soziale Umbrüche oder Konflikte in Gesellschaften für sich auszunutzen.

Der bedeutendsten dritten globalen Welle der Demokratisierung, die Mitte der 1970er Jahre begann und mit dem Ende der autokratischen kommunistischen politischen Systeme um 1990

einen weiteren, enormen Schub erfuhr, folgte seit 2005 eine „dritte Welle der Autokratisierung“ im globalen Horizont.<sup>10</sup> Freedom House, V-Dem und andere systematisch global vergleichende Demokratiemessungen diagnostizieren seit 17 Jahren weltweit mehr Autokratisierungs- als Demokratisierungsprozesse und zudem eine jährliche Zunahme autoritärer Systeme. Vor allem aber zeigen die Messungen, dass autoritäre Herausforderungen selbst innerhalb lange etablierter und konsolidierter Demokratien zunehmen – etwa durch post-faktische Angriffe populistischer Politiker oder freie journalistische Medien. Diese verbreiteten „Fake News“ oder seien „Volksfeinde“, so die verleumderischen Angriffe. Damit werden die Bedingungen für autoritäre Bewegungen und sogar antidemokratische Umsturzversuche günstiger. Das oben erwähnte Beispiel Brasiliens zeigt etwa, wie das Infragestellen freier und fairer Wahlen und demokratischer (Aushandlungs-) Prozesse durch einen scheidenden autoritär-populistischen Präsidenten dazu genutzt wird, Massen aufrührerisch gegen demokratische Institutionen zu mobilisieren und dabei das demokratische System als Ganzes zu erschüttern. Brasiliens ehemaliger Präsident Bolsonaro und seine Gefolgschaft folgten dabei wiederum, in transnationaler Nachahmung, dem Modell des durch den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump inszenierten Angriffs auf demokratische Wahlen und dem Sturm auf die wichtigste Institution der US-amerikanischen Demokratie, dem Kapitol. Dieser Angriff markierte einen Wendepunkt nicht nur in der Geschichte der USA, sondern auch im Hinblick auf die Vorbildfunktion der ältesten durchgängig existierenden Demokratie der Welt. Das politische Geschehen in Amerika diene hier nicht mehr als institutionelles Modell für liberale Demokratien, sondern die USA wurden zum Vorbild für autoritär-populistische Attacken gegen die Demokratie – unter Berufung auf das „wahre“ Volk oder die „wahre“ Demokratie. Der Sturm auf das Kapitol bedeutete einen in den USA lange nicht für möglich gehaltenen militanten Umsturzversuch des demokratischen Systems, der mit einer erstaunlich breiten gesellschaftlichen Basis ausgestattet war.

---

9 Barbara Klimmeck: Argentinien 1976–1983. Militärherrschaft, Medienzensur, Menschenrechtsverletzungen. Eine explorative Studie zu staatlicher Repression und Medienkontrolle, Saarbrücken 1991.

---

10 Anna Lüthmann/Staffan Lindberg: *A Third Wave of Autocratization Is Here: What Is New about It?*, in: *Democratization* 26 (2019), 7: 1095–1013.



Trump-Anhänger versuchen am Mittwoch, den 6. Januar 2021, im Kapitol in Washington, eine Polizeiabsperrung zu durchbrechen. Während sich der Kongress darauf vorbereitet, den Sieg des gewählten Präsidenten Joe Biden zu bestätigen, haben sich Tausende Menschen versammelt, um ihre Unterstützung für Präsident Donald Trump und seine Behauptungen des Wahlbetrugs zu zeigen.  
Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/  
Fotograf: Julio Cortez

### Die Attacke auf das Kapitol als Angriff auf die US-amerikanische Demokratie

Der 6. Januar 2021 hat sich bereits jetzt, nur zwei Jahre später, als einschneidendes historisches Ereignis in der politischen Kultur der USA eingeprägt. Die gewalttätige Erstürmung des Kapitols in Washington, D.C., das der Sitz des US-amerikanischen Kongresses ist, wurde von Unterstützern des mit beträchtlicher Mehrheit im November 2020 rechtmäßig abgewählten US-Präsidenten Trump durchgeführt. Präsent war ein breites Bündnis von kompromisslosen, radikalen Trump-Fans, rechtsextremen Gruppen und Einzelpersonen, *Militias* sowie republikanischen Parteigängern vom rechten Rand – von der *Alt-Right* zu QAnon-Anhänger:innen, *Militias*, den *Oath Keepers*, *Three Percenters*, den *Proud Boys* und zu antisemitischen Neo-Nazis. Der autoritäre Rechtspopulist Donald Trump, der von 2017 bis 2021 Präsident der Vereinigten Staaten war, hatte zuvor gemeinsam mit einigen republikanischen Abgeordneten für diesen Aufstand mobilisiert und auf der Washingtoner Mall eine Kundgebung durchgeführt, bei der mit martialischen Worten die Rechtmäßigkeit der Wahl Joe Bidens zum neuen US-Präsidenten in Frage gestellt wurde und überdies der Kongress wie der noch amtierende Vizepräsident Mike Pence durch Trump und andere Redner dazu aufgefordert wurden, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen und nicht zu ratifizieren – das alles am Tag der formalen Zählung der Stimmen des *Electoral College*. Trumpistische Gruppen wie „*Stop the Steal*“ hatten diese so genannte *Save America*-Demonstration organisiert. Trump selbst freute sich auf eine von Unterstützern angekündigte „Kavallerie“, die für

ihn kämpfen würde und forderte als Redner selbst, anschließend zum Kapitol zu ziehen: „Man wird unser Land niemals mit Schwäche zurückerobern, man muss Stärke zeigen und man muss stark sein. [...] Wir werden niemals aufgeben, wir werden niemals die Niederlage einräumen. Man gibt sich nicht geschlagen, wenn Diebstahl im Spiel ist.“<sup>11</sup> Sein Anwalt und Berater Giuliani rief die Menge zu einer „Entscheidung durch Kampf“ auf, und der US-Abgeordnete Mo Brooks fügte vor dem Angriff in Gewalt-Rhetorik hinzu: „*Today is the day that American patriots start taking down names and kicking ass.*“<sup>12</sup> Hier zeigte sich der Trumpismus, eine autoritär-nationalistische, rechtspopulistische und personenfixierte Bewegung und Ideologie,<sup>13</sup> die seit 2016 im Zuge der Kandidatur Trumps in Windeseile die vormals konservative Republikanische Partei erobert und seit dem Wahlerfolg Trumps an der Macht konsolidiert hatte, in seiner gesamten demokratiefeindlichen Kraft.<sup>14</sup>

Beim Sturm auf das Kapitol, bei dem sogar fünf Menschen starben, 138 Polizisten verletzt wurden und in dessen Folge sich vier Polizeibeamte innerhalb von sieben Monaten das Leben nahmen, konnten die Abgeordneten des Kongresses gerade noch rechtzeitig in versteckte Räume fliehen, unter Angst um Leib und Leben. Die Aufrührer hatten es geschafft, mit brachialer Gewalt in das Kapitol einzudringen und sowohl den großen Sitzungssaal, als auch Büros der Abgeordneten zu besetzen. Besonderes Ziel des Hasses war neben den Abgeordneten und der Sprecherin des Abgeordnetenhauses, Nancy Pelosi, Vize-Präsident Mike Pence, von dem Trump und der Mob erwartet hatten (mit Rufen wie „Hängt Mike Pence!“), verfassungswidrig die Wahl zu annullieren. Die Senatsmitglieder und auch Mike Pence entgingen einer lautstark vom Mob geforderten Hinrichtung. Der Aufstand vom 6. Januar 2021 geht so in die Geschichte und

11 <https://www.tagesanzeiger.ch/wir-werden-dort-hingehen-und-ich-werde-bei-euch-sein-895584003475> [Stand: 23.08.2023].  
12 Kim Chandler: Mo Brooks won't apologize despite resolution for his censure, <https://apnews.com/article/donald-trump-censures-mo-brooks-capitol-siege-8a213b80ff208bb7f8588562f78e836c> [Stand: 12.01.2021].  
13 Lars Rensmann: Im Schatten des Trumpismus. Autoritärer Populismus in der Regierung und die Neuformierung der radikalen Rechten in den USA, in: Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1:1 (2021), S. 5–25; Florian Hartleb: Trumpetisierung. Der neue Populismus als Folge einer medialen Parallelöffentlichkeit, in: Universitas 72:7 (2017), S. 47–57.  
14 Russell Muirhead & Nancy L. Rosenblum, Nancy L.: *A Lot of People Are Saying. The New Conspiracism and the Assault on Democracy*, Princeton 2020.





Anhänger von Präsident Donald Trump werden am Mittwoch, den 6. Januar 2021 in Washington vor der Senatskammer im Kapitol mit Polizeibeamten konfrontiert.  
Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Fotograf: Manuel Balce Ceneta

politische Kultur der Vereinigten Staaten ein – als vorläufiger Höhepunkt eines antidemokratischen Radikalisierungsprozesses, der in diesem Angriff auf den demokratischen Staat mündete.

Diese militante Mobilisierung zum Angriff auf demokratische Institutionen vollzog sich im Namen eines objektiv minoritären, „wahren Volkswillens“ und wiederum unter Berufung auf die „wahre Demokratie“ und die „Rettung der Republik“. Die Attacke wurde begünstigt durch einen dynamischen, interaktiven Prozess: unter der Präsidentschaft Trumps hatte sich die politische Kultur der USA weiter polarisiert und demokratische Institutionen wie die Gerichte und der Kongress wurden von Seiten des Weißen Hauses delegitimiert, demokratische Kontrollmechanismen – wie auch die freien Medien – als „Volksfeinde“ diffamiert und bekämpft. Und es war in den Jahren der Trump-Präsidentschaft ein Klima entstanden, das die gemeinsamen Grundlagen und geteilten Normen des demokratischen Gemeinwesens aushöhlt. Vor allem aber wurde der Aufstand gegen die Demokratie getragen von einer breiten gesellschaftlichen trumpistischen Massenbewegung. Von US-Präsident Trump und seiner Gefolgschaft wurde hierbei mithilfe der

sozialen Netzwerke und „alternativer Medien“ die – mithin antisemitisch unterlegte – Fantasie vom vermeintlichen „Deep State“, einem „Staat im Staate“, verbreitet.<sup>15</sup> Die Vorstellung ist teils gekoppelt an eine wahnhaftige Verschwörungsideologie, der zahlreiche Trump-Anhänger folgen, namentlich dass eine „globalistische“ (jüdische) Elite um George Soros und der „Rothschild-Familie“ unter Beteiligung von Hillary Clinton und den Demokraten eine kannibalistische Kabale formiert habe, die den amerikanischen Staat dazu nutze, um heimlich Kinder zu entführen, zu missbrauchen, und zu ermorden, um sich durch deren Blut zu verjüngen. Antidemokratische, verfassungsfeindliche Ideen, Verschwörungsideologien, radikaler Nationalismus und Antisemitismus sowie schließlich die Bereitschaft zur Gewalt gegen

<sup>15</sup> Florian Hartleb/Christoph Schiebel: Der ‚Deep-State‘-Mythos als Scharnier zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, in: hg. v. Marc Coester/Anna Daun/Florian Hartleb/Christoph Kopke/Vincenz Leuschner: Rechter Terrorismus: international – digital – analog, Springer: Wiesbaden 2023, S. 253-272; Lars Rensmann: Die Ideologie des Antisemitismus. Zur Gegenwart der Judenfeindschaft als Ressentiment und Weltdeutung, in: hg. v. Heiko Beyer/Alexandra Schauer: Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs, Frankfurt/Main/New York 2021, S. 467-504.

demokratische Institutionen und Repräsentanten konnten dergestalt in den USA Anschluss an den Mainstream finden – neue Angriffe auf die Demokratie sind in diesem toxischen politischen Klima nicht ausgeschlossen.

Die Grundlage für diese antidemokratische wie illiberale, rechtsnationalistische und autoritäre Mobilisierungsbasis in den USA ist eine lange schwelende und zunehmend politisierte Polarisierung im Kontext der politischen Kultur. In deren Folge scheinen die „gemeinsame Welt“ einer weithin geteilten Verfassungs- und Institutionenkultur sowie grundlegender geteilter politischer Selbstverständnisse und Normen in Bezug auf das, was die amerikanische Demokratie ausmacht, und sogar die Basis geteilter Tatsachenwahrheiten in erheblichen Teilen verloren gegangen zu sein. Verschärfend wirkten dabei sozioökonomische Transformationsprozesse der US-Gesellschaft im Zeitalter neo-liberaler Globalisierung, in deren Zuge erhebliche Teile der Bevölkerung prekarisiert oder Teile der Landbevölkerung „abgehängt“ wurden. Nicht zuletzt der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit spielt dabei eine zentrale Rolle. Teils postfaktisch radikalisierte, in ländlichen Teilen der USA überall verbreitete Medien wie FOX News haben im letzten Jahrzehnt im Zusammenspiel mit neuen, offen postfaktischen alternativen Medien sowie den ungefilterten neuen Kommunikationsformen auf sozialen Medien, die eine große Vertrauenskrise gegenüber so genannten „Mainstream-Medien“ nutzen, zur Polarisierung und antidemokratischen Radikalisierung von signifikanten Teilen der Gesellschaft beigetragen. Schließlich sind politische Akteure für den breiten Resonanzboden für antidemokratische Mobilisierungen bis hin zum Sturm auf das Kapitol verantwortlich. Sie reichen von den frühen „Grassroots“-Bewegungen radikaler Evangelikaler bis zur Tea-Party-Bewegung und den vielfältigen Unterstützern des Trumpismus innerhalb und außerhalb der Republikanischen Partei und des Kongresses. Im Zuge dessen hat sich teilweise auch die einst äußerst robuste, in einer starken und weithin geteilten demokratischen Verfassungstradition verankerte Institutionenkultur verändert. Postfaktische Parteilichkeit von autoritär-populistischen Politikern und sogar zivilen Staatsbeamten konfiguriert heute zum Teil mit dem Primat der Verfassung. Auch der institutionelle Rahmen erweist sich somit weniger stabil als bis noch vor wenigen Jahren erwartet – die US-amerikanische Demokratie ist heute in toto in einer veritablen Krise.

## Neue rechtsextreme Protestbewegungen und der Putschversuch der Reichsbürger

Kommen wir zum Abschluss unserer historischen und aktuellen Beispielpalette wieder nach Deutschland zurück. Wenn auch die bundesdeutsche Demokratie im internationalen Vergleich institutionell und politisch-kulturell heute sehr robust erscheint, so zeigen Studien auch hier ein im letzten Jahrzehnt gestiegenes antidemokratisches Mobilisierungspotenzial, aus dem sich direkte Angriffe auf die Demokratie rekrutieren können. Sympathien für die russische Diktatur, Verschwörungsmythen, ethnischer Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus sowie antidemokratisches, autoritäres Bewusstsein sind auch in Deutschland bei durchaus signifikanten Teilen der Gesellschaft verbreitet. Der Verbreitungsgrad solcher Wertehaltungen, Dispositionen und Einstellungsmuster ist dabei deutlich höher im Osten Deutschlands, wo teils die autoritäre politische Kultur und das Erbe der DDR nachwirken.<sup>16</sup> Hier weisen darüber hinaus neue Formen eines vom Selbstverständnis her libertären, vermeintlich individualistischen Autoritarismus nach.<sup>17</sup> Dieser ist mit sozialdarwinistischen Einstellungen unterlegt – frei von staatlicher Hilfe oder „Gängelung“ und sozialer Verantwortung für Schwache sollen die gesundheitlich Starken überleben – und manifestiert sich etwa in der medizinfeindlichen Corona-Protestbewegung politisch. Darüber hinaus sind neue rechtsradikale, teils bereits institutionalisierte und ritualisierte Protestbewegungen wie PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“)<sup>18</sup> und neue autoritäre, teils „pazifistisch“ pro-russisch orientierte Querfrontbewegungen gegen den demokratischen Staat Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland geworden.

Zur Jahreswende machten nun einmal mehr die „Reichsbürger“ auf sich aufmerksam, als im Zuge staatlicher Ermittlungen Bestrebungen einer besonders aktiven geheimen Gruppe öffentlich wurden, die bundesdeutsche Demokratie anzugreifen

16 Lars Rensmann: *Divided We Stand: On the Resilience of the Political East-West Divide in Germany 30 Years after the Berlin Wall's Fall*, *German Politics and Society* 37, 3 (2019): 32-54.

17 Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey: *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin 2022.

18 Sabine Volk: *Explaining PEGIDA's 'strange survival': an ethnographic approach to far-right protest rituals*, *Political Research Exchange* 4,1 (2022) <https://doi.org/10.1080/2474736X.2022.2136036> [Stand: 12.9.2023].

und einen militärischen Putsch herbeizuführen. Zwar war dies mehr als unrealistisch, gerade weil Reichsbürger nur auf einen geringen gesellschaftlichen Resonanzboden bauen können. Doch diese konstituieren eine sich vergrößernde Bewegung mit laut Verfassungsschutz mittlerweile rund 23.000 Anhängern, von denen ca. zehn Prozent als gewaltbereit gelten und von denen allein im Jahr 2022 weit über 1.000 Straftaten begangen wurden. In den letzten Jahren war es bereits zu Gewaltexzessen und Morden im bayerischen Georgensgmünd und sachsen-anhaltinischen Reuden gekommen. Den vorläufigen negativen Höhepunkt fand die Reichsbürgerbewegung nun indes am 7. Dezember 2022, als ein Netzwerk um Heinrich VIII. Prinz Reuß offengelegt wurde, das einen gewaltsamen Putsch gegen das deutsche politische System plante.<sup>19</sup> Durch eine nationale, groß angelegte Razzia – mit polizeilichen Durchsuchungen auch in Italien und Österreich – seitens der Staatsorgane kam es zunächst zur Festnahme von Reuß und zwei Dutzend weiterer Personen.<sup>20</sup> Reichsbürger können also, wie der gescheiterte Putsch-Plan zeigte, auf umtriebige kleine Teile der gesellschaftlichen Elite ebenso bauen wie auf eine Richterin und ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD sowie ehemalige Führungskräfte aus Polizei und Bundeswehr, die der Reichsbürgerbewegung nahe stehen oder ihr angehören.<sup>21</sup>

## Demokratien in Gefahr?

Autoritäre und antidemokratische Bewegungen sind seit jeher Teil moderner demokratischer Gesellschaften, ebenso wie potenziell auch militante Angriffe auf demokratische Institutionen immer möglich sind. Die entscheidende Frage ist die nach dem gesellschaftlichen Resonanzboden und Rückhalt solcher Rebellionen, etwa durch institutionelle Akteure oder weit in die Mitte der Gesellschaft reichende autoritäre Massenbewegungen – wie jüngst dokumentiert im Sturm auf das US-Kapitol. Die Historie, das Labor der Politikwissenschaften,<sup>22</sup> verweist auf ein Set von Faktoren, Strukturen und Akteuren sowie auf häufig durchaus ähnliche Interaktionsprozesse, die den Hintergrund für solche Angriffe auf die Demokratie bilden und auch Aussagen über die Erfolgsaussichten antidemokratischer Coups geben können. Hierbei erscheint erstens der Blick auf den Charakter und die Stärke der Demokratiegegner selbst von Bedeutung – die Analyse ihrer autoritären Ideologien, ihrer Genealogie, ihrer Organisations- und Mobilisierungsformen und ihre Mobilisierungsfähigkeit. Zweitens ist die Frage nach dem Anschluss an gesellschaftliche Diskurse sowie relevante Akteure aus dem etablierten politischen Spektrum als besonders bedeutend hervorzuheben. Ganz entscheidend ist hierbei drittens der Grad der gesellschaftlichen Verankerung autoritärer oder demokratischer politischer Kultur. Wird wertbezogene Demokratie, welche demokratische Prinzipien, Normen und die Unterstützung in demokratische Institutionen absichern,<sup>23</sup> nicht von einer breiten Mehrheit getragen oder zumindest von einer lautstarken Minderheit abgelehnt, eröffnen sich Demokratiegegner gefühlt und real Möglichkeitsräume für Angriffe auf die Demokratie. Insbesondere ein hoher Grad an politischer Polarisierung, die manifeste Erosion eines breit geteilten demokratischen Selbstverständnisses und florierende Infragestellungen selbst einfacher Tatsachenwahrheiten oder freien und fairen Wahlen in Politik, Medien und Gesellschaft begünstigen mögliche antidemokratische Rebellionen.

Viertens spielen die Institutionenkultur, die Stabilität und die Funktionstüchtigkeit des

---

19 Dirk Baier: Staatsverweigerer in der Schweiz – eine empirische Annäherung, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften 30.3.2023 [https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/27528/3/2023\\_Baier\\_Staatsverweigerer-in-der-Schweiz.pdf](https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/27528/3/2023_Baier_Staatsverweigerer-in-der-Schweiz.pdf) [Stand: 16.08.2023].

20 Lars Rensmann (2023): *Authoritarian Rebels. The Reichsbürger Movement, the Far-Right, and the Growing Assault on German Democracy*, in: *Bulletin of the American-German Institute at John Hopkins University*, <https://www.aicgs.org/2023/01/authoritarian-rebels/> [Stand: 26.07.2023]. Stefan Goertz hebt die Bedeutung des Internets und sozialer Medien für die Verbreitung antisemitischer Inhalte durch das Reichsbürger- und das Selbstverwaltermilieu hervor. Verschlüsselt werden ideologische Inhalte verbreitet, die von einer Verschwörung des Judentums zum Ersten Weltkrieg bis hin zur Holocaustleugnung reicht. Goertz betont dabei auch Unterschiede zwischen Reichsbürgern und Selbstverwaltern. Reichsbürger berufen sich auf ein Deutsches Reich, während sich Selbstverwalter selbst verwalten wollen und die Bundesrepublik Deutschland mithin zumindest für sich nicht anerkennen. Stefan Goertz (2023): Wie gefährlich sind „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie Delegitimierer? Analyse des Gewaltpotenzials. Ausgabe 3, VEKO Online, <https://www.veko-online.de/aktuelle-ausgabe/titel/titel-wie-gefaehrlich-sind-reichsbuerger-und-selbstverwalter-sowie-delegitimierer.html> [Stand: 16.08.2023].

21 Baier (wie Anm. 19).

---

22 Alexander Gallus (Hg.): *Politikwissenschaftliche Passagen. Deutsche Streifzüge zur Erkundung eines Faches*, Baden-Baden 2016.

23 Ronald Inglehart/Christian Welzel: *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence*, New York 2005.





Großdemonstration gegen die Corona-Maßnahmen in Berlin am 29. August 2020. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Verschwörungstheoretiker, Neonazis und Reichsbürger. Präsident Trumps Politik diente diesem Protestanten als Vorbild.  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/  
Fotograf: Björn Kietzmann

politischen Systems mitsamt seiner intermediären Institutionen von Politik, Medien und Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Schließlich haben Demokratiefeinde fünftens historisch wie aktuell dann bessere Chancen, mit Angriffen auf die Demokratie positive Resonanz zu finden oder gar Erfolg zu haben, wenn die soziale Balance einer Gesellschaft aus den Fugen geraten ist. Demokratische Desintegrationsprozesse sind mithin verschränkt mit sozialen Desintegrationen, d.h. extreme Formen sozialer Ungleichheit und ihre Zunahme sind auf Dauer schädlich für die Überlebenschancen von Demokratien, deren Grundlagen sie langfristig aushöhlen.<sup>24</sup> Sind soziale sowie politisch-kulturelle Polarisierungen erst offen sichtbar geworden – ist also der demokratische und sozioökonomische Zusammenhalt der Gesellschaft innerhalb eines politischen Gemeinwesens prekärer geworden – kann jene auch von autoritären Parteien politisch genutzt werden.<sup>25</sup>

Illiberale und antidemokratische Akteure, Parteien und Bewegungen befinden sich im Kontext

einer globalen Welle der Autokratisierung seit mehr als einem Jahrzehnt auch innerhalb westlicher Demokratien im Aufwind. Sie profitieren von einer durch große soziale, ökonomische, kulturelle und politische Umbrüche im globalisierten Zeitalter verstärkten gestiegenen Demokratieskepsis. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und ihre Handlungsfähigkeit im Blick auf die Herausforderungen unserer Zeit hat dabei, wenn auch im internationalen Vergleich in sehr unterschiedlichem Maße, allenthalben Schaden genommen. Insbesondere der radikale digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit mit seinen ungefilterten, postfaktischen Teilöffentlichkeiten, „alternativen Medien“ und grassierenden Verschwörungsnarrativen hat zu dieser Vertrauenserosion beigetragen – sowie zu einer verschärften politisch-kulturellen Polarisierung der Gesellschaft und der Verschiebung der Grenzen des Sagbaren. Ohne breit geteilte Normen, Werte und anerkannten Tatsachenwahrheiten sind Demokratien als politische Institutionssysteme und Gesellschaftsformen auf Dauer indes kaum überlebensfähig. All diese Faktoren und Prozesse haben in jüngerer Zeit auch die Möglichkeitsräume für direkte Angriffe auf etablierte Demokratien wieder erhöht. Manche ehemals konsolidierte Demokratien stehen nun auf der Kippe. Dies, obgleich das demokratische Modell politischer Ordnung und Gesellschaftsform, in welchem nur eine kleine Minderheit heute lebt, für große Teile der Weltbevölkerung kaum an Attraktivität verloren haben dürfte. 🟢

24 Wilhelm Heitmeyer: Krisen und Kontrollverluste: Gelegenheitsstrukturen für Treiber autoritärer gesellschaftlicher Entwicklungspfade, in: hg. v. ders./Günther Frankenberg: Treiber des Autoritären: Pfade und Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2022, S. 251-280.

25 Lars Rensmann: Autokratisierung als globaler Prozess? Autoritarismus und Demokratie im internationalen Kontext, in: hg. v. Wilhelm Heitmeyer/Günther Frankenberg: Treiber des Autoritären: Pfade und Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2022, S. 117-158.

# WIE VIEL ZENSUR VERTRÄGT DIE DEMOKRATIE?

von Heike Paul



Eine „Gefängniszelle“ für „Verbannte Bücher“ in Houston/Texas, USA: Jeder, der möchte, kann sich ein Buch mitnehmen oder einstellen.  
Foto: picture alliance REUTERS/  
Fotograf: Callaghan O'Hare

## Die „Woche der zensierten Bücher“

Auch in diesem Jahr begeht die American Library Association im Oktober die „Woche der zensierten Bücher“ („*banned books week*“). Eine Woche lang soll in Veranstaltungen und Foren darauf hingewiesen werden, welche Bücher wo und warum aus öffentlichen Bibliotheken, insbesondere Schulbibliotheken, entfernt worden sind und welche Folgen dies für die Zivilgesellschaft hat. Zudem soll über die Bedeutung von Zensur und über die Freiheit der Meinungsäußerung informiert werden, wie sie der erste Verfassungszusatz der

amerikanischen Verfassung garantiert.<sup>1</sup> In diesem Jahr steht das Programm unter dem Motto „*Let Freedom Read*“ (eine Anspielung auf „*Let Freedom Ring*“ aus der berühmten „*I Have a Dream*“-Rede von Martin Luther King, Jr.), in dem Lesen und

1 Der erste Verfassungszusatz der amerikanischen Verfassung lautet: „Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, das die Einführung einer Staatsreligion zum Gegenstand hat, die freie Religionsausübung verbietet, die Rede- oder Pressefreiheit oder das Recht des Volkes einschränkt, sich friedlich zu versammeln und die Regierung durch Petition um Abstellung von Mißständen zu ersuchen.“ (Übersetzung gemäß <https://www.whitehouse.gov/about-the-whitehouse/our-government/the-constitution> [Stand: 24.09.2023].

# List of Banned and Challenged Books in the U.S. 2021-2022

Source: PEN America Index of School Book Bans - 2021-2022

<p><b>Alabama</b></p> <p>Shelby County School District v. Gadsden County School District, 2021 WL 1486898 (Ala. 4/15/21)</p> <p>Shelby County School District v. Gadsden County School District, 2021 WL 1486898 (Ala. 4/15/21)</p> <p>Shelby County School District v. Gadsden County School District, 2021 WL 1486898 (Ala. 4/15/21)</p>	<p><b>Arizona</b></p> <p>Arizona v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ariz. 1/12/22)</p> <p>Arizona v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ariz. 1/12/22)</p> <p>Arizona v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ariz. 1/12/22)</p>	<p><b>California</b></p> <p>California v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Cal. 1/12/22)</p> <p>California v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Cal. 1/12/22)</p> <p>California v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Cal. 1/12/22)</p>	<p><b>Florida</b></p> <p>Florida v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Fla. 1/12/22)</p> <p>Florida v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Fla. 1/12/22)</p> <p>Florida v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Fla. 1/12/22)</p>	<p><b>Illinois</b></p> <p>Illinois v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ill. 1/12/22)</p> <p>Illinois v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ill. 1/12/22)</p> <p>Illinois v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ill. 1/12/22)</p>	<p><b>Indiana</b></p> <p>Indiana v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ind. 1/12/22)</p> <p>Indiana v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ind. 1/12/22)</p> <p>Indiana v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ind. 1/12/22)</p>	<p><b>Michigan</b></p> <p>Michigan v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Mich. 1/12/22)</p> <p>Michigan v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Mich. 1/12/22)</p> <p>Michigan v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Mich. 1/12/22)</p>	<p><b>Ohio</b></p> <p>Ohio v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ohio 1/12/22)</p> <p>Ohio v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ohio 1/12/22)</p> <p>Ohio v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Ohio 1/12/22)</p>	<p><b>Tennessee</b></p> <p>Tennessee v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Tenn. 1/12/22)</p> <p>Tennessee v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Tenn. 1/12/22)</p> <p>Tennessee v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Tenn. 1/12/22)</p>	<p><b>Virginia</b></p> <p>Virginia v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Va. 1/12/22)</p> <p>Virginia v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Va. 1/12/22)</p> <p>Virginia v. American Library Association, 2022 WL 114873 (Va. 1/12/22)</p>
--	--	---	---	---	---	--	---	--	--

Freiheit unmittelbar verknüpft sind. Freiheit steht hier auch für die Freiheit in einer Demokratie, der ältesten der Welt, wie in den USA gerne betont wird. Totalitäre Regime, nicht Demokratien, verbinden wir üblicherweise mit Zensurbestrebungen, und so stellt sich die Frage, ob die Ausübung von Zensur, im Kleinen und im Großen, eine fundamentale Gefahr für die Demokratie darstellt.

Die American Library Association gibt an, dass im Jahr 2022 eine rekordverdächtige Anzahl von Verbotsanträgen gegen Bücher gestellt wurde – fast doppelt so viele wie im Vorjahr.<sup>2</sup> Von diesen Anfechtungen, so stellt die Organisation fest, galt die überwiegende Mehrheit Büchern, die von oder über Mitglieder der LGBTQ-Community und People of Color geschrieben wurden. Das Buch mit den meisten anhängigen Verfahren ist Maia Kobabes *Gender Queer* (2019), eine autobiografische Graphic Novel über das Erwachsenwerden einer Person mit einer nicht-binären Geschlechtsidentität, gefolgt von *All Boys Aren't Blue* (2020) von George M. Johnson, das



ebenfalls von queerer Identität handelt. Auf Platz drei findet sich das Erstlingswerk der Nobelpreisträgerin Toni Morrison *The Bluest Eye* (1970; dt.: *Sehr blaue Augen*), ein Roman, der Kindesmissbrauch und Rassismus thematisiert.<sup>3</sup>

Bereits seit Anfang der 1980er Jahre gibt es die „banned books week“ des amerikanischen

Liste der in einzelnen Staaten in den USA „Verbannten Bücher“ des PEN-Clubs  
Foto: picture alliance/EPA/CJ GUNTHER

Tisch mit „Verbannten Büchern“ in einem Buchladen in Mount Pleasant, USA im Juni 2023  
Foto: picture alliance/ZUMA-PRESS.com/ Fotograf: Mark Hertzberg

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.ala.org/news/press-releases/2023/03/record-book-bans-2022> [Stand: 24.09.2023].

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.ala.org/advocacy/bbooks/frequentlychallenged-books/top10> [Stand: 24.09.2023].



Bibliothekenverbandes und politische Positionen, die sich pro Zensur äußern, sind gegenwärtig virulenter als eh und je, zumindest in einigen Teilen des Landes. Die Bundesstaaten mit den meisten indizierten Buchtiteln sind Texas (801), Florida (566), Pennsylvania (457) und Tennessee (349).<sup>4</sup>

Die Gründe, warum bestimmte Bücher auf den Index gesetzt werden (sollen), sind vielfältig, aber stets wird die Gefährdung des Kindeswohls angeführt. 1982 befasste sich sogar der Oberste Gerichtshof des Landes mit der Problematik. In dem Fall *Island Trees Union Free School District versus Pico* kam das Gericht zu keinem eindeutigen Votum, jedoch hielt der Urteilsspruch fest, dass Schulbehörden keine Bücher aus den Schulbibliotheken entfernen dürfen, nur weil ihnen dort enthaltene politische oder religiöse Ideen nicht genehm sind. Nach Angaben des Autor\*innenverbandes PEN America sind aktuell allerdings fast vier Millionen Schülerinnen und Schüler von solchen Praktiken betroffen.<sup>5</sup>

Unter den Büchern, die bereits eine Dekade vor der aktuellen Diskussion höchst umstritten waren, ist *And Tango Makes Three*, ein Bilderbuch aus dem Jahr 2005. Es handelt von zwei männlichen Pinguinen, Roy und Silo, die gemeinsam ein Ei ausbrüten dürfen und dann das Pinguinkind namens Tango großziehen. Dabei handelt es sich sogar um eine wahre Geschichte, wie im Nachwort erklärt wird: Rob Gramzay, ein Pfleger im Central Park Zoo in New York, habe die beiden männlichen Pinguine beobachtet und ihnen das Ei zugeschoben. Im Nachwort zum zehnjährigen Jubiläum des Buches schreiben die Autoren, ihr Buch habe zum Nachdenken darüber angeregt, was eigentlich eine Familie ausmache. Dass es das meistverbotene Buch im Land wurde (und zwar in den Jahren 2006, 2007, 2008 und 2010 – im Jahr 2009 war es „nur“ auf Platz 2), sei zwar denkwürdig; noch beeindruckender sei es allerdings gewesen, wie viele Menschen sich für ihr Buch eingesetzt hätten, auch unter Inkaufnahme eigener Nachteile.

Leisten die Bibliotheken den Verboten nämlich nicht Folge, kann es in einer zunehmenden Anzahl amerikanischer Bundesstaaten in der Tat empfindliche Strafen geben, insbesondere

für Schulbüchereien, aber auch darüber hinaus – keine Gelder mehr für die Einrichtung, aber auch Strafen gegen einzelne Bibliothekarinnen und Bibliothekare – bisweilen bis hin zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Dabei sind gerade Bibliotheksangestellte in der kulturellen Vorstellungswelt der Amerikaner\*innen oftmals heroische Figuren. In nahezu jeder populären Dystopie sind es insbesondere Bibliotheken und Bücher, die den Status quo autoritärer Regime gefährden – so z.B. in Ray Bradburys berühmtem Roman *Fahrenheit 451* (1953) oder, jüngst, in *Our Missing Hearts* (2022; dt.: *Unsre verschwundenen Herzen*) von Celeste Ng. Und Bibliothekarinnen: man denke, im Bereich Film, an Bette Davis als Alicia Hull in *Storm Center* (1956), die gegen Zensur zu Zeiten von McCarthys Kommunismatz rebelliert, oder die Figur der Dr. Barbara Gordon in der Gotham City Public Library im Batman Universum. Auch in fiktionalen Welten ermöglichen Bibliothekarinnen und Bibliothekare jungen Menschen Zugang zu Büchern, aber nicht nur das: Sie finden wichtige verschwundene Manuskripte, decken Komplotte auf und retten Amerika. Ja, sie haben mitunter Superkräfte.

### Bibliotheken als „kleine Motoren der Demokratie“

Das Thema Bibliotheken und der politische Streit um Lerninhalte in Schulen zieht größere Kreise und betrifft nicht nur die Schulbibliothek, sondern auch die Klassenzimmer der Nation, vor allem in den Südstaaten. Das 2022 in Florida von Gouverneur Ron DeSantis erlassene Gesetz „*Don't say gay*“ untersagt es Lehrkräften unter Androhung schwerer Strafen (Verlust der Anstellung oder gar der Lehrlizenz), das Wort „schwul“ zu verwenden oder mit Schülerinnen und Schülern über sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität zu sprechen. Dies schaffe, so die Einschätzung von Kritiker\*innen, ein Klima des Misstrauens und der Bespitzelung im Klassenzimmer, zumal Gruppen wie die „*Moms for Liberty*“ dazu aufrufen, Zuwiderhandlungen zu melden und Lehrpersonen anzuzeigen.<sup>6</sup>

Die „*Moms for Liberty*“ – ursprünglich als Protestorganisation gegen die Corona-Maßnahmen an Schulen wie Masken- und Impfpflicht gegründet –

4 Vgl. <https://pen.org/report/banned-usa-growing-movement-to-censor-books-in-schools/> [Stand: 20.09.2023]; siehe auch: <https://worldpopulationreview.com/state-rankings/banned-books-by-state> [Stand: 20.09.2023].

5 Vgl. <https://pen.org/report/banned-usa-growing-movement-to-censor-books-in-schools/> [Stand: 20.09.2023].

6 Vgl. z.B. <https://www.splcenter.org/fighting-hate/extremist-files/group/moms-liberty> [Stand: 24.09.2023].



Treffen der „Moms for Liberty“ im Juli 2023  
Foto: picture alliance/NurPhoto/  
Fotograf: Zach D Roberts

umfasst inzwischen bereits 120.000 Mitglieder in 45 Bundesstaaten und diese nehmen verstärkt Einfluss auf die Schulpolitik mit dem erklärten Ziel, insbesondere die unterstellte „Sexualisierung von Kindern“ zu verhindern. Dem *Southern Poverty Law Center* (SPLC) zufolge wurde diese Gruppe als extremistische Vereinigung eingestuft. Diese Art der bildungspolitischen Manipulation und einseitigen Vereinnahmung der Lehrinhalte hat in den Südstaaten Tradition und erinnert an die massiven Interventionen weißer Frauen und Mütter nach dem Bürgerkrieg am Ende des 19. Jahrhunderts, beispielsweise organisiert als die *United Daughters of the Confederacy*. Auch damals haben sich Frauen der programmatischen ideologischen Gestaltung des Lehrplans gewidmet und insbesondere in den Lesebüchern der Kinder die Vorstellung vom „*lost cause*“ installiert, die besagt, dass der Süden sich vom Norden abgespalten habe, weil seine christlichen Werte, seine Familienstrukturen, seine militärischen Traditionen und der „*Southern way of life*“ insgesamt bedroht gewesen seien. Die Rolle der Sklaverei wurde dabei bagatellisiert oder gleich verleugnet. Die Niederlage des Südens wurde aus der selbst zugeschriebenen Opferperspektive als Verlust der eigenen Identität begriffen und der alte Süden zu einer „verlorenen Sache“ stilisiert, die bewahrt und derer gedacht werden muss,

auch in Schulbüchern. Die Auswirkungen dieser Geschichtsklitterung sind bis heute spürbar. Was Kinder in der Schule lesen, prägt ihr Weltbild, damals wie heute. Und aus den Texten, mit denen sie lesen lernen, lernen sie nebenbei auch noch andere Dinge, nämlich solche weltanschaulicher Natur. Geht es nach den „*Moms for Liberty*“ (und anderen), dann lernen weiße Kinder jedenfalls nicht, welche Rolle weiße Menschen in der Geschichte der Sklaverei gespielt haben und dass letztere zu den Ursprungserzählungen der USA gehört, wie etwa das 1619 Projekt der *New York Times* beschreibt.<sup>7</sup> Dieses revisionistische Narrativ sieht die Ankunft der ersten Afrikaner in Virginia im Jahr 1619 als den Beginn der Geschichte der heutigen USA, die auch an prominente Stelle in den Lehrplan gehöre. Neben zahlreichen Artikeln und einer Anthologie hat die amerikanische Journalistin Nikole Hannah-Jones dazu auch ein Kinderbuch veröffentlicht: *The 1619 Project: Born on the Water* (2021), welches

7 Vgl. <https://www.nytimes.com/interactive/2019/08/14/magazine/1619-america-slavery.html> [Stand: 24.09.2023]. „Das 1619-Projekt ist eine laufende Initiative des The New York Times Magazine, die im August 2019 ihren Anfang nahm, dem 400. Jahrestag des Beginns der Sklaverei in Amerika. Sie zielt darauf ab, die Geschichte des Landes neu zu betrachten, indem die Folgen der Sklaverei und der Beitrag schwarzer Amerikaner ins Zentrum unseres nationalen Narrativs gestellt werden.“ (eigene Übersetzung).



Werbe-  
broschüren der  
Vereinigung  
„Moms for  
Liberty“ beim  
Jahrestreffen im  
Juli 2023 in Penn-  
sylvania (Sind Sie  
bereit, in Ihrem  
örtlichen Schul-  
gremium etwas  
zu bewirken?)  
Foto: picture alli-  
ance/NurPhoto/  
Fotograf: Zach D  
Roberts

wiederum auf geteiltes Echo gestoßen ist. Drew Gilpin Faust, Historikerin und ehemalige Präsidentin der Harvard Universität, ist selbst als weißes Mädchen in Virginia aufgewachsen und beschreibt in ihren jüngst erschienen Memoiren *Necessary Trouble* (2023) eindrücklich ihre Sozialisierung als privilegierte weiße Person und die Selbstverständlichkeit, mit der ein weißes Überlegenheitsdenken unhinterfragt von einer Generation zur nächsten weitergegeben wurde. Dies geschah gerade in der Schule, die in den Zeiten der Rassentrennung, in der sie aufwuchs, nur von weißen Kindern besucht wurde, die afroamerikanischen Kinder wurden bekanntlich getrennt in einer eigenen Schule unterrichtet.

Im polarisierten und von heftigen Kulturkämpfen geplagten Amerika wird nicht nur der Beruf der Lehrer\*innen, sondern auch der Beruf der Bibliotheksangestellten stark politisiert. Viele aus dieser Berufsgruppe haben sich daher bereits umorientiert. Eine ehemalige Schulbibliothekarin, Sarah Chase, beschreibt es so: „Wer will schon gerne der Pornografie bezichtigt werden? Oder der Pädophilie? Oder bei der Polizei angezeigt werden, weil er einem Kind ein Buch in die Hand drückt?“<sup>8</sup> In der Tat ist dies eine dramatische Entwicklung. Die berühmteste Bibliothekarin Amerikas (neben der ikonischen Nancy Pearl, nach der auch eine Action-Figur benannt ist) ist sicherlich die ehemalige *first lady*, Laura Bush. Sie hat eine Stiftung ins Leben

gerufen, die Bibliotheken unterstützt, auch finanziell, die *Laura Bush Foundation for America's Libraries*. Ihr Motto: „Wenn ein Kind einmal gelernt hat, eine Bibliothek zu benutzen, stehen ihm die Türen zum Lernen immer offen“.<sup>9</sup> Zur Zensurproblematik hat sie sich bisher nicht geäußert, auch wenn insbesondere ihr Heimatstaat Texas betroffen ist.

In der angeheizten Debatte sind auch andere Stimmen zu hören. Die Auseinandersetzung sei zu hoch gehängt und die inflationäre Verwendung des Begriffs der „Zensur“ wird moniert, schließlich seien die Bücher ja noch verfügbar – in Geschäften und online zu erwerben. Zudem seien vielmehr die generell abnehmende Lese- und Schreibfähigkeit bei Kindern Grund zur Besorgnis als die Auswahl der Bücher, die ihnen zur Verfügung stehen. Das Argument ist nicht einfach von der Hand zu weisen, geht aber an der Zensurproblematik vorbei.

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die Zahl der angestregten Zensurverfahren in nächster Zeit zurückgehen könnte. Eher ist damit zu rechnen, dass sich zum einen Lobbygruppen weiter mit missionarischem Eifer an das Ausmerzen unliebsamer Inhalte und Bücher in Schulbibliotheken machen und zum anderen gegenteilig orientierte Vereinigungen weiter versuchen werden, dies zu verhindern. „*Unite Against Book Bans*“ ist eine solche Initiative, die auch der amerikanische Bibliothekerverband unterstützt. Denn, so Deborah Caldwell-Stone, Direktorin des Büros für intellektuelle Freiheit der *American Library Association*, „Bibliotheken sind kleine Motoren der Demokratie.“<sup>10</sup>

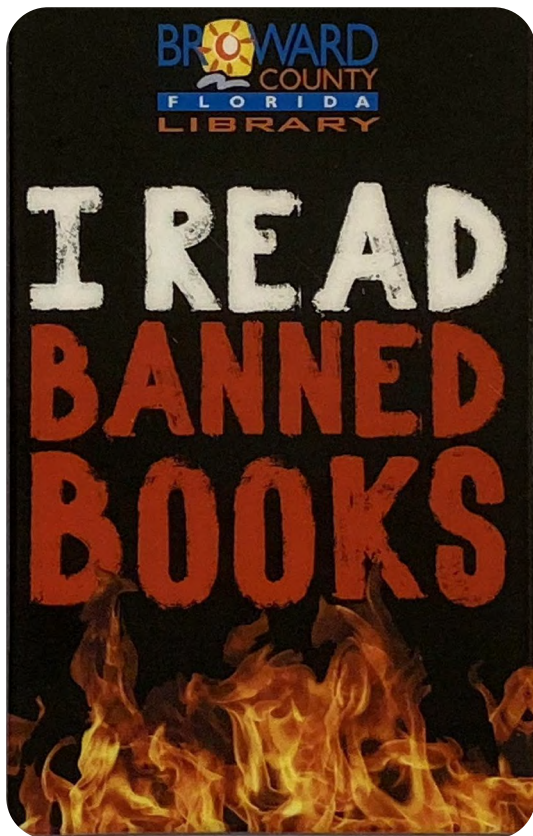
Dass der Zugang zu Büchern und Texten und die Pflege demokratischer Werte miteinander verknüpft sind, zeigt auch ein neuerlicher Aufruf von 13 *Presidential Libraries*, Erinnerungsorte ehemaliger US-Präsidenten, die auch deren Archiv beherbergen. Die Gedenkstätten mit angeschlossenen Bibliotheken haben sich erstmalig und unabhängig von der jeweiligen Partei des geehrten Ex-Präsidenten (Herbert Hoovers Einrichtung gehört ebenso zu den Unterzeichnern wie die von Barack Obama) zusammengeschlossen und eine Verlautbarung veröffentlicht, die an die

8 <https://www.nbcnews.com/news/us-news/texas-books-race-sexuality-schools-rcna13886> [Stand: 24.09.2023].

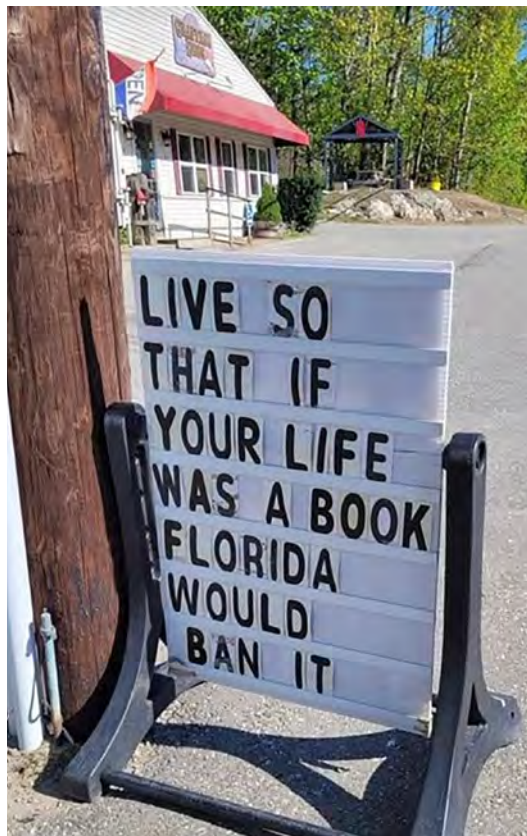
9 <https://www.bushcenter.org/topics/education/laura-bush-foundation-for-americas-libraries> [Stand: 24.09.2023].

10 Zitiert in: <https://www.washingtonpost.com/opinions/2021/11/17/texas-librarians-book-censorship-laura-bush/> vgl. auch: <https://www.oif.ala.org/hearing-from-deborah-caldwell-stone-new-director-of-the-ala-office-of-intellectual-freedom-and-executive-director-of-freedom-to-read-foundation/> [Stand: 24.09.2023].





Karten der „Broward County Florida Library“  
Foto: picture alliance/TNS/ABACA



Post auf X (Twitter) von Bette Midler

demokratischen Grundprinzipien der amerikanischen Nation erinnert.<sup>11</sup> Sie fordert, dass die gewählten Volksvertreter\*innen die Aufgaben erfüllen sollen, für die sie gewählt wurden – und so das Vertrauen der Menschen in die Politik – und ihr Land – zurückgewinnen. Darüber hinaus werden alle zu einem respektvollen Miteinander im zivilgesellschaftlichen Dialog angehalten. Die überparteiliche Stellungnahme dieser Institutionen stimmt ein in den Chor der warnenden und mahnenden Worte der Bibliotheksverbände und ihrer Funktionsträger.

Die Zensurdebatte ist natürlich selbst eine weitere Manifestation der viel beklagten gesellschaftlichen Polarisierung und sie beschädigt eine traditionsreiche Einrichtung, die viel für die gesellschaftliche Integration geleistet hat

und leistet. Kaum eine Einwandererbiografie kommt ohne die Erwähnung des öffentlichen Bibliothekswesens aus. So ist es auch ein einschneidendes Erlebnis in Mary Antins Kindheit, festgehalten in ihrer populären Autobiografie *The Promised Land* (1912; dt.: *Vom Ghetto ins Land der Verheißung*), dass sie als jüdisches Mädchen erstmalig die Boston Public Library besucht. Der uneingeschränkte Zugang zu Büchern kommt einem Erweckungserlebnis gleich und die öffentliche Bibliothek wird zu einem wichtigen Ort ihrer Sozialisation als Amerikanerin. Es sind Erlebnisse wie diese, die – nicht nur im Fall von Mary Antin vor über 100 Jahren – Bildung und damit auch gesellschaftliche Teilhabe fördern. Und letztere ist wichtiger denn je für eine widerstandsfähige Demokratie. 🌱

<sup>11</sup> <https://www.bushcenter.org/publications/reaffirming-americans-commitment-to-a-more-perfect-union> [Stand: 25.09.2023].



## HÖRTIPP



Foto: privat

Ein ausführliches Interview mit Prof. Dr. Heike Paul zu diesem Thema können Sie sich hier anhören:

[www.blz.bayern.de/meldung/hoersaal-ep.html](http://www.blz.bayern.de/meldung/hoersaal-ep.html)



# PUTSCH IN DER PROVINZ?

## SCHLAGLICHTER AUF NORDBAYERN IM KRISENJAHR 1923

von Johannes Staudenmaier und Alexander Wolz

### Der Hitler-Putsch in Ober- und Unterfranken

Die diesjährigen Erinnerungsveranstaltungen und Publikationen zur Weimarer Republik im Jahr 1923 rücken die krisenhaften, ja traumatischen Entwicklungen und Ereignisse des „Jahr[es] am Abgrund“ wieder in das kollektive Bewusstsein.<sup>1</sup> Zwei wesentliche Schlagworte stehen dabei für Kulminationspunkte von Prozessen, die schon seit dem Kriegsende und der Revolution 1918/19 zu beobachten waren. Zum einen ist hier die fortwährende Geldentwertung zu nennen, die infolge des Ruhrkampfes in die „Hyperinflation“ mündete, zum anderen die Angriffe von kommunistischer und vor allem völkisch-nationalistischer Seite auf die neue Republik bis hin zum „Hitlerputsch“ am 8./9. November 1923. Insbesondere die Versuche Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten, von München aus die Regierung in Berlin und mit ihr die Republik zu stürzen, richteten die Blicke der Forschung auf die bayerische Landeshauptstadt als dem Entstehungsort der NSDAP.<sup>2</sup>

Doch wie gestaltete sich die Situation außerhalb der Landeshauptstadt, etwa in den beiden nördlichsten Regierungsbezirken bzw. - wie sie damals hießen - Kreisen des Freistaats Bayern, d.h. in Oberfranken und Unterfranken sowie Aschaffenburg? Der folgende Artikel möchte dieser Frage schlaglichtartig nachgehen, um den Blick weg vom Zentrum hin in die Peripherie – die „Provinz“ – zu richten und so bezüglich der Ereignisse vom 9. November auf ein Desiderat aufmerksam machen.

### Bamberg als Tagungsort des verfassungsgebenden Landtags von 1919

Nach dem Ende des Kriegs fand sich eine oberfränkische Stadt plötzlich im Zentrum der bayerischen Politik wieder. Die katholische Bischofsstadt Bamberg war nach Ausrufung der Münchner Räterepublik am 7. April 1919 als Ausweichort der Regierung um den Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (SPD, 1867-1930) sowie des Bayerischen Landtags gewählt worden. Sie verfügte über gute Verkehrsverbindungen sowohl nach Südbayern als auch nach Berlin, beherbergte eine Reichwehrgarnison, war nicht gerade für revolutionäre Gesinnung bekannt und bot – so wird es jedenfalls kolportiert – den Parlamentariern zahlreiche

1 Als Beispiele für die große Fülle an Literatur können genannt werden: Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien 2022; Volker Ullrich: Deutschland 1923. Ein Jahr am Abgrund, München 2023; Peter Reichel: Rettung der Republik. Deutschland im Krisenjahr 1923, München 2023; Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022; Sven Felix Kellerhoff: Der Putsch. Hitlers erster Griff nach der Macht, Stuttgart 2023; Nicolai Hannig/Detlev Mares (Hg.): Krise! Wie 1923 die Welt erschütterte, Darmstadt 2022. Außerdem sind u.a. erschienen: Christian Bommaris: Im Rausch des Aufbruchs. Deutschland 1923, München 2022; Peter Süß: 1923 Endstation. Bitte alles einsteigen, Berlin 2022; Jutta Hoffritz: Totentanz – 1923 und seine Folgen, Hamburg 2022; Ralf Georg Reuth: 1923 – Kampf um die Republik, München 2023.

2 Vgl. u.a.: Richard Bauer (Hg.): München – „Hauptstadt der Bewegung“. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, Ausstellungskatalog, München 1993; Stefanie Hajak/Jürgen Zarusky: München und der Nationalsozialismus. Menschen, Orte, Strukturen, Berlin 2008; Andreas Heusler: Das Braune Haus. Wie München zur ‚Hauptstadt der Bewegung‘ wurde, München 2008; Winfried Nerdinger (Hg.): München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokumentationszentrums München, München 2015.

Möglichkeiten, auch außerhalb der offiziellen Sitzungen bei einem schmackhaften Bier miteinander ins Gespräch zu kommen. Auf diese Weise konnten die schon seit Ausrufung der Republik laufenden Beratungen über eine neue bayerische Verfassung weitergeführt und schließlich am 14. August 1919 offiziell abgeschlossen werden.<sup>3</sup> Von Bamberg aus organisierte die Regierung die Gegenmaßnahmen zum Sturz der Münchner Räte, aber auch zur Niederschlagung revolutionärer Umtriebe in den industriell geprägten Städten Hof und Fürth, Schweinfurt und Würzburg.<sup>4</sup> Da die Personalstärke der Reichswehr infolge des Versailler Vertrags stark beschränkt war und auch keine regulären staatlichen Polizeiverbände dafür mobilisiert werden konnten, proklamierte die Regierung Hoffmann zur Bekämpfung linker Unruhen am 18. April 1919 die Gründung von Einwohner- bzw. Volkswehren. Sie sollten als lokale Selbstschutzverbände die militärisch agierenden Reichswehrverbände und Freikorps unterstützen und ergänzen, die zu diesem Zeitpunkt auf dem Weg nach München waren. Bis zur von den Alliierten erzwungenen Auflösung der Einwohnerwehren im Mai 1921 sammelten sich unter deren Dachorganisation, dem Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns, rund 361.000 Mitglieder.<sup>5</sup>

### Bewaffnete Wehrverbände an der nordbayerischen Grenze

Das reichsweite Verbot der Freikorps und Einwohnerwehren wollte die Bayerische Regierung unter Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP, 1862-1934) nicht so einfach hinnehmen. Als Ersatz gründete sie daher im April 1922 als neuen

Dachverband den „Bund Bayern und Reich“, der jedoch in Franken aufgrund seiner christlich-völkischen sowie monarchisch-föderalistischen Ausrichtung nicht so viele Anhänger fand wie in Südbayern.<sup>6</sup> Im Gebiet des ehemaligen Herzogtums Sachsen-Coburg, das infolge der Revolution zum Freistaat geworden war und sich als solcher 1920 mit dem Freistaat Bayern vereinigt hatte, dominierte stattdessen beispielsweise der „Jungdeutsche Orden“. Dieser wurde von seinen Protagonisten, dem evangelischen Pfarrer und späteren Bischof Helmuth Johnsen (1891-1947) sowie dem Volksschullehrer Hans Dietrich (1898-1945), strikt völkisch und antisemitisch ausgerichtet. Mit besten Verbindungen in die höchsten Kreise operierte auch das Freikorps „Marinebrigade Ehrhardt“ bzw. in dessen Nachfolge die „Organisation Consul“ (O.C.) aus deren Reihen die Mörder des früheren Finanzministers Matthias Erzberger (Zentrum, 1875-1921) sowie des AEG-Industriellen und Reichsaußenministers Walther Rathenau (DDP, 1867-1922) kamen. Auch der Mordversuch am Kasseler Oberbürgermeister und ehemaligen Ministerpräsidenten Philipp Scheidemann (SPD, 1865-1939) ging auf das Konto der O.C., die in Coburg mit dem ehemaligen Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha (1884-1954) ein prominentes Mitglied hatte.<sup>7</sup> Als sich in Thüringen und Sachsen im Oktober 1923 Regierungskoalitionen aus SPD und KPD bildeten, die mit dem Aufbau „proletarischer Hundertschaften“ begannen, befürchtete man in Bayern sogleich – im Fall der KPD aber nicht ganz zu Unrecht – rote Umsturzpläne und baute daher einen „Grenzschutz Nordbayern“ auf. Gemeinsam mit Reichswehreinheiten, der Landespolizei, anderen Wehrverbänden wie dem „Bund Oberland“ oder der „Reichsflagge“ stand die ehemalige „Brigade Ehrhardt“ nun offiziell bereit, um einen Überfall aus Thüringen abzuwehren – oder aber bei einem nationalistisch motivierten Putschversuch gleich nach Berlin zu

3 Vgl. Wolfgang Ehberger: Verfassung des Freistaates Bayern (1919), in: Historisches Lexikon Bayerns, publiziert am 23.08.2017; vgl. [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Verfassung\\_des\\_Freistaates\\_Bayern\\_\(1919\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Verfassung_des_Freistaates_Bayern_(1919)) [Stand: 06.09.2023]; Horst Gehring/Hans-Joachim Hecker/Hans-Georg Hermann (Hg.): Demokratie in Bayern. Die Bamberger Verfassung von 1919 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Bd. 30). Bamberg 2019.

4 Vgl. Matthias Bischel: Räterepublik Baiern (1919), in: Historisches Lexikon Bayerns, publiziert am 22.03.2019; URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik\\_Baiern\\_\(1919\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Räterepublik_Baiern_(1919))> [Stand: 13.09.2023]; Rainer Hambrecht: Die Braune Bastion. Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1922-1933). Neuaufgabe Nürnberg 2017, S. 20 f.

5 Vgl. Christoph Hübner: Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns, 1920/21, in: Historisches Lexikon Bayerns, publiziert am 11.05.2006; vgl. [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landesverband\\_der\\_Einwohnerwehren\\_Bayerns,\\_1920/21](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landesverband_der_Einwohnerwehren_Bayerns,_1920/21) [Stand: 13.09.2023].

6 Vgl. Christoph Hübner, Bund „Bayern und Reich“, 1921-1935, in: Historisches Lexikon Bayerns, publiziert am 11.05.2006; [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bund\\_\"Bayern\\_und\\_Reich\",\\_1921-1935](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bund_\) [Stand: 13.09.2023]; Matthias Bischel: Der Bund „Bayern und Reich“ in Oberfranken. Ein Motor politischer Radikalisierung und Militarisierung, in: Umbruch und Wandel. Oberfranken nach dem Ersten Weltkrieg (Schriften des Instituts für fränkische Landesforschung, Bd. 1), hg. von Verena Jeschke und Martin Ott, Thurnau 2022, S. 57-70.

7 Vgl. Hubertus Büschel: Hitlers adliger Diplomat. Der Herzog von Coburg und das Dritte Reich. Frankfurt/Main 2016.



marschieren.<sup>8</sup> Um die notwendigen Mittel für die „nationale Sache“ zu requirieren, plünderten die Männer des ehemaligen Marinekapitäns Hermann Erhardt jüdische Wohnungen, Häuser und Höfe in der Umgebung Coburgs, wohl gedeckt und unterstützt durch das Herzogshaus. Besonders brutal war dabei der Überfall am 3./4. November auf einen Hof im direkt an der Grenze gelegenen Ort Autenhausen, dessen jüdische Besitzer nur durch Glück mit dem Leben davonkamen. Der älteste Sohn des Herzogs war an dem Überfall, der die lange jüdische Tradition des Ortes beendete, angeblich selbst beteiligt.<sup>9</sup>

### **Hitlers Zug nach Coburg und seine Folgen – die „Deutschen Tage“ in Oberfranken**

Die während der Anfangsjahre der Republik in Franken einflussreichste politische Organisation des völkisch-antisemitischen Spektrums war der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ (DVSTB), der im Februar 1919 in Bamberg gegründet wurde.<sup>10</sup> Neben Nürnberg wurde – wiederum auf Betreiben Johnsens und Dietrichs – Coburg eine Hochburg des DVSTB. Die von ihnen herausgegebene Zeitung „Coburger Warte“ war als antisemitisches Hetzblatt dem „Stürmer“ von Julius Streicher (NSDAP, 1885-1946) nicht unähnlich. Nach dem Mord an Walther Rathenau durch die O.C. am 24. Juni 1922 wurde der DVSTB wie viele andere rechte Organisationen durch das Republikenschutzgesetz des Reichs verboten. Da die bayerische Regierung, die infolge des gegen Berlin gerichteten Konzepts der „Ordnungszelle“ ihre schützende Hand über die vaterländischen und völkischen Verbände hielt, dieses Verbot jedoch nicht umsetzte, konnte der DVSTB seinen für 14. und 15. Oktober geplanten „Deutschen Tag“ in Coburg abhalten. Der mit der Organisation betraute Hans Dietrich lud hierzu auch den bis dahin vor allem in München bekannten Adolf Hitler (1889-1945) als Vertreter der NSDAP ein. Hitler nahm die Einladung nach der Zusage, in Begleitung „einiger Herren“ kommen zu dürfen, gerne an und brachte in einem eigens

gemieteten Sonderzug neben den in Nürnberg zugestiegenen Nationalsozialisten um Julius Streicher rund 600 SA-Männer mit. Die in Coburg recht starke SPD hatte zwar angekündigt, sich größeren Aktionen der von ihr so genannten „Hakenkreuzler“ entgegenzustellen, musste letztlich jedoch vor den straff organisierten und oft militärisch ausgebildeten SA-Schlägern zurückweichen.<sup>11</sup> Da auch die Landespolizei, die seit 1921 mit einer Hundertschaft in Coburg kaserniert war, der SA eher bewundernd zusah, als sich den nicht genehmigten Aufmärschen entgegenzustellen, konnte Hitler für sich reklamieren, die Straßen Coburgs vom „Roten Terror“ befreit zu haben. Er war dadurch zum ersten Mal wirklich auffällig außerhalb Münchens aufgetreten und wusste diesen Erfolg nicht nur propagandistisch zu nutzen, sondern besaß nun auch eine strategische Blaupause für das zukünftige Vorgehen.<sup>12</sup>

Der erste Versuch, die Lehren aus Coburg umzusetzen, schlug jedoch fehl: Das Vorhaben, die Maifeiern der Arbeiter am 1. Mai 1923 in München, durch einen großen, bewaffneten Aufmarsch der versammelten nationalistischen und völkischen Wehrverbände zu zerschlagen, scheiterte an der Landespolizei, die diesmal konsequent durchgriff. Vier Monate später aber wurde der „Deutsche Tag“ am 1. und 2. September 1923 im eigentlich „roten“ Nürnberg zu einem großen Erfolg. Insgesamt nahmen rund 100.000 Vertreter von Wehrverbänden und völkisch-nationalistischen Organisationen daran teil. Auf Betreiben Hitlers schlossen sich hier zudem die drei paramilitärischen Verbände SA, Reichsflagge und Bund Oberland zum „Deutschen Kampfbund“ zusammen. Dies wurde allgemein als klares Signal dafür gewertet, dass der Zeitpunkt des Losschlagens kurz bevorstünde.<sup>13</sup> Auf dem Weg dahin veranstaltete die NSDAP zunächst in Hof (16. September 1923), Bayreuth (30. September 1923) und Bamberg (20. Oktober 1923) weitere Waffenschauen, die allerdings deutlich kleiner

8 Vgl. Hambrecht (wie Anm. 4), S. 24f.

9 Vgl. Büschel (wie Anm. 7), S. 85.

10 Vgl. Walter Jung: Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (DVSTB), 1919-1924/35, in: Historisches Lexikon Bayerns, publiziert am 02.11.2006; vgl. [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutschvölkischer\\_Schutz-\\_und\\_Trutzbund\\_\(DVSTB\),\\_1919-1924/35](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutschvölkischer_Schutz-_und_Trutzbund_(DVSTB),_1919-1924/35) [Stand: 07.09.2023].

11 Vgl. z.B. die Berichte und Zeitungsausschnitte in Staatsarchiv Coburg, Landespolizeikommando Coburg 5 und 46.

12 Vgl. Eva Karl: „Das erste Kapitel der neuen deutschen Geschichte“ Der Deutsche Tag in Coburg 1922 und seine Mythisierung, in: Jeschke/Ott (wie Anm. 6), S. 95-114.

13 Vgl. Siegfried Zelnhefer: Deutscher Kampfbund, 1923, in: Historisches Lexikon Bayerns, publiziert am 28.08.2006; vgl. [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher\\_Kampfbund,\\_1923](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Kampfbund,_1923) (23.09.2023); ders.: Deutscher Tag, Nürnberg, 1./2. September 1923, in: Historisches Lexikon Bayerns, publiziert am 28.08.2006; vgl. [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher\\_Tag,\\_Nürnberg,\\_1./2.\\_September\\_1923](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Tag,_Nürnberg,_1./2._September_1923) [Stand: 13.09.2023].

ausfielen.<sup>14</sup> Von Bedeutung war aber das erstmalige Treffen Hitlers mit Vertretern der Familie Wagner, darunter dem Schwiegersohn Richard Wagners, dem antisemitischen Schriftsteller Houston Stewart Chamberlain (1855-1927).<sup>15</sup>

### Trügerische Ruhe in Unterfranken

Ebenso wie Oberfranken war auch der bayerische Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg in der Monarchie nicht durch Aktionen, die sich gegen die Verfassung richteten, aufgefallen. Doch am Ende des Ersten Weltkriegs wurden auch hier die alten Gewissheiten über Nacht hinweggefegt. Mit der Räterepublik, die im April 1919 in Würzburg ausgerufen wurde und für mehrere Tage die Macht innehatte, wurde die Saat des Aufruhrs in die beschauliche Metropole am Main gelegt.<sup>16</sup> Freilich war es eine „importierte Revolution“<sup>17</sup> - Anton Waibel (1889-1969), der Haupträdelsführer, war Anfang März 1919 eigens von der Münchner KPD-Parteizentrale nach Würzburg entsandt worden - und nach drei Tagen war sie beendet, und doch reichten ihre Auswirkungen weiter und tiefer, als man sich dies hätte vorstellen können. Denn die Not verschwand nicht, die politischen Auseinandersetzungen kochten immer wieder hoch. Schon im Sommer 1920 kam es erneut zu Unruhen, weil die Lebensmittelpreise stiegen.<sup>18</sup> Die Stimmung blieb weiterhin explosiv.

### Politische Unruhen in Unterfranken

Zweifellos bilden die politischen Unruhen jener Jahre, die oft in Straßenschlachten und tumultartigen Konfrontationen zwischen linken und rechten Gruppierungen gipfelten, das bedrückendste Symptom dafür, dass sich die Weimarer Republik

in den ersten Jahren ihres Bestehens in einer ausgewachsenen Krisenzeit befand.<sup>19</sup> Im Jahr 1923, als wirtschaftliche Not und äußere Bedrohung die Situation auf das Äußerste trieben, steuerten auch die politischen Auseinandersetzungen auf einen traurigen Höhepunkt zu. Würzburg und Unterfranken bildeten hier keine Ausnahme. Das ganze Land stand am Rande eines Bürgerkriegs.

Immer öfter trafen die Mitglieder völkischer Verbände bei ihren Veranstaltungen auf den Widerstand linker oder republiktreuer Verbände; Gewalt war an der Tagesordnung. Allein im Jahr 1923 kam es am Rande von politischen Veranstaltungen in einer ganzen Reihe von Orten Unterfrankens zu Schlägereien und gewalttätigen Konflikten: Auseinandersetzung in Mainbernheim (April 1923), Schlägerei am Schweinfurter Bahnhof, als eine vom „Deutschen Tag“ in Hofheim zurückkehrende völkische Gruppe dort von Kommunisten empfangen wurde (August 1923), Prügeleien in Haßfurt am Rande einer Veranstaltung mit Andrea Ellendt (Mai 1923), blutige Auseinandersetzungen in Sickershausen bei Kitzingen mit einem Toten (1. Mai 1923), schließlich die sogenannten Thüngener Unruhen (Oktober 1923).<sup>20</sup>

Die Behörden verfügten grundsätzlich über ausführliche Pläne, um Maßnahmen im Falle von Unruhen einleiten zu können. Im sogenannten Unruhekalender,<sup>21</sup> der nur zur Kenntnis höherer Beamter gelangen durfte, waren alle Maßnahmen, wie Wegsperrungen, Ausgangssperrungen, Unterbrechung des Telegraphennetzes, Requirierung von Transportmitteln, usw. festgelegt. Plakatismus, die im Bedarfsfalle nur unterschrieben und ausgehängt werden mussten, lagen dem Unruhekalender bei.<sup>22</sup>

Was so beeindruckend klang, war jedoch nicht dazu geeignet, die Republik vor ihren Feinden zu schützen. Die Maßnahmen des Unruhekalenders

14 Vgl. Hambrecht (wie Anm. 4), S. 49-56.

15 Vgl. Martin Schramm, „Im Zeichen des Hakenkreuzes“ - Der Deutsche Tag in Bayreuth am 30. September 1923, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 65 (2005), 253-275.

16 Vgl. Stadtarchiv Würzburg (Hg.): Revolution! Der Übergang von der Monarchie zur Republik im Raum Würzburg 1918/19. Begleitband zur Ausstellung und Vortragsreihe im Jubiläumsjahr, Baunach 2019.

17 Matthias Stickler: Neuanfang und Kontinuität: Würzburg in der Weimarer Republik, in: Ulrich Wagner (Hg.): Geschichte der Stadt Würzburg, Bd. III/1: Vom Übergang an Bayern bis zum 21. Jahrhundert, Stuttgart 2007, S. 177-195, hier S. 181.

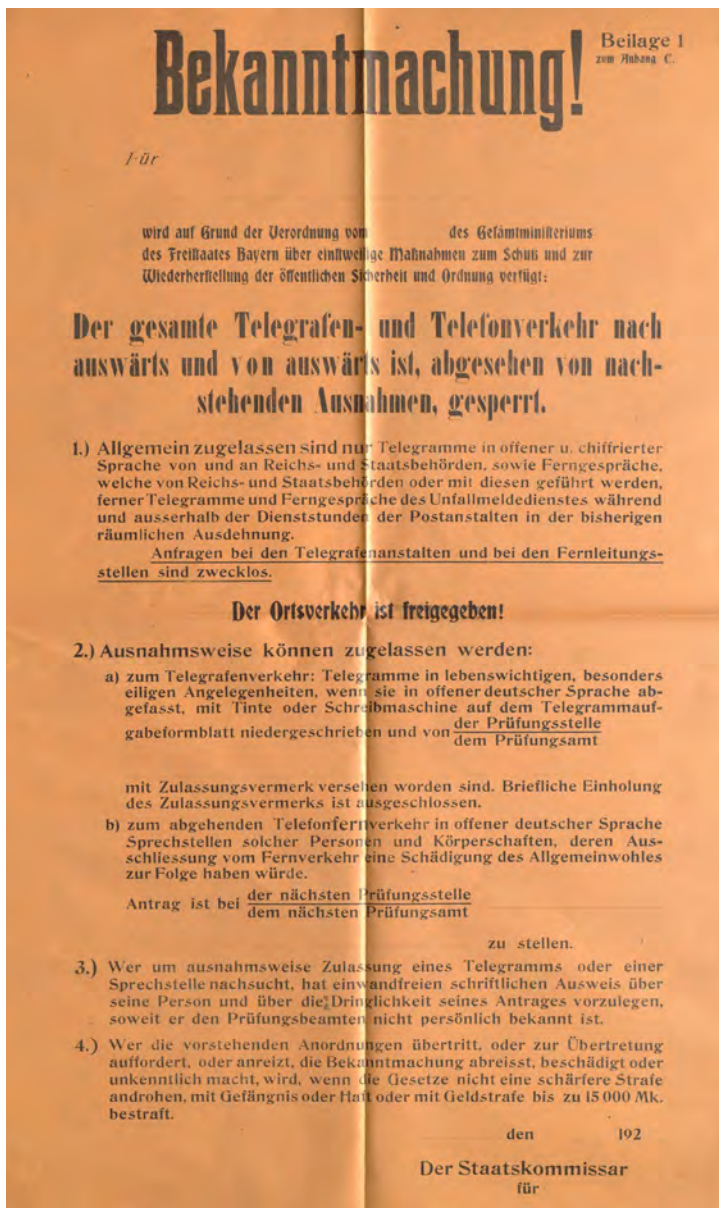
18 Vgl. Oskar Klemmert: Die Würzburger Unruhen am 28. und 29. Juni 1920 und ihre prozessuale Aufarbeitung durch das Volksgericht Würzburg, Würzburg 1995.

19 Vgl. Roland Flade: „Es kann sein, dass wir eine Diktatur brauchen.“ Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg, Würzburg 1983.

20 Vgl. Herbert Schott: Die Jahre der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, in: Peter Kolb/Ernst-Günter Krenig (Hg.): Unterfränkische Geschichte, Bd. 5/1: Von der Eingliederung in das Königreich Bayern bis zum beginnenden 21. Jahrhundert, Würzburg 2002, S. 327-465, hier S. 334 ff.

21 Die sog. Unruhekalender finden sich heute oftmals in den Überlieferungen der bayerischen Bezirksämter. Hier handelte es sich nicht um Kalender im heutigen Verständnis, sondern um eine Art „Notfallmappe“, die die Bezirke im Fall von Unruhen zu schnellem Handeln befähigen sollte. Sie enthielten insbesondere Verzeichnisse, Adressen und Telefonnummern, Karten und Pläne sowie Blanks-Plakate und Muster für Passierscheine.

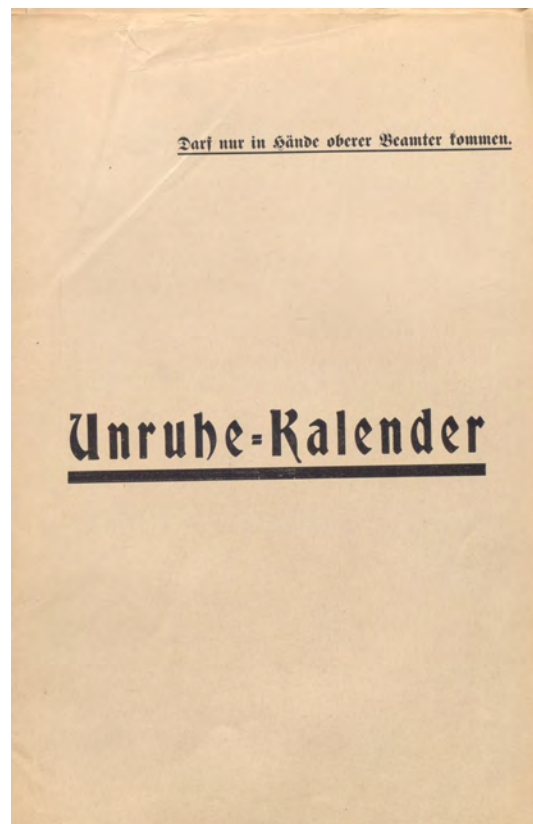
22 Vgl. Staatsarchiv Würzburg: LRA Alzenau 709, LRA Hammelburg 3887.



Auszüge aus dem  
Unruhekalender  
Fotos: zur Ver-  
fügung gestellt  
von Alexander  
Wolz

richteten sich insbesondere gegen einen Ein-  
marsch französischer Truppen nach Franken oder  
die Auslösung von Unruhen durch kommunistische  
Gruppierungen; hierfür sollte das Personal der  
rechten Kampfverbände als Unterstützung heran-  
gezogen werden.

Diese Ignoranz gegenüber den von der nationa-  
len Rechten ausgehenden Gefahren für den Erhalt  
der Republik kann auch bei der Verstaatlichung der  
Würzburger Polizei beobachtet werden. Zum 1. April  
1929 wurde die Würzburger Stadtpolizei durch die  
Einrichtung der Polizeidirektion Würzburg in staat-  
liche Hände überführt. Dieser große Einschnitt,



der gemeinhin als Stärkung der republikanischen  
Autorität interpretiert wird,<sup>23</sup> geht auf eine lange  
und unheilvolle Entwicklung zurück, die ihren Ur-  
sprung im Jahr 1923 hat. Denn schon damals for-  
derten alle rechtsstehenden Verbände in einer ge-  
meinsamen Denkschrift an das Innenministerium  
die Verstaatlichung der hiesigen Polizei.<sup>24</sup> Der  
bekannteste Unterzeichner war der Würzburger  
Hochschullehrer Ernst Mayer, der als Vorsitzender  
der „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ agier-  
te. Dieser im Jahr 1922 gegründeten Vereinigung  
gehörten u.a. paramilitärische Verbände wie der  
Bund Bayern und Reich oder die Reichsflagge an.  
Unterstützt wurde die Denkschrift von der Bayeri-  
schen Mittelpartei (BMP), der DVP in Unterfranken,  
dem Hochschulring deutscher Art sowie dem Baye-  
rischen Ordnungsbund. Zielscheibe der Aktion  
war der jüdische SPD-Politiker Felix Freudenberger  
(1874-1927). Als vierter Bürgermeister der Stadt  
Würzburg war er auch für die städtische Polizei  
zuständig. Man unterstellte ihm, dass er gegen die

23 So etwa bei Schott (wie Anm. 20) und Stickler (wie Anm. 17).

24 Vgl. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MINN 71888.



Rechte überhart vorgehe und die Kommunisten, die überall Waffenlager angelegt hätten, schone. Vor diesem Hintergrund erscheint die Schaffung der Polizeidirektion Würzburg am 1. April 1929 weniger als Stärkung der Staatsmacht, sondern vielmehr als später Sieg der Würzburger Rechten.

Auch die Bayerische Landespolizei, die in Würzburg stark vertreten war und deren Einheiten mit ca. 240 Beamten auf der Festung Marienberg, in der Alten Kaserne und in der Faulenbergkaserne untergebracht waren, konnte den Schutz der Republik nicht übernehmen, obwohl dies eigentlich ihre Aufgabe gewesen wäre. Unter ihrem Chef, dem in Würzburg geborenen Hans Ritter von Seißer (1874-1973), wurde die Landespolizei zunehmend politisch instrumentalisiert. So arbeitete man intensiv mit rechten Wehrverbänden zusammen und schreckte auch nicht davor zurück, die eigenen Kräfte für die Mitwirkung an einem geplanten Putsch gegen die Berliner Reichsregierung in Betracht zu ziehen. Auf einer Besprechung am 24. Oktober 1923 sagte Seißer: „In Berlin ist eine Judenregierung. Diese Reichsregierung ist unfähig, eine Gesundung des Reiches zu bewerkstelligen. Herrn von Kahrs Absicht ist, von Bayern aus Deutschland zu sanieren. Die Reichsregierung wird gestürzt und ein Direktorium aus einigen wenigen nationalen Männern eingesetzt mit diktatorischen Vollmachten. Zum Zweck des Vormarsches auf Berlin werden sofort Teile der Landespolizei bereitgestellt.“<sup>25</sup>

### Unterfranken und die Putschpläne Bayerns

Den Höhe- und Wendepunkt des Krisenjahrs 1923 bildete der Hitler-Putsch vom 8./9. November 1923. Die Fokussierung auf Adolf Hitler und seine Anhänger, die dieser Begriff suggeriert, verstellt allerdings den Blick auf die Tatsache, dass auch der Generalstaatskommissar Gustav von Kahr und damit die bayerische Staatsregierung grundsätzlich bereit waren, am Sturz der bestehenden Reichsregierung mitzuwirken, der bis Anfang November auch die SPD angehörte. Die Konzeption der „Ordnungszelle Bayern“, die unter der Ägide Gustav Ritter von Kahrs entwickelt und durchgesetzt wurde, besaß beileibe nicht nur eine

innenpolitische Stoßrichtung, wonach alle patriotischen Kräfte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Bayern zusammengefasst werden müssten: „Sein Ziel“, so Kahr, „sei die Einigung aller vaterländischen und deutschdenkenden Kräfte.“<sup>26</sup> In der Fortsetzung zielte Kahrs Konzept über die Landesgrenzen hinaus auch auf Berlin, sprich auf eine „Heilung“ und Wiedergesundung des Deutschen Reiches von Bayern aus. Dahinter verbargen sich Pläne, die nicht weniger bezweckten als den Sturz der Reichsregierung und die Etablierung einer nationalen Diktatur. „Man war sich grundsätzlich darüber einig“, so beschrieb es ein Beobachter später, „dass es notwendig sei, in Berlin eine Regierungsgewalt zu schaffen, die unabhängig war vom Parlament und der nur rechtsstehende Männer angehören sollten. [...] Dies sei nur von Bayern aus, gestützt auf die bayerischen Machtmittel zu schaffen.“<sup>27</sup>

Ende September 1923 erklärte etwa der Industrielle Hugo Stinnes (1870-1924) dem US-amerikanischen Botschafter in Deutschland, Alanson B. Houghton (1863-1941), in Bayern stünde eine Bewegung bereit, um den Kommunismus zu beseitigen und die Monarchie wieder einzuführen. Diese Bewegung mit einem Diktator (womit er Gustav v. Kahr meinte) an der Spitze werde in zwei bis drei Wochen losschlagen und die Machtgewalt im Reich übernehmen.<sup>28</sup>

Im Spätsommer 1923 eskalierte der Konflikt zwischen Bayern und dem Deutschen Reich, der auch infolge des Ordnungszellenkonzepts und seiner Auswirkungen bereits seit längerem schwelte, vollends. Der im Reich verhängte Ausnahmezustand wurde in Bayern nicht umgesetzt, die daraufhin erfolgte Absetzung des Reichswehrkommandeurs Otto von Lossow (1868-1938) nicht vollzogen. Stattdessen verhängte Gustav von Kahr in Bayern selbst den Ausnahmezustand. Otto von Lossow wurde zum bayerischen Landeskommandanten bestellt und die Reichswehreinheiten im Land auf die bayerische Regierung verpflichtet. Seit dem Oktober 1923 liefen die Vorbereitungen für den Putsch unter dem Decknamen „Herbstausbildung“, dessen wichtigster Kern die Bildung eines starken Grenzschatzes an der gesamten bayerischen Nordgrenze bildete.

25 Der Hitler-Prozess 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, hg. v. Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneider, Teil 3: 12-18. Verhandlungstag, München 1998, S. 1044.

26 Zit. nach Longerich (wie Anm. 1), S. 186.

27 Zit. nach ebd., S. 237.

28 Vgl. Harry Pross (Hg.): Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871-1933, Dok. 7, S. 334 f.

## Grenzschutz in Unterfranken

Damit kommt ein zweiter Aspekt in den Blick. Mit der Aufstellung eines Grenzschutzes aus Verbänden der Reichswehr, der Landespolizei und der rechten Kampfverbände rückte neben Oberfranken auch die Region Unterfranken in eine zentrale Rolle bei den Putschplänen Bayerns. Hier wie dort musste ein Abwehrriegel gegen mögliche Einfälle der Franzosen aus Westen sowie „roter Hundertschaften“ aus Thüringen geschaffen werden; hier wie dort versammelten sich gleichzeitig die Truppen, die im Falle eines Putsches zum Marsch auf Berlin eingesetzt werden sollten.

Das zentrale Dokument für diese Planungen bildete der Grenzschutzbefehl des während des „Deutschen Tags“ in Nürnberg gegründeten Deutschen Kampfbundes vom 16. Oktober 1923.<sup>29</sup> Er enthielt die Anweisung zum Aufbau eines Grenzschutzes an der gesamten Grenze Nordbayerns. Demnach war der Grenzschutz in mehrere Abschnitte eingeteilt: Abschnitt III bildete der Bezirk Unterfranken, mit den Unterabschnitten 1 (Hofheim, Königshofen, Mellrichstadt, Neustadt/Saale) und 2 (Brückenau, Gemünden, Lohr, Alzenau, Aschaffenburg, Hammelburg, Obernburg, Miltenberg und Marktheidenfeld). Die formale Hoheit oblag der bayerischen Landespolizei in Würzburg, die Mannschaften stellten jedoch die völkischen Verbände. In Unterfranken waren dies vor allem Männer der SA, die erst im Januar 1923 gegründet worden war.<sup>30</sup> Aus dem Einsatzplan ergibt sich auch, dass die Behauptung, man müsse die bayerischen Grenzen schützen, nur als Vorwand, diene. In Wahrheit verbarg sich hinter der Aktion ein militärischer Aufmarsch mit dem Ziel, nach Berlin vorzustoßen. Dazu hieß es im Kampfbefehl: „[7]. Deckung des Aufmarsches: In den Abschnitten, in denen der Grenzschutz gleichzeitig der Deckung des Aufmarsches gegen Norden dient, hat der Grenzschutz seinen Schwerpunkt. Störungen dieses Aufmarsches und der im Aufmarschgebiet noch nötigen Organisations- und Ausbildungsarbeiten müssen verhindert werden. Der Grenzschutz in Oberfranken, im Gebiet von Koburg [!] und den westlich anschließenden Bezirken Unterfrankens ist von besonderer Wichtigkeit. Er kann gar nicht stark genug sein.“<sup>31</sup>

29 Vgl. Hitler-Prozess 1924 (wie Anm. 25), Teil 1: 1.-4. Verhandlungstag, S. 158f.

30 Vgl. Schott (wie Anm. 20), S. 366.

31 Hitler-Prozess 1924 (wie Anm. 25), Teil 1: 1.-4. Verhandlungstag, S. 15.

So sprach der Befehl zwar davon, man müsse eine wirksame Verteidigung gegen Einfälle aufbauen, aber er enthielt auch den verräterischen Hinweis, dass es nötig werden könnte, die „roten Verbrecher nach Norden zu verfolgen“. Der Befehl wurde vom Regierungspräsidenten Julius von Henle (1864-1944, parteilos) an die Bezirksämter in Unterfranken weitergegeben und bildete fortan die Grundlage der Mobilisierungsvorbereitungen.

Ebenfalls am 26. Oktober wurde der Befehl des bayerischen Wehrkreiskommandos VII herausgegeben, der im Fall innerer Unruhen eine sofortige Verstärkung der bayerischen 7. Division mit Kräften der Wehrverbände vorsah (Codewort: „Herbstübung“).<sup>32</sup>

Dass aus all diesen hochfliegenden und klar verfassungsfeindlichen Plänen nichts wurde, lag am isolierten und nicht mit seinen Partnern abgestimmten Losschlagen Adolf Hitlers. Damit war allen konzertierten Aktionen im Reich der Boden entzogen.<sup>33</sup> Ob Gustav von Kahr, Otto von Lossow und Hans von Seißer von Hitler düpiert worden waren oder zu diesem Zeitpunkt ihren eigenen Umsturzplänen schon entsagt hatten, spielte für die Situation in Unterfranken keine Rolle; hier blieb es am 8./9. November 1923 ruhig.<sup>34</sup> Es kam zwar zur Unterbrechung der Fernspreverbindungen und an einigen Orten machten Kampfführer ihre Truppen mobil, doch am Ende verlief alles glimpflich. Früh am Morgen berief Regierungspräsident v. Henle die wichtigsten Autoritäten zu einer Besprechung zu sich, um ihnen zu erklären, dass man fest zur Regierung stehe. Damit war die Sache erledigt.

## Der 9. November 1923 in Oberfranken

In vielen oberfränkischen Städten standen die örtlichen Gruppierungen des Kampfbundes aus SA, Bund Oberland und Reichsflagge in der Nacht vom 8. auf den 9. November bewaffnet und zum Losschlagen bereit. Besonders prekär war die Situation in der Gegend um Coburg und Hof, da

32 Vgl. ebd., Anhang, Dok. 9, S. 366 ff.

33 Vgl. Longerich (wie Anm. 1), S. 261-273 (Fazit). Etwas anders argumentiert Kellerhoff: Demnach hätten Kahr und Seißer ihre Putschpläne eigentlich schon Anfang November 1923 abgesagt; Hitler, der nicht informiert war, hätte demnach zu spät losgeschlagen. Vgl. ders. (wie Anm. 1), S. 203-215.

34 Vgl. Walter Kopp: Würzburger Wehr. Eine Chronik zur Wehrgeschichte Würzburgs, Würzburg 1979, S. 232.

sich hier ohnehin die Truppen des Grenzschutzes Nordbayern mit Blickrichtung Berlin aufhielten. Als sich am Morgen des 9. November ein Scheitern des Putsches abzeichnete und sich von Kahr, von Lossow und von Seißer gegen eine Zusammenarbeit mit Hitler entschieden hatten, kam es auf ein rasches Eingreifen der von München aus informierten Landespolizeieinheiten an. In der Regierungshauptstadt Bayreuth wurden die örtlichen NS-Führer schnell verhaftet, in Bamberg konnten die in ihrem Stammlokal „Zum Specht“ wartenden SA-Männer arretiert werden. Da die Putschpläne insgesamt wenig ausgearbeitet waren und sich im Wesentlichen auf München konzentrierten, misslang anscheinend auch häufig die Kommunikation zwischen der Landeshauptstadt und der Peripherie. Oft gingen die wartenden SA- bzw. Kampfbund-Einheiten daher bei ausbleibenden von selbst auseinander.<sup>35</sup> Nur in der Coburger Umgebung war die Polizei nicht schnell genug, sodass Grenzschutzeinheiten ihre Frustration über den missglückten Putsch an Juden und ihrem Besitz ausließen. Für die insgesamt jedoch recht zügig eingeleiteten Gegenmaßnahmen war der Regierungspräsident von Oberfranken, Otto von Strößenreuther (1865-1958), verantwortlich. Selbst beileibe kein Demokrat und den vaterländischen Verbänden eigentlich wohlgesonnen, schlug er sich in diesem Moment auf die Seite

Gustav von Kahrs und verhinderte so eine Ausbreitung des Putsches nach Oberfranken.<sup>36</sup>

### Ober- und Unterfranken im Jahr 1923 – vergessene Regierungsbezirke?

Möchte man anhand der vorangegangenen Erläuterungen ein kurzes Fazit wagen, lässt sich feststellen, dass die beiden nördlichsten und von der Landeshauptstadt am weitesten entfernten Regierungsbezirke Bayerns im Prolog des Hitlerputsches eine tragende Rolle spielten. Zwar lässt sich Harold J. Gordon jr. beipflichten, der in seiner klassischen Studie zum Hitlerputsch aus dem Jahr 1971 festgestellt hat, dass es in Unterfranken keinen Putsch und in Oberfranken nur minimale Versuche gegeben habe.<sup>37</sup> Diese Aussage trifft aber nur zu, so sollten die Ausführungen zeigen, wenn man sie auf die unmittelbaren Ereignisse des 9. November 1923 in der Landeshauptstadt München bezieht. Heute weiß man, dass das gesamte Geschehen rund um den Hitler-Putsch eine viel komplexere Vorgeschichte besaß,<sup>38</sup> in die gerade auch Unter- und vor allem Oberfranken verwickelt waren. Dennoch bleibt die detaillierte Aufarbeitung der Pläne, die die Putschisten für Franken hatten, ein Desiderat, das eine nähere Betrachtung verdient hätte. 🟢

---

35 Vgl. Staatsarchiv Bamberg (StABa), Regierung von Oberfranken, Präsidialregistratur 1927; StABa, Bezirksamt/Landratsamt Bamberg (K 5) 5162, StABa, Bezirksamt/Landratsamt Bamberg 5238; StABa, Staatsanwaltschaft Bamberg, Abg. 1995, Nr. 105.

36 Vgl. Hambrecht (wie Anm. 4), S. 48 f.; vgl. Kellerhoff (wie Anm. 1), S. 252 ff.

37 Vgl. Harold J. Gordon jr.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt/Main 1971, S. 338 f.

38 Zuletzt am deutlichsten bei: Longerich (wie Anm. 1).



WERBUNG

# DEMOKRATIE IM ABWEHRMODUS. BAYERN IM KRISENJAHR 1923

## WORKSHOP – PODIUMSDISKUSSION – VORTRAG

Eine Veranstaltung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung (BLZ) in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Bayerischen Archive (GDA)



„Die Demokratie ist das Beste, was wir haben. Wir schulden ihr, wir schulden uns, sie zu beschützen. Die erste deutsche Demokratie war nicht wehrhaft genug. Bei der zweiten ist es an uns, sie zu bewahren.“ (Ilse Aigner)

Dieser pointierten Aussage der Präsidentin des Bayerischen Landtags bei ihrer Auftaktrede zur Vortragsreihe „Demokratie im Abwehrmodus. Bayern im Krisenjahr 1923“ steht stellvertretend für den gegenwärtigen öffentlichen Diskurs, wenn über die aktuellen Bedrohungen der Demokratie von rechts diskutiert wird. Denn die Erinnerung an das „deutsche Horrorjahr“ 1923 (Spiegel) ruft immer wieder das „Gespenst der Weimarer Verhältnisse“ (Andreas Wirsching) hervor und „triggert Ängste, auch die zweite deutsche Demokratie sei nicht grundsätzlich vor dem Scheitern gefeit“ (E+P 01/23). Zum hundertjährigen Jubiläum des sog. Hitler-Ludendorff-Putsches werden folgerichtig in einer Fülle von Publikationen und Veranstaltungen (vermeintliche) historische Parallelen und Unterschiede herausgearbeitet und diskutiert (siehe auch E+P 01/23).

Auch die Staatlichen Archive Bayerns beteiligen sich seit Beginn dieses Jahres u.a. mit monatlichen Abendvorträgen an dieser Erinnerungsarbeit. Besonderer Höhepunkt bei dieser Veranstaltungsreihe ist, dass dabei von Archivarinnen und Archivaren herausragende bayerischen Originalzeugnisse der Demokratiegeschichte präsentiert und vorgestellt werden.

Da die sehr unterschiedlichen Dokumente aus den Jahren 1922 bis 1928 eindrucksvoll die historischen Prozesse veranschaulichen, ergänzt die Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (BLZ) in Kooperation mit der Generaldirektion der Bayerischen Archive (GDA) den am 9. November 2023 geplanten Vortrag von Professor Andreas Wirsching durch einen Workshop für interessierte Lehrkräfte. Gemeinsam sollen unter fachkundiger Anleitung Vorschläge erarbeitet werden, inwieweit man diese „handverlesenen Quellen“ (Bernhard Grau) im Unterricht zum Einsatz bringen kann. Im Anschluss werden auf einer auch für die breite Öffentlichkeit zugänglichen Podiumsdiskussion aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen thematisiert und analysiert. Daran teilnehmen werden Professor Andreas Wirsching von der LMU, der Direktor der BLZ, Rupert Gröbl, der Generaldirektor der GDA, Bernhard Grau und die Leitende Oberstaatsanwältin Gabriele Tilmann von der ZET (Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus). Es folgt ein ebenfalls öffentlicher Vortrag von Professor Andreas Wirsching („Der Hitlerputsch als Herausforderung für die Demokratie“) bevor es bei einem abschließenden Empfang noch die Möglichkeit zu einem Austausch gibt.

Der Workshop ist nur für Lehrkräfte zugänglich (Anmeldung bitte über FIBS). Die Podiumsdiskussion und der Vortrag sind öffentlich. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.



### INFO

#### Ort:

Bayerisches  
Hauptstaatsarchiv

#### Datum:

09.11.2023

#### Zeit:

14.45 Uhr bis ca. 21.00 Uhr

14.45 – 16.45 Uhr:

Workshop

16.45 – 17.30 Uhr:

Kaffeepause

17.30 – 19.00 Uhr:

Podiumsdiskussion

19.00 – 20.00 Uhr:

Vortrag

20.00 – 21.00 Uhr:

Empfang

# Demokratie im Abwehrmodus

## Bayern im Krisenjahr 1923



Eine Vortragsreihe der Staatlichen Archive Bayerns  
Im Jahr 2023 unter der Schirmherrschaft der Präsidentin  
des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, MdL

In monatlichen Vorträgen erläutern renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Herausforderungen für die Demokratie in Bayern im Krisenjahr 1923. Sie ordnen Ereignisse ein und zeigen Entwicklungslinien auf.

Archivarinne und Archivar der Staatlichen Archive Bayerns stellen herausragende Zeugnisse der Demokratieggeschichte vor. Die Dokumente und Objekte werden im Original gezeigt und ihre Überlieferungsgeschichte erklärt.




Armbinde „Notpolizei“ der Archivars Otto von Waldenfels, 1923, Staatsarchiv Bamberg, Nachlass Otto von Waldenfels, M 11 Nr. 149  
Foto: BayHStA



Sicherheitsabteilung der SPD (sog. Auergarde) auf der Theresienwiese, Mai 1923, Bayerisches Hauptstaatsarchiv Bildersammlung 5642  
Foto: BayHStA

### Programm

- 19. Januar 2023, 10 Uhr**  
Auftaktveranstaltung mit Grußwort der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, MdL.  
Demokratie und Nationalsozialismus zu Beginn des „Krisenjahres“ 1923  
Referent: Prof. Dr. Thomas Rathel, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
  - 8. Februar 2023, 19 Uhr**  
Der militarisierte Friede, Die Rolle von Polizei, Reichswehr und Kampfverbänden in der bayerischen Politik und Gesellschaft  
Referent: Prof. Dr. Marita Krauss, Universität Augsburg
  - 2. März 2023, 18 Uhr**  
Gesellschaft, Staat, Adel und vormaliges Königshaus: Die alten Eliten als Stützen der Demokratie in Bayern?  
Referent: Prof. Dr. Dieter J. Welle, Ludwig-Maximilians-Universität München
  - 20. April 2023, 19 Uhr**  
Medienpluralismus und Republikenschutz  
Referent: Prof. Dr. Peter Hoeres, Julius-Maximilians-Universität Würzburg
  - 4. Mai 2023, 19 Uhr**  
München, 1. Mai 1923 – Der Kampf um die Straße, die Köpfe, die Demokratie: Die konservative Republik zwischen Schutz und Putsch  
Referent: Prof. Dr. Hermann Rumschötel, Universität der Bundeswehr München
  - 14. Juni 2023, 19 Uhr**  
Die Kirchen und der frühe Nationalsozialismus in München  
Referent: Prof. Dr. Klaus Unterberger, Ludwig-Maximilians-Universität München
  - 6. Juli 2023, 19 Uhr**  
Die „Inflation in der Mitte“: Wirtschaftskrise, Inflationstrauma und die bayerische Gesellschaft  
Referent: Prof. Dr. Bernhard Löffler, Universität Regensburg
  - 9. August 2023, 19 Uhr**  
Gesellschaft, Staat, Parteien und Verfassung  
Referent: Prof. Dr. Stefan Koniath, Ludwig-Maximilians-Universität München
  - 14. September 2023, 19 Uhr**  
Demokratie im Ausnahmezustand: Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr im Spannungsfeld Bayern, Reich, Entente  
Referent: Prof. Dr. Ferdinand Kramer, Ludwig-Maximilians-Universität München
  - 8. Oktober 2023, 19 Uhr**  
Der Bayerische Ausnahmezustand und die Ausweisung von „Ostjuden“ im Oktober 1923  
Referent: Prof. Dr. Martin Geyer, Ludwig-Maximilians-Universität München
  - 9. November 2023, 19 Uhr**  
Der Hitler-Ludendorff-Putsch als Herausforderung der Demokratie? Wirkung, Deutung, historische Einordnung  
Referent: Prof. Dr. Andreas Wünsch, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
  - 7. Dezember 2023, 19 Uhr**  
Auf dem rechten Auge blind? Vom Levin-Prozess zum Hitler-Prozess  
Referent: Prof. Dr. Arnd Koch, Universität Augsburg
- Veranstaltungsort:  
Bayerisches Hauptstaatsarchiv,  
Schönfeldstraße 5, 80539 München
- Alle Vorträge werden gestreamt,  
Zugangslinik unter  
[www.gda.bayern.de](http://www.gda.bayern.de)
- 
- Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns  
Schönfeldstraße 5, 80539 München



## LESESTOFF



### 1923 – Publikationen der BLZ

„Der Autor ist ein begnadeter Erzähler.“ Gemeint ist mit diesem überschwänglichen Urteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung der vergleichsweise noch junge irische Historiker Mark Jones, der mit seinem „packenden Buch“ (Deutschlandfunkkultur) „1923. Ein deutsches Trauma“ nicht nur eine sehr gut lesbare Darstellung zu dieser komplexen Thematik geschaffen hat, sondern auch höchste wissenschaftliche Ansprüche erfüllt, indem er beispielsweise bisher noch nicht erschlossene Archivmaterialien nutzt und gekonnt integriert.

Diese und viele weitere Publikationen finden sich sehr einfach über die Homepage der BLZ



## DIE AKTIONEN DER KLIMAAKTIVIST\*INNEN

### ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATIE ODER LEGITIMES MITTEL DES PROTESTS?



#### PRO von Nadja Renner

„Wir sind auf dem Highway zur Hölle mit dem Fuß auf dem Gaspedal“, so der UN-Generalsekretär Antonio Guterres auf der Weltklimakonferenz im November 2022.<sup>1</sup>

In einer Zeit, in der die Bekämpfung der Klimakrise immer drängender wird, haben sich weltweit Klimaaktivist\*innen organisiert, um auf die Bedeutung des Klimaschutzes hinzuweisen und Maßnahmen von Regierungen und Unternehmen zu

fordern. Der Fuß muss vom Gaspedal genommen werden, dies ist nicht zu leugnen. Der aktuelle Zustand der Erde ist besorgniserregend, sechs von neun planetaren Grenzen sind überschritten – Grenzen, die eingehalten werden müssen, damit die Lebensgrundlagen für den Menschen gewahrt bleiben –, ganze Ökosysteme und nicht zuletzt das Überleben der Menschheit sind gefährdet. Auch wir in Deutschland müssen mit proaktivem Klimaschutz beginnen!<sup>2</sup> Dafür treten diverse Organisationen ein, in Deutschland unter anderem Fridays for Future

Mitglieder der Umweltaktivisten „Letzte Generation vor den Kipppunkten“ blockierten am Montag den 19. Juni 2023 in Berlin-Friedrichshain die Straße, um die Zufahrt zum „Tag der Industrie 2023“ des Bundesverband der Deutschen Industrie zu erschweren. Mehrere Menschen klebten sich dabei auf der Straße fest (im Bild), andere protestierten mit Schildern und Transparenten vor dem Zugang zur Veranstaltung.

Foto: Süddeutsche Zeitung  
Photo/Fotograf: Christian Ditsch



1 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klima-klimakonferenz-cop27-waldschutz-100.html> [Stand: 12.09.2023].

2 Vgl. <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/klimawandel-planetaere-grenzen-erderwaermung-100.html> [Stand: 19.09.2023].



aber auch „*Extinction Rebellion*“ oder die „Letzte Generation“, letztere mit immer mehr aufsehen-erregenden Aktionen.

Doch von Teilen der Bevölkerung wird behauptet, dass die Aktivist\*innen gegen geltendes Recht verstoßen würden, indem sie Straßen blockieren, Gebäude besetzen und Forderungen stellen und beispielsweise Mitschuld am Tod einer Fahrradfahrerin tragen. Der Fall ging Ende Oktober 2022 als „Aufreger“ durch die Medien. Eine Fahrradfahrerin wurde von einem Betonmischer überfahren; den Klimaaktivist:innen wurde vorgeworfen, sie hätten durch ihre Protestaktion – die Blockade der

A100 – ein Rettungsfahrzeug behindert. Es entstand ein Stau, in welchem keine Rettungsgasse gebildet wurde, sodass ein Spezialfahrzeug erst verzögert am Unfallort eintraf. Die Schuld am Tod der Frau wurde den Aktivist:innen gegeben. Aber sind sie das wirklich? Nach einer abschließenden Untersuchung kommt die Staatsanwaltschaft zu einer klaren Aussage: Die beiden Klimaschützer der „Letzten Generation“ seien nicht fahrlässig für den Tod der Frau verantwortlich!<sup>3</sup> Wer trägt die Schuld? Die Autofahrer, die keine Rettungsgasse gebildet haben? Die Stadt, weil die Radwege schlecht ausgebaut sind? Der Fahrer des Betonmischer, weil er kurze Zeit unachtsam war und den toten Winkel nicht beachtet hat? Die Politik, weil sie nicht einmal auf die geringsten Forderungen der Protestierenden eingeht – ein Neun-Euro-Ticket und ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Gerne werden diese Fragen in den Hintergrund gestellt und es wird von Teilen der Bevölkerung behauptet, allein die Protestaktionen trügen die Schuld, seien somit eine große Gefahr für die Bewohner und die Demokratie dieses Landes und hätten keinerlei Auswirkungen auf den Schutz des Klimas. Sind die Behauptungen begründet oder dienen sie einer Ausrede, damit man sich persönlich nicht mit dem Klimawandel auseinandersetzen muss, und werden deshalb als undemokratisch oder gar Angriff auf die Demokratie dargestellt?

Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein zentraler Pfeiler jeder Demokratie. Klimaaktivist\*innen im Alter von 19 bis 73 nutzen diese Freiheit, um die Aufmerksamkeit auf die Dringlichkeit zu lenken und politische Entscheidungsträger zum Handeln zu bewegen. Ihr gutes Recht. Nun folgt der Einwand:

„Ja, aber ... geht das nicht auf andere Art und Weise? Kann man das nicht machen, ohne die Bevölkerung zu stören?“ Nein, kann man nicht. Weniger invasive Bewegungen wie Fridays For Future haben nicht zuletzt bewirkt, dass der Klimawandel und dessen Bekämpfung in den Fokus des öffentlichen Diskurses gerückt worden sind. Die Politik hat sich mit dem Klimawandel beschäftigt und ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Leider nur halbgar: Ein Klimagesetz, das wirklich den Anforderungen der Klimakonferenzen und dem Pariser Abkommen entspricht, gibt es nach wie vor nicht.

In einer Demokratie tragen die Bürger\*innen die Verantwortung, die Regierung zur Rechenschaft

*Die in Artikel 8 des Grundgesetzes verankerte Demonstrationsfreiheit ist als Grundpfeiler der Demokratie ein elementares Instrument, um auf Probleme und Missstände aufmerksam zu machen. (Mobilitäts-) Einschränkungen im Rahmen von politischen Demonstrationen sind für Unbeteiligte zwar oft unangenehm, aber eben durch die Versammlungsfreiheit gerechtfertigt. Die Grenzen des Versammlungsrechts beginnen, wenn hierbei Straftaten begangen werden. Ob die durch das Festkleben von Personen auf öffentlichen Straßen herbeigeführten Straßenblockaden mit dem Ziel der Demonstration für den Klimaschutz den Straftatbestand der Nötigung erfüllen oder durch das Grundrecht des „zivilen Ungehorsams“ aus Artikel 20 des Grundgesetzes gerechtfertigt ist, ist auch in Fachkreisen umstritten und beschäftigt immer öfter die Gerichte. Während die meisten Gerichte dies als strafbare Nötigung werten und zu (teils empfindlichen) Geldstrafen oder im Wiederholungsfall zu kurzen Freiheitsstrafen verurteilen, gibt es auch Gerichte, die bei gewissen Faktoren wie einer groben Vorab-Ankündigung der Blockade-Aktion, ihrem Sachbezug, bei geringen Auswirkungen und kurzer Dauer, die Nötigung als gerechtfertigt ansehen und deshalb freisprechen. Höchstgerichtliche Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes oder des Bundesverfassungsgerichts liegt hierzu bisher noch nicht vor.*

*M. Winkler, Diplomburist*



**INFO**

Liebe Leserinnen  
und Leser!

Im Folgenden finden Sie ein buntes und breites Spektrum von verschiedenen Meinungen zu den aktuell sehr kontrovers und zum Teil auch sehr polemisch diskutierten Aktionen sog. Klimaaktivist\*innen.

Auch zwei Mitglieder der E+P-Redaktion haben sich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und sind dabei ebenfalls zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen gekommen.

**Uns interessiert auch  
Ihre Meinung.**


Bitte schreiben Sie uns:  
landeszentrale@  
blz.bayern.de

Wir freuen uns auf Ihre  
Beiträge und wünschen  
Ihnen viel Freude bei  
der Lektüre!

3 Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/klimaschuetzer-radfahrer-in-tod-gericht-100.html> [Stand: 19.09.2023].

Aktionen von Klimaaktivist\*innen begegnen mir in meiner täglichen Arbeit als Journalistin bei einem lokalen TV-Sender. Für mich sind das spannende Drehs und Beiträge. Hörsaal-Besetzung an der Uni oder Klimakleber im Berufsverkehr - wir berichten neutral, lassen alle Seiten zu Wort kommen. Ich persönlich sehe in den Aktivitäten keinen Angriff auf die Demokratie. Vielmehr ist das Recht zu demonstrieren ja Teil unserer Demokratie. Dass der immer radikalere Weg - Festkleben auf Straßen oder Flugzeug-Startbahnen langfristig der Richtige ist, bezweifle ich. Immer mehr Menschen fehlt dafür das Verständnis und es entstehen zwei Lager. Keine gute Ausgangslage, um für eine gemeinsame Sache zu kämpfen: Unser Klima.

M. Gottschalk, Journalistin



zu ziehen. Die Gedanken schweifen unweigerlich zur philosophischen Grundfrage der Sinnhaftigkeit des Staates. Rousseau war es, der den bürgerlichen Gemeinwillen hervor gehoben hatte, der schlussfolgernd logisch auf das Wohl des ganzen Volkes ausgerichtet sei. Dieses Gemeinwohl zu erreichen und zu schützen ist Aufgabe des Staates. Klimaaktivist\*innen erinnern an diese Aufgabe, indem sie auf die Umweltauswirkungen von politischen Entscheidungen – ja, in teils drastischer Manier – hinweisen. Zumal die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen schlicht nicht ausreichend sind, wie auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Das deutsche Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019 sei in Teilen nicht mit den Grundrechten vereinbar, da sich Gefahren des Klimawandels lediglich auf Zeiträume nach 2030 und damit zu Lasten der jüngeren Generation verschieben würden.<sup>4</sup> Die Klimaaktivist\*innen machen auf diesen Fakt aufmerksam und möchten ein auf den Grundrechten aller beruhendes Handeln der Regierung erzwingen. Dies ist ein wesentlicher Aspekt der Bürger\*innen-Beteiligung und somit Grundlage der Demokratie. Protestierende fordern nicht nur Maßnahmen zum Klimaschutz, sondern sie stärken auch die Demokratie.

4 Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/klimaschutzgesetz-bundesverfassungsgericht-101.html> [Stand: 07.09.2023].

„Ja, aber ... erreichen die Aktivist\*innen durch ihre Aktionen nicht eher, dass die Menschen, die beispielsweise im Stau stehen, erbost sind und erst recht nicht an den Klimawandel denken?“ Nein, die große Mehrheit der Deutschen spürt laut einer Umfrage des Bundesumweltministeriums die Folgen des Klimawandels und sieht großen politischen Handlungsbedarf,<sup>5</sup> den die Klimaaktivist\*innen mit ihren Aktionen eben einfordern. Es ist nicht die Tat einzelner Individuen, die versuchen, sich ins egoistische Rampenlicht der Tagespolitik zu stellen. Es ist ein Akt für das Wohl aller Bürger\*innen, auch für diejenigen, die im lauten Ausüben einer herablassenden „Klebekritik“ ohne Bezug auf das Warum eben jenes Licht versuchen zu stehlen und dabei das große Ganze scheinen zu vergessen.

Dieses Einfordern geht über Demonstration und öffentlichen Diskurs hinaus. Der Begriff „ziviler Ungehorsam“ wurde geprägt, um Aktivitäten zu beschreiben, bei denen Bürger\*innen bewusst gegen bestimmte Gesetze oder Regeln verstoßen, um auf Ungerechtigkeiten hinzuweisen, wie es die

Auf die Frage, ob die Aktionen der Klimaaktivist\*innen als Angriff auf die Demokratie gesehen werden, oder ob es als Wahrung der eigenen Rechte betrachtet werden kann, erinnere ich mich an meine Jugend. Am 31. März 1986, es ist Ostern und mein 23. Geburtstag, ziehe ich mit 100.000 meist friedlichen Demonstranten zur Baustelle der WAA Wackersdorf. Ich war entschieden gegen eine Strahlenbelastung in meinem Wohngebiet. Die vielen Proteste waren erfolgreich, die WAA wurde nicht gebaut. Auch das war eine Form von zivilem Ungehorsam, für uns jedoch eine weitgehend gewaltfreie Methode, unsere Rechte einzufordern. Ich machte damals keinen Angriff auf die Demokratie und sehe diesen auch nicht in den heutigen Aktionen der Klimaaktivist\*innen.

Gabriele S., „Boomerin“

5 Vgl. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeitsstrategien-internationales/umweltbewusstsein-in-deutschland> [Stand: 12.09.2023].



*Können Proteste von Klimaaktivisten als Angriff auf die Demokratie gewertet werden? Wenn man Demokratie als die Teilhabe aller an der politischen Willensbildung definiert, dann sind die Protestaktionen weniger Angriff auf die Demokratie, als eher ihre Essenz. Selbstverständlich dürfen Gesetze und Freiheiten Dritter nicht verletzt werden. Jedoch muss man die Taten auch im Lichte der Dramatik des Klimawandels sehen. Die letzte Generation z.B. hat drei Kernforderungen. Ein allgemeines Tempolimit von 100 km/h, ein dauerhaftes 9-Euro-Ticket und die Einrichtung eines Gesellschaftsrats zur Belebung und Stärkung der Demokratie. Aus meiner Sicht sind diese Forderungen demokratischer als die Aussagen mancher selbsternannten Liberaler, die die Aktivisten mit Terroristen und Kriminellen gleichsetzten, sie diffamieren und so aus dem demokratischen Diskurs ausschließen wollen. Damit entlarven sie sich selbst als illiberal und schaden dem Kampf gegen den Klimawandel, da durch solche Scheindebatten vom längst überfälligen Umweltschutz abgelenkt wird.*

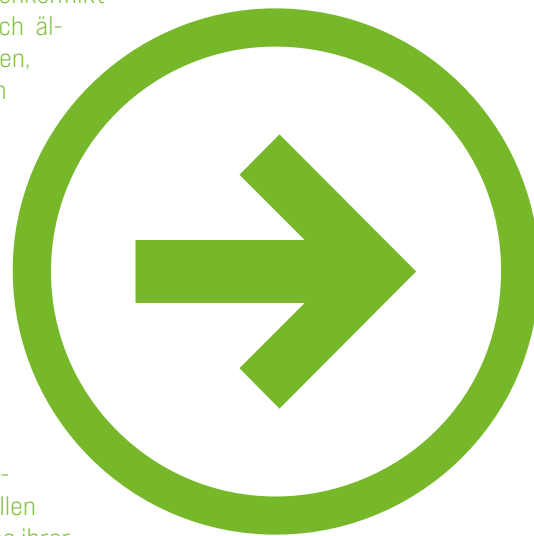
*S.L., Fachbereich Wirtschaft*

”

Die Klimakrise ist keine abstrakte Bedrohung, sondern eine akute Gefahr für die Menschheit und unseren Planeten. Die Zeit drängt und Klimaaktivist\*innen glauben, dass sie auf die Dringlichkeit des Problems aufmerksam machen müssen, indem sie auf die Straße gehen und protestieren. Greta Thunberg wurde durch ihren „*Skolstrejk för Klimatet*“ zur Gallionsfigur der Revolution der jungen Menschen. Die Jugend nutzt ihre Stimme, um für ihre Zukunft zu kämpfen; das Durchschnittsalter der Streikenden beträgt 25,8 Jahre, 52,8 Prozent sind zwischen 14 und 19 Jahre alt<sup>9</sup>. Beim Klimastreik am 15.9.2023 sind eine Viertel Million Menschen in Deutschland auf die Straße gegangen, um für einen

besseren Klimaschutz zu demonstrieren.<sup>10</sup> Vor allem junge Menschen haben das größte Interesse an der Bekämpfung des Klimawandels, da sie die langfristigen Auswirkungen am stärksten spüren werden. Um politische Veränderungen herbeizuführen, ist die Unterstützung der Öffentlichkeit entscheidend. Klimaaktivist\*innen nutzen ihre Proteste, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Menschen dazu zu bewegen, sich für den Klimaschutz einzusetzen.

„Ja, aber ... die jungen Menschen sind doch gar nicht politisch aktiv und lassen sich nur beeinflussen.“ Fast richtig. Die jungen Menschen unter 18 dürfen noch nicht wählen. Dass sie aber politisch nicht aktiv wären, kann man daraus nicht folgern. Bei der FFF-Bewegung haben sich vor allem jungen Menschen angeschlossen und dafür auch disziplinarische Konsequenzen in der Schule in Kauf genommen. Nach und nach haben sich zudem auch „*Scientists for Future*“, „*Grannies for Future*“ und viele weitere Zusammenschlüsse gegründet, die die Anliegen der jungen Menschen unterstützen. Schon daran erkennt man, dass es zu keinen Generationenkonflikt kommen muss, wenn auch ältere Menschen anerkennen, dass die Jugend noch unter lebenswerten Bedingungen auf diesem Planeten alt werden möchte. Dass trotzdem auf politischer Ebene noch immer zu wenig für den Klimaschutz getan wird, kritisieren die Aktivist:innen scharf. Vielleicht zurecht muss sich das aktuelle Parlament den Vorwurf gefallen lassen, sie würden im Sinne ihrer mehrheitlichen Wähler handeln – der hauptsächlich älteren Generation. Gerade die jungen Menschen sehen sich in ihrer Zukunft bedroht und ergreifen deswegen die Initiative in Form von Protestaktionen, die über das Demonstrieren hinausgehen, um ihre Grundrechte zu wahren. „Ja, aber warum sollen wir nur in Deutschland etwas



9 Vgl. <https://www.deutschland.de/de/topic/umwelt/wer-steht-hinter-fridays-for-future#:~:text=das%20Durchschnittsalter%20betragt%2025%208,Prozent%20der%20oberen%20Mittelschicht> [Stand: 19.09.2023].

10 Vgl. <https://www.wwf.de/klimastreik#:~:text=Beim%2013.,Orten%20auf%20die%20Stra%C3%9Fen%20gegangen> [Stand: 19.09.2023].





Gruppe von Wissenschaftlern\*innen von "Scientists for Future" mit Klimastreifen-Transparent zur Erderwärmung vor dem Bundestag. Zusammen mit mehreren tausend Schüler\*innen demonstrieren sie für mehr Klimagerechtigkeit und für eine Verkehrswende.

Foto: Süddeutsche Zeitung  
Photo/Fotograf Florian Boillot

unternehmen, wir sind doch nicht die Retter der Welt.“ Nun ja, Deutschland allein hat seit der Industrialisierung fast fünf Prozent zur globalen Erderwärmung beigetragen. Auf dem Rücken der ärmeren Länder wuchs die Wirtschaftskraft Deutschlands. Auch aktuell kann sich Deutschland hinsichtlich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes nicht mit Ruhm bekleckern: Berechnet man den Ausstoß pro Kopf, liegt beispielsweise China direkt hinter Deutschland. Zudem hat sich Deutschland längst verpflichtet zu handeln! Bis 2030 müssen die Emissionen laut Klimaschutzplan um mindestens 55 Prozent zurückgehen im Vergleich zum Jahr 1990.<sup>11</sup> Ein Handeln der Politiker bleibt folglich alternativlos – wirtschaftlich, ökologisch und moralisch. Und

nichts anderes fordern die Klimaaktivist:innen. Wie kann man sich also darüber echauffieren?

Insgesamt ist es klar, dass das Handeln der Klimaaktivist\*innen keinen Angriff auf die Demokratie darstellt, sondern legitime Mittel der Demokratie nutzt, um auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes hinzuweisen und politische Maßnahmen zu fordern. Die Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung der Bürger\*innen und Klimaaktivist\*innen tragen dazu bei, die dringend benötigte Debatte über den Klimaschutz voranzutreiben und die von Guterres auf dem letzten Klimagipfel in Afrika geforderten „Quantensprünge“ anzustoßen.<sup>12</sup>

„Ja, aber... die Klimakleber stören mich schon!“  
Ok, Boomer. 🌱

11 Vgl. <https://www.quarks.de/umwelt/klimawandel/was-bringt-es-wenn-deutschland-co2-reduziert/> [Stand: 19.09.2023].

12 Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika-klimagipfel-guterres-100.html> [Stand: 07.09.2023].



Autofahrer reagieren zunehmend mit Aggression auf die Proteste der „Letzten Generation“. Foto: picture alliance/dpa, Fotograf: Paul Zinken



### **CONTRA** von Manfred Fischl

Nach monatelangen Ankündigungen haben Klimaschützer im September mit neuen Aktionswochen in Berlin begonnen. Zahlreiche Aktivisten der sog. Letzten Generation haben sich am Montag, den 18. September, an mehr als 20 Orten in Berlin festgeklebt. Über 500 Beamte waren im Einsatz. Durch die Eingriffe in den Straßenverkehr kam es zu langen Staus und Wartezeiten. Viele Betroffene protestierten laut und zum Teil aggressiv. Nach Angaben der Polizei besprühte bei einer Blockade in Prenzlauer Berg ein Autofahrer Aktivisten mit Reizgas und versuchte, sie „mit Tritten von der Fahrbahn zu entfernen“. Es gab aber auch gegenteilige Reaktionen. So bedankten sich Vertreter der Letzten Generation ausdrücklich mit einem öffentlichen Statement für Blumen, die die Blockierer von Sympathisanten erhalten hätten.<sup>13</sup>

Fast kein Thema erhitzt zur Zeit so sehr die Gemüter wie die mehr und mehr ins öffentliche Leben eindringenden Aktionen der radikalen Klimaschützer. Dabei gehen die zumeist jugendlichen Idealisten bewusst immer öfter an die Grenzen des rechtsstaatlich Erlaubten und überschreiten – zumindest nach Ansicht diverser

Gerichtsurteile – sogar den Rahmen der Legalität im Dienst einer vermeintlich guten Sache.

Die Reaktionen der Bevölkerung sind, wie bereits angesprochen, bisher sehr disparat. Für die einen sind die Aktivisten der Letzten Generation „Klimaterroristen“, für die anderen moderne Helden, die sich selbstlos der Rettung der Welt verschrieben haben. Laut Umfragen lehnt allerdings eine große Mehrheit der Deutschen ihre Vorgehensweise ab und wünscht sich eine schärfere Sanktionierung seitens der staatlichen Behörden.<sup>14</sup>

In diesem Zusammenhang wurde und wird in der Öffentlichkeit zunehmend kontrovers die Frage diskutiert, inwieweit man derartige Aktionen, mit denen offenbar eine kleine Minderheit die viel zitierte schweigende Mehrheit „überzeugen“ möchte, noch als demokratisch legitimiert bewerten kann. Die Letzte Generation beruft sich dabei auf ihrer Homepage auf den sog. „zivilen Widerstand“ oder „zivilen Ungehorsam“ und verweist – für viele völlig zurecht und plausibel – auf die Erfolge berühmter Bürgerrechtler wie Martin Luther King Jr.. Folgerichtig sieht Pastor Dieckmann die Aktivisten in seiner NDR-Kolumne („Letzte Generation wandelt auf Gandhis Spuren“)

13 Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/regional/berlin/berlin-letztegeneration-blockaden-100.html> [Stand: 20.9.2023].

14 Vgl. z.B. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/klima-proteste-umfrage-aktivisten-letzte-generation-100.html> [Stand: 13.09.2023].

Wenn man sich auf Max Weber und die Gesinnungs- sowie Verantwortungsethik beruft, dann kann ich die Gesinnung der Klimaaktivisten teilen, den Planeten zu retten. Wenn ich den Aspekt der Verantwortungsethik betrachte, muss ich aber auch immer die Konsequenzen und Nebenwirkungen meiner Handlungen berücksichtigen. Hier stelle ich fest, dass sie durch ihre Aktionen wenig Akzeptanz in der Bevölkerung haben, da viele diese als psychische, nicht körperliche, Gewalt interpretieren. Vor allem die Reaktion derer, die durch diese Aktionen auf der Straße blockiert werden, sind oft Wut, Hass, Frustration und Verachtung. Die Frustration ist nachvollziehbar, da die Menschen ja nicht spazieren fahren. Ihre Fahrt ist verbunden mit der Erfüllung von Zielen, mit Aufgaben, Verpflichtungen oder auch Notfällen. Diese Verpflichtungen müssen dann unterbrochen oder abgesagt werden.

*D. Frey, Professor für Sozial- und Wirtschaftspsychologie*

sogar „in der Tradition der Bergpredigt Jesu“, da sie sehr gut der Forderung nachkommen, dem, „der dich auf die Wange schlägt, auch die andere darzubieten“.<sup>15</sup>

Allerdings ist diese von den Klimaschützern und ihren Anhängern verwendete Terminologie nicht nur laut der Bundeszentrale für politische Bildung „selbst schon ein Politikum“<sup>16</sup>. Denn je nach politischem Standpunkt und rechtlicher Interpretation kann man die auf dieser Basis durchgeführten Aktionen sowohl als „moralische Erpressung der Mehrheit durch eine Minderheit“ als auch als „bürgerliche Pflicht“ zur Durchsetzung wünschenswerter Veränderungen bewerten.<sup>17</sup>

An dieser Stelle soll jedoch weder die konkrete strafrechtliche Relevanz thematisiert noch eine abstrakte politikwissenschaftliche Diskussion geführt werden. Vielmehr soll versucht werden, eine Antwort auf die kontroverse Frage zu finden, ob und inwieweit von den Klimaaktivisten tatsächlich eine Gefahr für unsere demokratische Grundordnung ausgeht.

15 <https://www.ndr.de/kirche/Pastor-Jan-Dieckmann-beeindruckt-die-Letzte-Generation,kolumne1452.html> [Stand: 20.09.2023].

16 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/138281/ziviler-ungehorsam-annaeherung-an-einen-umkaempften-begriff/> [Stand: 13.09.2023].

17 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/138281/ziviler-ungehorsam-annaeherung-an-einen-umkaempften-begriff/>

Der Präsident des thüringischen Verfassungsschutzes Stephan Kramer ging beispielsweise bereits Ende des vergangenen Jahres mit der umstrittenen These an die Öffentlichkeit, dass „es bereits erste Versuche von Linksextremisten [gebe], maßgeblich Einfluss auf die bisher nicht extremistische Umwelt- und Klimabewegung [...] auszuüben“. Mit großer Besorgnis gab er medienwirksam bekannt, „dass in Teilen der Klimaszene eine Hoffnungs- und Aussichtslosigkeit vorzuherrschen scheint, die in Endzeitgedanken mündet“.<sup>18</sup>

Die Ereignisse bei der Räumung von Lützerath im Januar 2023 schienen die Aussagen des ehemaligen Generalsekretärs des Zentralrates der Juden zu bestätigen. Bei den Demonstrationen gegen die Fortsetzung des Kohlebergbaus flogen Steine auf Polizisten und vereinzelt kamen sogar Molotowcocktails zum Einsatz. Zwar verhielten sich - wie die Süddeutsche Zeitung wohlwollend hervorhob - „die allermeisten [Demonstranten] friedlich“, jedoch musste das nicht für seine übermäßige Kritik an den Klimaaktivisten bekannte Blatt doch konstatieren, „dass unter dem Eindruck, dass die Polizei zeitweise wenig zimperlich mit den Aktivistinnen und Aktivisten umging, [...] sich die Klimaszene in Lützerath schwertat, sich von Gewalt zu distanzieren“.<sup>19</sup> Ist also somit zu befürchten, dass es in Deutschland bald ähnliche Bilder wie in British Columbia gibt, wo aus Protest gegen den Bau einer Fracking-Gas-Pipeline 20 Personen mit Äxten und Brandsätzen bewaffnet eine Baustelle stürmten, Mitarbeiter bedrohten und Schäden in Millionenhöhe verursachten?

Laut den kürzlich im Sommer dieses Jahres veröffentlichten Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz zeige die Letzte Generation derzeit allerdings noch „keine Tendenz zum Extremismus“.<sup>20</sup> Es ist also nicht zu erwarten, dass sich in absehbarer Zeit Vorgänge wie in



18 Die Welt v. 27.01.2023.

19 <https://www.sueddeutsche.de/politik/luetzerath-gewalt-klima-aktivisten-radikal-1.5733308> [Stand: 20.09.2023].

20 Vgl. z.B. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/letzte-generation-bka-100.html> [Stand: 13.09.2023].



*Klimakleber greifen die Demokratie an, da sie mit ihren Protesten versuchen, ihre Meinung anderen aufzuzwingen und die Rechte sowie Interessen der Bürger zu beeinträchtigen. Sie versuchen ihre Meinung zwanghaft durchzusetzen und stören dabei unbeteiligte Mitmenschen, indem sie durch ihr Ankleben die Straßen blockieren und Menschen im Stau stehen lassen. Damit beeinträchtigen sie die Mobilität und den Alltag anderer, die nicht aktiv an ihren Demonstrationen teilnehmen möchten. Demos sind ein wichtiger Bestandteil einer Demokratie, dennoch müssen sie angemeldet werden. Klimakleber ignorieren dies häufig und gefährden damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung.*

*Es ist also nicht nur ein Angriff gegen die Demokratie, da Gesetze absichtlich ignoriert werden, sondern auch ein Angriff gegen die Mitmenschen. Am wichtigsten ist das Recht auf den Zugang zu ärztlicher Versorgung (Artikel 35 GG). Die Straßenblockaden der Protestierenden dieses Recht ernsthaft einschränken. Auf Grund der Staus kann die dringende medizinische Hilfe, die benötigt wird, verhindert werden, was in Notfällen lebensbedrohlich sein kann. Es ist wichtig, dass politischer Aktivismus in einer Demokratie in einer Weise erfolgt, die die Rechte und Freiheiten aller Bürger respektiert, trotz der dringenden Notwendigkeit einer Veränderung hinsichtlich der Klimapolitik.*

*Jacob, Berufsschüler*



Lützerath regelmäßig wiederholen. Langfristig hat jedoch auch der Extremismusforscher Matthias Quent von der Hochschule Magdeburg-Stendal die Befürchtung, dass beispielsweise übermäßige staatliche Maßnahmen gegen die Letzte Generation „Abschreckungseffekte haben“, die im schlimmsten Fall sogar dazu führen könnten, „dass sich einzelne radikalisieren“.<sup>21</sup> In letzter Konsequenz ist somit eine weitere (Gewalt-) Eskalation ein nicht vollkommen unrealistisches Szenario.

<sup>21</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klima-letzte-generation-razzia-forscher-warnt-vor-radikalisierung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230525-99-816986> [Stand: 13.09.2023].

Letztlich ist es schließlich auch eine nicht von der Hand zu weisende Tatsache, dass nicht wenige Mitglieder und Sympathisanten dieser Bewegung im äußeren linken Spektrum zu verorten sind und dass es deshalb durchaus gewinnbringend sein kann, ihre Sicht auf die Welt einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Generell bewerten die Klimaaktivisten die derzeitige Praxis der politischen Meinungsfindung sehr skeptisch. Auf der Homepage<sup>22</sup> der Letzten Generation wird ausgeführt, dass „unsere demokratischen Verfahren [...] für einen angemessenen sozial verträglichen und gerechten Umgang mit der Klimakrise offenbar nicht demokratisch genug“ seien und nur ein wie auch immer zu gestaltender „tiefgreifender Wandel [...] unsere Demokratie [...] wieder handlungsfähig“ mache. Deutschland werde dominiert von einer kleinen superreichen Elite und es werde endlich Zeit, „dass die Macht der 1% [sic!] hin zu den 99% wandert“.

Fast schon gebetsmühlenhaft wiederholt die Letzte Generation das Ziel, das derzeitige parlamentarische System durch einen „Gesellschaftsrat“ zu ergänzen, der sich „aus zufällig gelosten Menschen, die die Bevölkerung Deutschlands [...] bestmöglich abbilden“, zusammensetzen soll. Innerhalb der sich daraus für die Anhänger dieser Theorie zwingend ergebenden Logik wird dieser Personenkreis in relativ kurzer Zeit und im Konsens zu dem Ergebnis kommen, dass auf der Basis der wissenschaftlichen Fakten ein bis zum Jahr 2030 radikaler Umbau der Wirtschaft von Nöten sein wird.

Der Bundesregierung obliege es dann, für den entsprechenden Gesetzesentwurf die im Parlament nötige, jedoch (noch) nicht näher definierte „Überzeugungsarbeit“ zu leisten, um schließlich – nach erfolgter Zustimmung –, die Vorhaben in „einer beispiellosen Geschwindigkeit und Entschlossenheit“ umzusetzen.

<sup>22</sup> <https://letztegeneration.org> [Stand: 11.09.2023].







Wahrscheinlich wird es den Klimaaktivisten nicht gerecht, ihnen „nur“ auf Grund dieser bemerkenswert naiven politischen Überzeugungen, eine grundsätzliche Verfassungsfeindlichkeit zu attestieren. Doch kann man wirklich ausschließen, dass sich vor allem jugendliche Idealisten – in welcher Form auch immer – radikalisieren, wenn sich die Umsetzung dieser Forderungen als unrealistisch erweisen sollte?

Momentan sind wir allem Anschein nach noch sehr weit entfernt von der Gründung einer „Klima-RAF“<sup>23</sup>, aber als problematisch kann sich möglicherweise erweisen, dass von vielen Klimaaktivisten und ihren Sympathisanten nicht nur den derzeitigen politischen Akteuren, sondern dem gesamten „politischen System“ per definitionem abgesprochen wird, den großen Herausforderungen der Zukunft adäquat begegnen zu können. Begünstigen also die Klimaaktivisten mit

ihrer permanenten Diskreditierung und dem In-Frage-Stellen der demokratischen Institutionen – wenn auch ungewollt – politische Strömungen und gesellschaftliche Entwicklungen, die ihren eigenen Interessen eigentlich diametral widersprechen und die schon jetzt immer mehr die Fundamente unserer Gesellschaftsordnung ins Wanken bringen?

Eine im August 2023 von der Körber-Stiftung veröffentlichte Studie kam zu dem dramatischen Ergebnis, dass im Vergleich zu den vergangenen Jahren das Vertrauen der Deutschen in die Demokratie und ihre Institutionen signifikant zurückgegangen sei und mehr als die Hälfte der Deutschen ein „weniger großes“ oder sogar „geringes“ Vertrauen in die Demokratie hätten.<sup>24</sup>

Womöglich geht also von den Aktionen der letzten Generation unmittelbar (noch) keine Gefahr für die Demokratie aus, mittelbar ist es jedoch nicht unwahrscheinlich, dass bei weiteren verbalen Attacken auf das „System“ aus dem Umfeld der

Klimaaktivisten protestieren am 15. April 2023 in Berlin unter dem Motto „Notstand-Artensterben ausrufen & aufhalten!“ gegen das Artensterben.  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/SZ  
Photo, Fotograf K.M.Krause

23 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/letzte-generation-zunehmende-radikalisierung-der-klimabewegung-18842610.html> [Stand: 13.09.2023].

24 <https://koerber-stiftung.de/projekte/staerkung-der-demokratie/vertrauensverlust-in-die-demokratie/> [Stand: 13.09.2023].

Schüler und Studenten demonstrieren am 23. September 2022 in Berlin für einen radikalen Wandel in der Klimapolitik.  
Fotos: Süddeutsche Zeitung  
Photo/SZ Photo,  
Fotograph Stefan Boness



Klimaaktivisten und einer kompromisslosen oder sogar verschärften Fortführung der Aktionen zumindest billigend in Kauf genommen wird, dass die Akzeptanz und das Vertrauen in die Funktion unserer parlamentarischen Demokratie in vielerlei Hinsicht weiter abnimmt.

So haben die meisten Deutschen zwar Verständnis für die Motive und Anliegen der letzten Generation, (zu) viele halten jedoch die Wahl der Mittel für fragwürdig und empfinden sie in nicht seltenen Fällen als Angriff auf elementare demokratische Grundrechte, vor dem sie gerade auch die von den Klimaaktivisten als dysfunktional bewerteten demokratischen Institutionen eben nicht auf zufriedenstellende Weise schützen können.

Die freizügige Interpretation des Begriffes „ziviler Ungehorsam“ durch die Klimaaktivisten ist zwar sicherlich nicht wie von Reinhard Müller von der F.A.Z. suggeriert nur als „pseudo-philosophischer Wohlfühlbegriff“ zu werten mit der man dann beliebig „jede demokratische Regelung aushebeln [könne], die einem nicht passt“,<sup>25</sup> aber man kann auf Grund der genannten Aspekte durchaus zu dem Schluss kommen, dass schlussendlich die Klimaaktivisten dem Fortbestand der pluralistisch-demokratischen Gesellschaft mehr schaden als nutzen, selbst wenn es nicht zu einer Radikalisierung einzelner Täter kommt. 🍎

<sup>25</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/gegen-die-klimakleber-muss-geltendes-recht-auch-angewendet-werden-19150384.html> [Stand: 13.09.2023].





## NEUER LESESTOFF



Demokratie und Rechtsstaat sind bedroht: durch Autokraten wie Putin von außen, die fürchten, auch für sie könnte das Streben der Bevölkerung nach politischer Selbstbestimmung gefährlich werden; durch Autokraten im Inneren, die auf einer Welle populistischer Erregung ins Amt kommen und den Rechtsstaat aushöhlen; durch eine lethargische und politisch gleichgültige Bürgerschaft, die zwar seit längerem in einer Demokratie angelangt ist, sich nun aber an dieser langweilt und nicht mehr engagiert. Die Welle der Demokratisierung, die 1989 losgebrochen ist, ist verebbt. Inzwischen gibt es weltweit wieder mehr autokratische Regime als Demokratien. Wohin steuern wir, und können wir die Zukunft der Demokratie lenken? Erhellend wie präzise analysiert Herfried Münkler die Bedrohungen der Demokratie, um daraus Reformvorschläge und Lösungsstrategien für ihre Zukunft zu entwickeln.

Herfried Münkler ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Berliner Humboldt Universität. Viele seiner Bücher gelten als Standardwerke, etwa Die Deutschen und ihre Mythen, das mit dem Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet wurde, Der Große Krieg, Die neuen Deutschen, Der Dreißigjährige Krieg, und zuletzt Marx, Wagner, Nietzsche. Welt im Umbruch, die alle monatelang auf der Spiegel Bestsellerliste standen. Münkler wurde vielfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Wissenschaftspreis der Aby-Warburg-Stiftung und dem Carl Friedrich von Siemens Fellowship.



Zu bestellen unter:  
[https://www.blz.bayern.de/die-zukunft-der-demokratie\\_p\\_459.html](https://www.blz.bayern.de/die-zukunft-der-demokratie_p_459.html)

# PROTEST!?

von Angelina Heckmann

Angelina Heckmann ist Künstlerin und unterrichtet Kunst und Englisch in Kecskemét/Ungarn.





Zum Streit über die „Zeitenwende“

3

## DIE NATO UND DIE SICHERHEITSPOLITISCHE ZUKUNFT DER UKRAINE

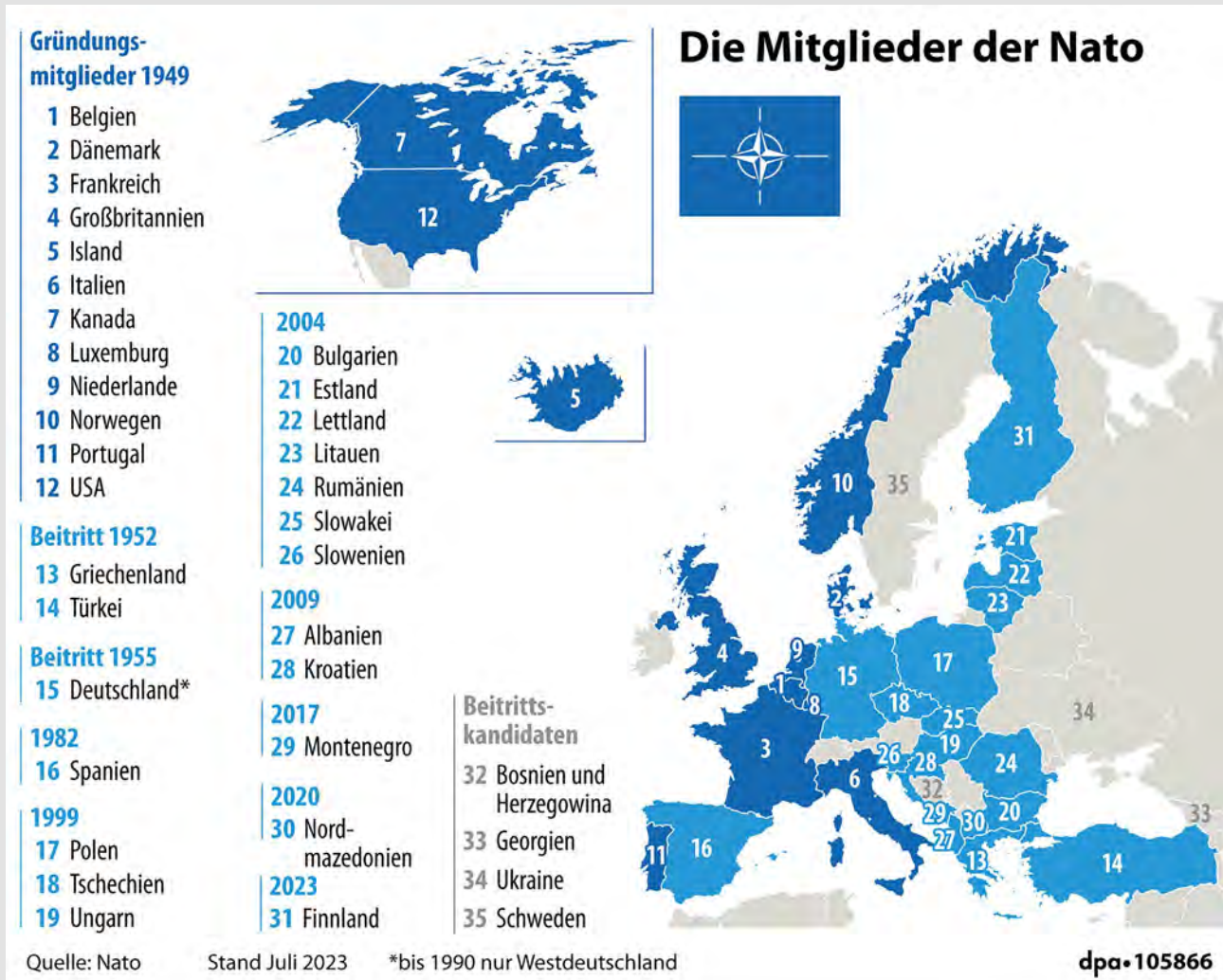
von Markus Kaim



Straßengemälde des italienischen Künstlers Tvboy in Bucha, Ukraine, aufgenommen im Februar 2023  
*Foto: picture alliance/ AA/ Fotograf: Oleksii Chumachenko*

Zurzeit weiß niemand, wann und unter welchen Umständen der Krieg in der Ukraine zu Ende gehen wird. Sicher ist hingegen, dass die Bemühungen des Westens, für die politische Souveränität und

territoriale Integrität der Ukraine Sorge zu tragen, mit einem Waffenstillstand nicht beendet sein können. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird die militärische Auseinandersetzung nicht



mit einem umfassenden Frieden enden, der alle politischen Streitfragen zwischen den Konfliktparteien dauerhaft und umfassend regeln wird, sondern wohl eher mit einer Reihe von begrenzten, möglicherweise informellen Absprachen, die eine fragile und instabile Situation zurücklassen. Vor allem wird sich an der aggressiv-revisionistischen russischen Außenpolitik nichts ändern, solange Präsident Putin an der Macht bleibt.

Ohne sicherheitspolitische Vorkehrungen der internationalen Gemeinschaft und entsprechende institutionelle Arrangements wird die Ukraine daher auf Dauer bedroht bleiben. Hier kommt der Europäischen Union und der NATO in den kommenden Jahren eine besondere Verantwortung beim Wiederaufbau der Ukraine, ihrer institutionellen Anbindung an den Westen und ihrer sicherheitspolitischen Stabilisierung zu. Gleichzeitig sind entsprechende Überlegungen zugleich auch

Bestandteil der Neuausrichtung der westlichen Russland-Politik, die im Moment noch in weiter Ferne liegt. Denn es wäre fahrlässig, die entsprechende Wahrnehmung und Reaktion Moskaus auf die westlichen Überlegungen nicht in Rechnung zu stellen. Somit steht vor allem die NATO vor einer Quadratur des Kreises - die Sicherheit der Ukraine mit politischen Zusagen, operativen Planungen und einer institutionellen Anbindung glaubhaft zu untermauern und zugleich den Weg zu einem Weg der minimalen Kooperation mit Moskau nicht dauerhaft zu verbauen.

### Eckpunkte der Zusammenarbeit zwischen NATO und Ukraine

Die Sicherheit der Ukraine ist bereits seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes für die NATO und

Abbildung: picture alliance/ dpa-infografik GmbH

ihre Mitgliedstaaten von großer Bedeutung. Für den Dialog und die Zusammenarbeit mit Kiew dienten zu Beginn vor allem der Nordatlantische Kooperationsrat (seit 1991) und das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (seit 1994). Ziel war in dieser Phase vor allem, die sicherheitspolitische Transformation der Ukraine zu unterstützen und ihre Vertreter mit den Prioritäten und Abläufen der Allianz vertraut zu machen. Eine weiter gehende Kooperation im Bereich des internationalen Krisenmanagements oder gar eine Mitgliedschaft der Ukraine im Bündnis waren hingegen in den 1990er Jahren kein Thema.

Mit der NATO-Ukraine-Charta von 1997 erhielten die bilateralen Beziehungen dann eine rechtliche Grundlage. Sie erlaubte Kiew, an Krisenmanagementoperationen des Bündnisses teilzunehmen, so z.B. in Afghanistan. Zudem ermöglichte sie Konsultationen über Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen sowie Waffen- und Technologietransfer.<sup>1</sup> Zudem wurde die NATO-Ukraine-Kommission als zentrales Koordinationsgremium eingerichtet, das für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Allianz und der Ukraine zuständig sein sollte.

Seit 2014, nach der Annexion der Krim durch Russland, wurde die Zusammenarbeit in kritischen Bereichen intensiviert. So hat die NATO im Juni 2020 die Ukraine als „*Enhanced Opportunities Partner*“ anerkannt. Dieser Status ist Teil des Partnerschaftsprogramms, das darauf abzielt, die Zusammenarbeit zu jenen Partnern zu vertiefen, die bedeutende Beiträge zu NATO-geführten Operationen und Missionen geleistet haben. Als NATO-Partner hat die Ukraine Truppen für Einsätze der Alliierten bereitgestellt, darunter in Afghanistan und im Kosovo. Seit 2021 gehört die Ukraine ferner zu jenen Ländern, die im Rahmen des „*Individual Partnership Action Plan*“ Unterstützung von der NATO erhalten.

Seit der groß angelegten Invasion Russlands im Jahr 2022 haben die NATO und ihre Bündnispartner zudem ein noch nie dagewesenes Maß an Unterstützung geleistet. Auf dem jüngsten NATO-Gipfel im Juli 2023 wurde die Kommission durch den NATO-Ukraine-Rat ersetzt, an dem die Bündnispartner und die Ukraine gleichberechtigt teilnehmen. Dieser Wandel zeigt die Stärkung der

politischen Beziehungen und die zunehmende Integration der Ukraine in die NATO.

## **Die Beitrittsbestrebungen der Ukraine**

Nach der sog. Orangen Revolution in der Ukraine im Jahr 2004 schlug Präsident Wiktor Juschtschenko einen politischen Westkurs ein – hin zur EU und zur NATO. Dem entgegen standen zu diesem Zeitpunkt eine öffentliche Meinung, die eine NATO-Mitgliedschaft des Landes mehrheitlich nicht unterstützte, und ausbleibende politische Reformen in der Ukraine, die die Allianz als Voraussetzung für eine Vollmitgliedschaft betrachtete, z.B. bei der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und der Korruptionsbekämpfung. Als Reaktion auf diese Bestrebungen der Ukraine einigten sich die Bündnispartner auf dem Bukarester Gipfel 2008 darauf, dass der Ukraine der Weg in die Allianz grundsätzlich offen stünde. Sie waren sich auch darin einig, dass der nächste Schritt der Ukraine auf dem Weg zur Mitgliedschaft der sog. Mitgliedschaftsaktionsplan (MAP) wäre, das NATO-Programm für politische, verteidigungs- und sicherheitspolitische Reformen für Beitrittskandidaten.<sup>2</sup> Dieser formale Konsens verbarg jedoch, dass damals tiefe Meinungsunterschiede in der Frage eines ukrainischen NATO-Beitritts unter den Mitgliedern existierten: Während die USA unter Präsident George W. Bush auf das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer verwies, einem militärischen Bündnis ihrer Wahl beizutreten, stellten sich der französische Präsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel dagegen, da sie befürchteten, dass dies eine aggressive Reaktion Moskaus provozieren könnte. Zwar tauchte die Frage einer Mitgliedschaft der Ukraine in den entsprechenden Erklärungen der NATO als ferne Möglichkeit in den Folgejahren immer wieder auf, aber letztlich stand sie nicht mehr wirklich auf der Tagesordnung, insbesondere deshalb, da Kiew bis 2014 offiziell eine Politik der Blockfreiheit verfolgte.

Erst als Reaktion auf die russische Aggression beendete die Ukraine diese Politik: Im Juni 2017 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Gesetz, das die Mitgliedschaft in der NATO als außen- und

---

1 „Charter on a Distinctive Partnership between the North Atlantic Treaty Organization and Ukraine“ v. 09.07.1997: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_25457.htm?selectedLocale=en](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25457.htm?selectedLocale=en) [Stand: 20.09.2023].

---

2 „Bucharest Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Bucharest“ v. 03.04.2008: [https://www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_8443.htm](https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_8443.htm) [Stand: 20.09.2023].





sicherheitspolitisches Ziel wieder festlegte und im Jahr 2019 trat eine entsprechende Änderung der ukrainischen Verfassung in Kraft. Im September 2020 billigte Präsident Wolodymyr Selenskyj die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Ukraine, die die Entwicklung einer Partnerschaft mit der NATO mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft vorsieht. Im September 2022, nach der erneuten Annexion von ukrainischem Territorium durch Russland, bekräftigte die Ukraine ihren Antrag auf NATO-Mitgliedschaft. Etwa zur gleichen Zeit sprachen sich 71 Prozent der Bevölkerung für einen Beitritt aus, lediglich 7 Prozent dagegen.<sup>3</sup>

Im Zuge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine spielt die Frage um einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine eine zentrale Rolle. Russlands Präsident Putin stellt etwa seit 2012 in den Mittelpunkt der russischen Außenpolitik, sich durch die Annäherung des Landes in Richtung NATO bedroht zu fühlen und versucht, mit allen Mitteln dessen Beitritt zum Bündnis bzw. eine NATO-Osterweiterung insgesamt zu verhindern. Putin fordert juristisch verbindliche Sicherheitsgarantien, nach denen eine Aufnahme der Ukraine in das

Militärbündnis nicht stattfinden wird. Außerdem lehnt Russland weitere militärische Infrastruktur und Waffensysteme der NATO vor seinen Grenzen ab. Der russische Präsident geht sogar noch einen Schritt weiter: In einem Entwurf für ein Sicherheitsabkommen mit den USA vom Dezember 2021 forderte Russland die Regierung in Washington dazu auf, den Beitritt ehemaliger Sowjetrepubliken zur NATO zu verhindern. Moskau verlangte von den USA außerdem die Zusage, dass diese keine Militärstützpunkte in früheren Sowjetrepubliken errichten, die nicht der NATO angehören. Nach dem Willen Russlands sollen die USA auf jegliche militärische Zusammenarbeit mit diesen Ländern verzichten. Zwischen Russland und der NATO solle der Zustand von 1997 wieder hergestellt werden.<sup>4</sup>

Auf dem NATO-Gipfel in Vilnius im Juli 2023 bekräftigten die Bündnispartner erneut ihre Zusage, dass die Ukraine grundsätzlich Mitglied der NATO werde. Man werde die Fortschritte der Ukraine bei der Interoperabilität mit NATO-Truppen sowie zusätzliche Reformen des Demokratie- und

Die sog. „Orange Revolution“ in der Ukraine 2004. Auf einem großen Bildschirm inszenieren sich in Kiew am 28. Dezember 2004 in der Mitte die führenden Persönlichkeiten der damaligen Opposition: Julija Tymoschenko und Wiktor Juschtschenko. Foto: picture alliance/ AP Photo/ Fotograf: Ivan Sekretarev

3 Vgl. <https://www.statista.com/statistics/1284794/ukraine-opinion-on-nato-accession/> [Stand: 20.09.2023].

4 Siehe dazu den russischen Vorschlag vom 17.12.2021 für einen „Treaty between The United States of America and the Russian Federation on security guarantees“: <https://mid.ru/print/?id=1790818&lang=en> [Stand: 20.09.2023].



Sicherheitssektors, die auf dem Weg zu einer künftigen Mitgliedschaft erforderlich sind, weiterhin unterstützen und überprüfen. Die NATO-Außenminister würden die Fortschritte regelmäßig bewerten. Schließlich werde die Ukraine zum Beitritt eingeladen, wenn alle Bündnispartner zustimmen und die notwendigen Bedingungen erfüllt seien.<sup>5</sup>

### **NATO-Mitgliedschaft – drei Gründe für die Aufnahme Kiews**

Drei Gründe lassen sich zugunsten einer ukrainischen Vollmitgliedschaft im Bündnis anführen: Die NATO-Mitglieder werden, erstens, auf nicht absehbare Zeit mit einem aggressiven russischen Nationalismus konfrontiert sein. Dieser wird die euro-atlantische Sicherheitsordnung immer wieder herausfordern und zum Ziel haben, die Ukraine politisch und militärisch zu destabilisieren, ja an Russland anzugliedern. Es wäre naiv zu glauben, dass sich dieses Bestreben des Kremls durch einen Waffenstillstand oder einen russisch-ukrainischen Friedensvertrag ändern könnte. Vorstellungen von friedlicher Koexistenz zwischen Russland und dem Westen verkennen den revisionistischen Charakter des russischen Regimes: Präsident Putin lehnt die Aufnahme von Ländern des postsowjetischen Raums in die NATO ab, weil die Allianz (und damit der Westen) seinem imperialen Projekt der Wiederherstellung eines großrussischen Reichs entgegensteht – und nicht, weil er die Sicherheit Russlands gefährdet sieht.

Vor diesem Hintergrund kommt zweitens der Frage zentrale Bedeutung zu, wie die politische Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine über den gegenwärtigen Krieg hinaus gesichert werden können. Noch setzten die NATO-Staaten alles daran, einen Sieg Russlands zu verhindern. Dass Bundeskanzler Scholz zugleich die Notwendigkeit von Sicherheitsgarantien für die Ukraine bereits anerkannt hat und Deutschland an deren Gewährung beteiligen möchte, illustriert: Weder ein Waffenstillstand noch ein militärischer Sieg der Ukraine – wie immer dieser aussehen mag – wird als ausreichend angesehen, um den Fortbestand des Landes sicherzustellen.

Drittens weiß man in Berlin ebenso wie in Washington, Brüssel und Kiew, dass die Europäische Union, die der Ukraine im Juni 2022 den Kandidatenstatus zuerkannt hat, nicht in der Lage sein wird, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Die EU verfügt zwar über eine Beistandsklausel, die manche Juristen gar für verbindlicher halten als Artikel 5 des NATO-Vertrags. Doch verfügt die EU nicht über die gleiche Abschreckungsfähigkeit wie die NATO. Gemäß ihrer DNA ist die EU auf die Prävention, die Bewältigung und das Management von Krisen und Konflikten außerhalb Europas ausgerichtet, nicht auf die Verteidigung des eigenen Territoriums.<sup>6</sup>

### **NATO-Mitgliedschaft – drei Gründe gegen die Aufnahme Kiews**

Gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine werden gleichermaßen drei Argumente vorgetragen: Die NATO solle nur Länder aufnehmen, die keine ungelösten Territorialkonflikte in die Allianz hineintragen. Die Ukraine sei nicht reif für einen Beitritt, da der Einfluss von Oligarchen auf die Politik groß, das politische System instabil und das Land in weiten Teilen korrupt sei. Und schließlich, so argumentieren Gegner, werde die Allianz durch eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine in einen Krieg mit Russland hineingezogen. Doch bei Lichte betrachtet tragen diese Argumente nicht.

Als die Bundesrepublik im Jahr 1955 der Allianz beitrug, war auch sie geteilt – bis 1990 war ein großer Teil Deutschlands faktisch von der Sowjetunion besetzt. Gleichwohl stand die Teilung Deutschlands weder einer Verankerung der Bundesrepublik in der NATO noch ihrem sicherheitspolitischen Engagement im Weg.

Ähnliches ist auch für die Ukraine zu erwarten: Gerade ein Land mit Territorialkonflikten hat Interesse an einer funktionierenden NATO und wird entsprechende militärische Beiträge leisten. Auch für die russisch besetzten Gebiete der Ukraine passt die historische Analogie: Zwar müsste die NATO die Teilung vorläufig akzeptieren, würde sie aber nicht anerkennen und langfristig auf die

5 "Opening remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the meeting of the NATO-Ukraine Council at the level of Heads of State and Government, with Sweden" v. 12.07.2023: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_217096.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_217096.htm) [Stand: 20.09.2023].

6 Vgl. Markus Kaim/Ronja Kempin: Die Ukraine gehört in die NATO – jetzt, in: Spiegel Online v. 05.09.2022. Siehe auch den Artikel des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba: Why NATO Must Admit Ukraine. Kyiv Needs the Alliance and the Alliance Needs Kyiv, in Foreign Affairs v. 25.04.2023, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/why-nato-must-admit-ukraine> [Stand: 20.09.2023].



Der britische Außenminister Anthony Eden unterzeichnet am 23. Oktober 1954 in Paris die Vereinbarung zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Vom 19. bis 23. Oktober 1954 wurden auf vier Pariser Konferenzen die Beziehungen zwischen den Staaten der westlichen Gemeinschaft in den 1955 in Kraft getretenen Pariser Verträgen neu geregelt.  
Foto: picture-alliance/dpa/UPI

Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes hinarbeiten. Entsprechende Vorbehalte und Übergangsregelungen würden den Beitritt dann flankieren.

Schon früher haben nicht nur perfekt funktionierende Demokratien einen Platz in der Allianz erhalten: Spanien stand bei seinem Beitritt im Jahr 1982 am Ende einer jahrzehntelangen Militärdiktatur. Auch die ersten NATO-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa hatten ihre inneren Transformationsprozesse bei Weitem nicht abgeschlossen, als sie im Jahr 1999 beitraten. In beiden Fällen hatte die NATO den Beitrittswunsch als Hebel genutzt, um Anpassungsprozesse an politische und militärische Standards zu erreichen und diesen Ländern einen institutionellen Anker zu bieten. Diesen Einfluss könnte sie auch auf die Ukraine ausüben.

Und schließlich geht auch das Argument fehl, eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine führe die Allianz zwangsläufig in einen Krieg gegen Russland. Zum einen verbleiben Form und Umfang des Beistands für einen NATO-Verbündeten im Entscheidungsbereich der nationalen Regierungen.

Denn Art.5 des NATO-Vertrages, die sog. Beistandsklausel, zwingt nicht zum Einsatz militärischer Mittel, wie häufig behauptet wird: „Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen [...] der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.“<sup>7</sup>

Entscheidend ist aber etwas anderes: Die Funktion von Militärallianzen wie der NATO ist, Aggressoren durch die Androhung von militärischer

7 Der Nordatlantikvertrag v. 04.04.1949: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de) [Stand: 20.09.2023].

Gewalt abzuschrecken. Deutschland profitiert davon seit fast 70 Jahren. Wer Angst hat, die Ukraine zu verteidigen, muss sich fragen lassen, wie ernst es ihm ist mit seiner Bereitschaft, Polen oder den baltischen Staaten beizustehen, die als NATO-Mitglieder ebenfalls Ziele des russischen Revisionismus sind.<sup>8</sup>

## **Der Blick voraus – westliche Sicherheitszusagen für die Ukraine**

Wie auch immer man die hier lediglich skizzierten Gründe gewichten mag, so bleibt festzuhalten, dass die NATO sich mit dem Vilnius-Gipfel erst einmal gegen eine Mitgliedschaft der Ukraine entschieden hat. Entscheidend dafür war, wie so häufig, vor allem die Haltung der Vereinigten Staaten. Und Präsident Biden hatte sich kurz vor dem NATO-Gipfel klar festgelegt: Ein rascher Beitritt der Ukraine zum Militärbündnis sei unrealistisch – das Land sei noch nicht bereit dafür. Er sehe auch unter den NATO-Mitgliedstaaten keine Einigkeit darüber, ob man die Ukraine mitten im Krieg in das Verteidigungsbündnis aufnehmen solle oder nicht. Wenn man das täte, sei man auch verpflichtet, jeden Zentimeter des NATO-Territoriums zu verteidigen. Wenn der Krieg dann weiterginge, befänden sich alle Partner im Krieg. Die USA unterstützten zwar ausdrücklich eine „Politik der offenen Tür“, aber das Land müsse erst weitere Reformen umsetzen, bevor es NATO-Mitglied werden könne. Der Gipfel in Vilnius sei auf diesem Weg ein wichtiger Meilenstein.<sup>9</sup>

Obwohl die seit langem geplante Offensivoperation der Ukraine noch nicht beendet ist, ist es jetzt notwendig, mit der Planung der nächsten Schritte zu beginnen. Kurzfristig liegt die Antwort auf der Hand: Die Bundesregierung und ihre Verbündeten werden gemäß ihrer erklärten Politik die Ukraine weiterhin mit Waffen und Ausbildung versorgen, damit Kiew in diesem Jahr so viele Gebiete wie möglich befreien kann. Aber notwendig ist auch eine langfristige Planung: Wie die letzten

16 Monate gezeigt haben, wird der russische Präsident Wladimir Putin sein Ziel, die Ukraine zu dominieren, auch angesichts militärischer Rückschläge wahrscheinlich nicht aufgeben. Dennoch wird der Krieg irgendwann in eine Phase geringerer Intensität eintreten, und wenn dies geschieht, müssen Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, um die Ukraine zu schützen und sie enger an Europa zu binden.<sup>10</sup>



Den Weg hat der ukrainische Präsident gewiesen, als er im Vorfeld des NATO-Gipfels im Juli 2023 die Aufnahme seines Landes in das Bündnis forderte, aber zugleich einräumte, dass dies bis Kriegsende „unmöglich“ sei. Eine Lösung in der Zwischenzeit wäre die Schaffung ineinandergreifender multilateraler Abkommen, die ein gut ausgebildetes und gut ausgerüstetes ukrainisches Militär aufrechterhalten könnten. Der Westen könne diese Vereinbarung, die nach dem Vorbild der US-Verteidigungsbeziehungen mit Israel

Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, hält am Rande des NATO-Gipfels im Juli 2023 eine öffentliche Ansprache in der litauischen Hauptstadt.  
Foto: picture alliance/dpa/  
Fotograf: Kay Nietfeld

8 Zu den Gegenargumenten vgl. ausführlich Justin Logan/Joshua Shiffrinson: *Don't Let Ukraine Join NATO. The Costs of Expanding the Alliance Outweigh the Benefits*, in: *Foreign Affairs* v. 07.07.2023: <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/dont-let-ukraine-join-nato> [Stand: 20.09.2023].

9 Vgl. Adam Cancryn: *Biden deems idea of Ukraine NATO membership as 'premature'*, in: *Politico* v. 09.07.2023: <https://www.politico.com/news/2023/07/09/biden-deems-ukraine-nato-membership-premature-00105321> [Stand: 20.09.2023].

10 Vgl. Eric Ciaramella: *How the West Can Secure Ukraine's Future. Kyiv Needs a Binding Commitment Before NATO Membership*, in: *Foreign Affairs* v. 07.06.2023: <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/how-west-can-secure-ukraines-future> [Stand: 20.09.2023] sowie Benjamin Tallis: *Security Guarantees for Ukraine Until NATO Membership. Extending the Joint Expeditionary Force Is the Best Option* [DGAP Policy Brief 21/2023] v. 30.06.2023: [https://dgap.org/system/files/article\\_pdfs/DGAP-PolicyBrief-2023-21-EN-Ben-Tallis\\_0.pdf](https://dgap.org/system/files/article_pdfs/DGAP-PolicyBrief-2023-21-EN-Ben-Tallis_0.pdf) [Stand: 20.09.2023].

gestaltet sein würde, mit Leben füllen, indem er gegenüber der Ukraine klare, kodifizierte und langfristige Verpflichtungen eingehe, um sicherzustellen, dass Kiew seine künftigen Sicherheitsvorkehrungen planen könne. Dieser Ansatz würde der Ukraine Sicherheit geben, bis sie Mitglied der EU und – vielleicht eines Tages – der NATO werde, ohne einer eventuellen Entspannung mit Russland die Tür zu verschließen.

Denn die zukünftige Sicherheit der Ukraine hängt von effektiver Planung und glaubwürdigen Zusagen ihrer Partner ab. Zu diesem Zweck haben ihre politischen Führer damit begonnen, vergleichbare Regelungen im Ausland zu studieren, um Anregungen zu finden, wie sich ihr eigenes Land schützen lässt. Ein mögliches Vorbild ist dabei Israel – seine Armee und Geheimdienste, seine starke Verteidigungsindustrie und seine engen militärischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zeigen, wie sich ein Land ohne formelle Allianzen verteidigen und feindliche Nachbarn abschrecken kann. Im September 2022 stellte die ukrainische Regierung vor diesem Hintergrund den sog. Kiewer Sicherheitspakt vor, ein Konzept, das darauf abzielt, die Ukraine in ein „europäisches Israel“ zu verwandeln.<sup>11</sup> Es sieht eine jahrzehntelange Anstrengung der Kiewer Partner vor, um der Ukraine beim Aufbau einer robusten territorialen Verteidigung zu helfen, indem sie ihr Militär ausbildet und ausrustet, nachrichtendienstliche Unterstützung leistet und die industrielle Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärkt.

Der Westen ist seitdem dabei, eine Koalition gleichgesinnter Länder zu schmieden, um einen solchen Rahmen zu unterstützen und deutlich zu machen, dass Kiew die langfristige Unterstützung des Westens genießt: Das Pentagon arbeitet bereits mit der Ukraine an der Planung ihrer künftigen Verteidigungskräfte, und ein Teil der US-Hilfe ist für diesen Zweck vorgesehen. So unterstreicht die Ankündigung, dass ukrainische Piloten in Erwartung der eventuellen Auslieferung dieser Flugzeuge mit der Ausbildung an F-16-Flugzeugen beginnen werden, die Bereitschaft, die militärischen Fähigkeiten des Landes auszubauen. Auch Bundeskanzler Scholz hat am Rande des NATO-Gipfels für Deutschland die dreiseitige Erklärung unterzeichnet, in der

sich auch die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada, Japan und die EU auf Grundzüge der künftigen Unterstützung der Ukraine verständigt haben – für die Gegenwart, in der sich das Land noch gegen Russland verteidigt, und eine Zukunft nach einer Waffenruhe.<sup>12</sup>

Im Zentrum dieser Bemühungen stehen aber weiterhin die USA: Die Ukraine kann im jahrzehntelangen Bekenntnis der Vereinigten Staaten zum qualitativen militärischen Vorsprung Israels, also seiner Fähigkeit, einen größeren Gegner durch den Besitz überlegener Technologien und Taktiken abzuschrecken und gegebenenfalls zu besiegen, ein geeignetes Vorbild sehen. Aber die Situationen sind nicht ganz analog. Der Gegner der Ukraine verfügt über das größte Atomwaffenarsenal der Welt, während die Gegner Israels, zumindest im Moment, keine derartigen Waffen besitzen. Darüber hinaus hat Kiew im Gegensatz zu Tel Aviv keine Atomwaffen.

Ziel der angesprochenen Vereinbarungen ist es, dass Kiew eine Mischung aus überlegener Ausrüstung, Ausbildung und Technologie einsetzen kann, die darauf ausgerichtet ist, die zahlenmäßigen Vorteile Russlands auf dem Schlachtfeld langfristig auszugleichen. Beispielsweise ist der Vorsprung Russlands in der Luftwaffe erheblich. Die Ukraine muss und kann auch nicht über eine riesige und kostspielige Luftwaffe verfügen, die mit der russischen konkurrieren oder diese übertreffen kann. Die ukrainische Luftwaffe kann ihren Luftraum jedoch durch eine wohlüberlegte Kombination aus mehrschichtigen und integrierten bodengestützten Luftabwehrsystemen schützen, ergänzt durch eine wendige Luftwaffe und andere Fähigkeiten, die strategische Militärziele innerhalb Russlands gefährden können.

Eine künftige Sicherheitsvereinbarung für die Ukraine muss dabei auf einer soliden rechtlichen und politischen Grundlage aufbauen. Ukrainische Beamte erinnern sich bitter an die Unterzeichnung des Budapester Memorandums von 1994.<sup>13</sup> In diesem Abkommen gewährten Russland, das

---

11 "The Kyiv Security Compact. International Security Guarantees for Ukraine: Recommendations" v. 13.09.2022: [https://www.president.gov.ua/storage/-/files-storage/01/15/89/41fd0ec2d72259a-561313370cee1be6e\\_1663050954.pdf](https://www.president.gov.ua/storage/-/files-storage/01/15/89/41fd0ec2d72259a-561313370cee1be6e_1663050954.pdf) [Stand: 20.09.2023].

---

12 „G7: Gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Ukraine“ v. 12.07.2023: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/2202016/3ad4f308e6866c63a303e17e01c3d777/2023-07-12-g7-leaders-statement-deu-data.pdf?download=1> [Stand: 20.09.2023].

13 "Memorandum on security assurances in connection with Ukraine's accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons" v. 05.12.1994: <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%203007/Part/volume-3007-I-52241.pdf> [Stand: 20.09.2023].



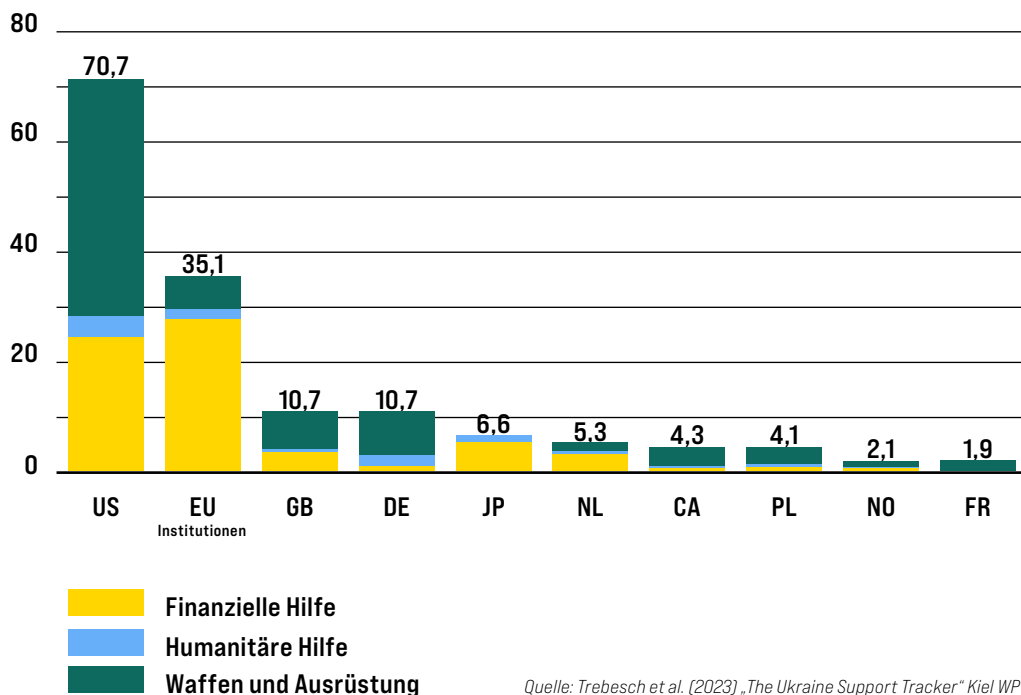
Vereinigtes Königreich und die Vereinigten Staaten der Ukraine Sicherheitsgarantien im Austausch für den Abbau ihres Atomwaffenarsenals. Die Ukraine hat ihren Teil des Abkommens eingehalten, aber Russland hat seine Zusagen, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren, wiederholt missachtet, indem es 2014 die Krim annektierte, nicht angemeldete Militäreinheiten in die Ostukraine entsandte und dann 2022 in den Rest des Landes einmarschierte. Die Ukrainer sind aus diesem Grund vorsichtig ihre zukünftige Sicherheit auf eine Vereinbarung zu stützen, die nicht für alle Parteien bindend ist.

Stattdessen sollten die Vereinigten Staaten und die europäischen Partnerländer mit Kiew an einem neuen Rahmenabkommen arbeiten, um ihre strategischen Ziele und kollektiven Verpflichtungen

festzulegen. Dazu sollten die finanziellen und praktischen Parameter einer langfristigen Unterstützung der ukrainischen Selbstverteidigung sowie Mechanismen zur Konsultation und Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsindustrie gehören. Die Auswahl der Länder, die an den Verhandlungstisch eingeladen werden sollen, wird eine schwierige Aufgabe sein. Die Ukraine sollte es vermeiden, ein zu weites Netz auszuwerfen, da eine zu breite Koalition zu einer Verwässerung des Abkommens führen könnte. Aber die wichtigsten militärischen und wirtschaftlichen Unterstützer des Landes, darunter Frankreich, Deutschland, Polen, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, müssen Unterzeichner sein. Sobald das Abkommen ausgehandelt und unterzeichnet wurde, sollten andere Länder zum Beitritt berechtigt sein. Wenn

## Militärhilfe: Die-Top-10 Unterstützer der Ukraine

**Unterstützung der Ukraine nach Ländern**  
vom 24.01.2022 bis zum 31.05.2023 (in Mrd. Euro)



die Ukraine sich bedroht fühlt, muss ihr das Recht garantiert werden, die Mitgliedsparteien einzuberufen, um zusätzliche Nothilfe anzufordern.

Entscheidend ist, dass die Verpflichtungen der Unterzeichner gesetzlich kodifiziert werden und eine klare parteiübergreifende Unterstützung haben. Die Unterstützung für die Ukraine kann nicht von Wahlzyklen oder politischen Führungswechseln abhängen. Dies ist besonders wichtig für die Vereinigten Staaten, wo die Möglichkeit einer umfassenden Kehrtwende in der Politik nach der Präsidentschaftswahl 2024 bereits jetzt von ukrainischen Politikern sorgenvoll kommentiert wird und Putins Vertrauen in die Zukunft gestärkt hat. Im Idealfall wäre der Rahmentext ein formeller internationaler Vertrag, der von jedem Unterzeichner ratifiziert wird.

Auch eine verteidigungsindustrielle Komponente wird für den Erfolg einer neuen Sicherheitsvereinbarung für die Ukraine von entscheidender Bedeutung sein. Der sehr hohe Munitionsverbrauch auf dem Schlachtfeld hat dazu geführt, dass US-amerikanische und europäische Verteidigungsunternehmen Schwierigkeiten haben, mit der Nachfrage Schritt zu halten. Klare mehrjährige Finanzierungszusagen der Unterzeichnerländer würden den Rüstungsunternehmen signalisieren, dass sie die Produktion der dringend benötigten Schlüsselsysteme und Munition sicher steigern können. Eine gezielte Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsindustrie durch Partnerländer würde im Laufe der Zeit auch die Kosten der Vereinbarung senken, da die einheimische Produktionskapazität wächst, um einen immer größeren Teil des Bedarfs des Landes zu decken. Eine robuste

ukrainische Verteidigungsindustrie, die in die europäische Lieferkette integriert ist, wird mit der Zeit die Abhängigkeit des Landes von westlicher Hilfe verringern.

Die langfristige Sicherheitsbeziehung der Ukraine zum Westen muss ohne Mitwirkung Russlands beschlossen werden. Entscheidend ist jedoch, dass die Vereinbarung die Möglichkeit eines künftigen vertrauensbildenden Dialogs mit Moskau nach dem Vorbild der Vorkriegsvorschläge der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten offenlässt. Ende 2021 und Anfang 2022 waren die NATO-Verbündeten bereit, Russland zuzusichern, dass sie keine offensiven bodengestützten Raketenstationen oder permanente Kampftruppen in der Ukraine stationieren würden. Moskau lehnte diese Vorschläge ab und marschierte trotzdem ein. Der politische Rahmen und die Beratungsmechanismen der Vereinbarung würden in Zukunft den Grundstein für die Ukraine, die Vereinigten Staaten und Europa legen, diese Fragen gemeinsam mit Russland zu verhandeln, wenn der Kreml seinen Kurs ändert und die Unabhängigkeit und Grenzen der Ukraine akzeptiert.

Die Rückkehr zu einer Sicherheitsordnung im Stil des Kalten Krieges in Europa ist mittlerweile eine Tatsache. Die Ukraine ist zum Dreh- und Angelpunkt dieser neuen Ordnung geworden. Eine NATO-Mitgliedschaft ist für Kiew zurzeit nicht in Sicht, aber es wäre ein schwerer Fehler, die Ukraine ohne eine verlässliche Sicherheitsvereinbarung sich selbst zu überlassen. Die Vereinigten Staaten und Europa müssen jetzt damit beginnen, einen praktikablen Plan auszuarbeiten, auch wenn der Krieg weiter tobt. 🌑

# DIE ZEIT DER „KLASSISCHEN“ SOZIALFOTOGRAFIE 1920 - 1940

## DAS BEISPIEL DER US-AMERIKANISCHEN „NEW-DEAL“-FOTOGRAFIE

von Rudolf Stumberger

Auf den Ersten Weltkrieg folgten die „Goldenen Zwanziger Jahre“, wie der wirtschaftliche Aufschwung nach 1924 in Deutschland genannt wurde. In den USA wurde die Zeit, die unter anderem durch Kämpfe um das Alkoholverbot und den Alkoholschmuggel sowie den Aufstieg von Gangsterbossen wie Al Capone in Chicago geprägt waren als die „*Roaring Twenties*“ bezeichnet. Doch trotz des Aufschwungs blieben soziale Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel bestehen und die Demokratie war als Staatsform keineswegs unangefochten, sondern geriet immer mehr unter Druck. Nach dem Ersten Weltkrieg waren aus dem deutschen und österreichischen Kaiserreich Staaten mit demokratischen Verfassungen hervorgegangen, doch die neuen Demokratien hatten mit innenpolitischen Problemen zu kämpfen und waren keineswegs gefestigt. Während in der Sowjetunion die kommunistische Partei ihre Macht ausbaute, wurde Italien unter Benito Mussolini zu einer faschistischen Diktatur. In Polen, Ungarn und Rumänien etablierten sich autoritäre Regime. In Deutschland arbeitete Adolf Hitler am Aufstieg des Nationalsozialismus.

1929 war es mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise vorbei mit den wirtschaftlichen „Goldenen Zeiten“, jedenfalls in den USA und Deutschland.

Der Börsenkrach in den USA vom 24. Oktober, der in Europa „Schwarzer Freitag“ genannt wurde, vernichtete ein Vielzahl von Vermögen und riss

die Aktienkurse in die Tiefe. Die Folgen waren verheerend. Die Wirtschaft schrumpfte, die Absätze der Waren gingen zurück, dafür stiegen die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend.

In den USA bekämpfte Präsident Franklin D. Roosevelt die tiefe Krise schließlich mit einem gigantischen Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsprogramm, das unter dem Namen „New Deal“ in die Geschichte einging. Der amerikanische Staat mischte sich so auf massive Weise in wirtschaftliche und soziale Bereiche ein.

Deutschland ging unter Reichskanzler Heinrich Brüning, der 1930 sein erstes Kabinett bildete, mit einem rigorosen Sparprogramm den umgekehrten Weg, der schließlich, beeinflusst von vielen komplexen Faktoren, in die Katastrophe führte.

Anfang der 1930er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf mehrere Millionen an, was schließlich die Radikalisierung der Menschen mit sich brachte und sich unter anderem in blutigen Saal- und Straßenschlachten äußerte. 1933 kam mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten das Ende der Weimarer Republik und es begann der Weg in die nationalsozialistische Diktatur und die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Diese Zeit von 1920 bis 1940 kann man als die Periode der „klassischen“ sozialdokumentarischen Fotografie bezeichnen. Durch die Weltwirtschaftskrise verschärfte sich die gesellschaftlichen Spannungen und die sozialdokumentarische Fotografie wurde zur medialen „Waffe“ in den sozialen Kämpfen dieser Zeit. Die Fotografie wird zum



Dorothea Lange:  
Mexikanische  
Migrantin beim  
Tomaten-  
pflücken, Kalifor-  
nien, November  
1938  
Lange fing diesen  
Moment ein,  
als sie für die  
Farm Security  
Administration  
arbeitete.  
*Foto: Süd-  
deutsche Zeitung  
Photo/National  
Media Museum*



führenden visuellen Medium und viele Fototafeln wenden sich der Dokumentation von sozialen Tatbeständen zu (daneben bleibt natürlich die Fotografie als Mittel der Werbung und der Presse, der Illustration und der künstlerischen Auseinandersetzung bestehen). Die sozialdokumentarische Fotografie wird als Beweis gesehen, um die gezeigten Zustände anzuklagen und zu verändern. Klassisch auch, weil diese Fotografie auch an große Organisationen angebunden war, etwa an staatliche Behörden in den USA.

Dieses Kapitel stellt eine Auswahl bedeutender Dokumentationsprojekte im Kontext der amerikanischen Fotografie dar. In derselben Zeit arbeiten in Europa Fotografen wie August Sander (Deutschland), Humphrey Spender und Bill Brandt (England) oder François Kollar (Frankreich) an Themen, die benachteiligte soziale Schichten in den Mittelpunkt stellen.

### Die sozialdokumentarische Fotografie des New Deal

In den 1930er Jahren begann unter Präsident Franklin D. Roosevelt das größte sozialdokumentarische Fotoprojekt, das die Welt bis dahin gesehen hatte. Auf staatliche Initiative hin hielten Dutzende professionelle Fotografen mit der Kamera das Bild des zeitgenössischen Amerika fest.

Noch 1928 schien die Welt für den durchschnittlichen Amerikaner innenpolitisch in Ordnung. Eine enorme Produktionssteigerung in der Industrie und die Herstellung von Massengütern in den zurückliegenden Jahren ließen den amerikanischen Präsidenten Calvin Coolidge damals hoffnungsfroh und zufrieden in die Zukunft sehen, wie das folgende Zitat verdeutlicht: „Die existenziellen Grundbedürfnisse haben sich vom Standard des Notwendigen in den Bereich des Luxus bewegt. Wachsende Güterproduktion wird von zunehmender Nachfrage zu Hause und expandierendem Kommerz im Ausland konsumiert. Das Land kann die Gegenwart mit Zufriedenheit betrachten und der Zukunft mit Optimismus entgegensehen.“<sup>1</sup> Mit Herbert Hoover entschieden sich die Wähler 1929 am Vorabend der Katastrophe für einen republikanischen Präsidenten, der als Garant für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Prosperität angesehen wurde.

Diese Welt des schönen Scheins wurde aber kurz darauf erschüttert: Das Jahr 1929 brachte mit dem Börsenkrach den Beginn einer gewaltigen wirtschaftlichen Rezession und damit den Anfang einer der tiefsten Krisen, denen sich der Kapitalismus bis dahin gegenüber sah. In Folge dieser Krise stieg bis Anfang/Mitte der 1930er Jahre die Zahl der Arbeitslosen in den USA auf bis zu 14 Millionen. Die industrielle Produktivität ging hingegen um ein Drittel zurück, zwischen 1929 und 1931 halbierte sich z.B. die Zahl der hergestellten Automobile. Die ausländischen Investitionen reduzierten sich von 1,5 Milliarden US-Dollar 1928 auf 88 Millionen im Jahre 1932. Reihenweise schlossen Banken ihre Schalter: 1931 gingen 2.294 Geldhäuser in den Bankrott und rissen dabei 1,7 Milliarden Dollar Einlagen mit in den Abgrund.<sup>2</sup> Die Einkommen aus Arbeit fielen von 53 Milliarden Dollar (1929) auf 31,5 Milliarden (1933), die Summe der ausgezahlten Fabriklohne von fast zwölf Milliarden auf ca. sieben Milliarden. Die Weltwirtschaftskrise hatte die USA schwer getroffen.

Die sozialen Auswirkungen der Krise betraf alle Bereiche des alltäglichen Lebens. Hunderttausende von bisher berufstätigen Frauen kehrten (gezwungenermaßen) an den heimischen Herd zurück, arbeitslose junge Erwachsene verschoben ihre Ehe- und Kinderpläne. Die Zahl der geschlossenen Ehen sank von 1,2 Millionen 1929 auf 982.000 im Jahre 1932, die Geburtenrate von 21,3 pro Tausend auf 18,4 (1930/1933). Vor den Suppenküchen der Wohlfahrtsorganisationen bildeten sich lange Warteschlangen und Hunger wurde wieder zu einem alltäglichen Phänomen. In Pennsylvania lebte jeder Dritte von der Fürsorge, in Chicago waren 40 Prozent der Einwohner arbeitslos.<sup>3</sup>

In dieser Situation glaubten immer weniger Amerikaner an das Versprechen des Präsidenten Herbert Hoover, der wirtschaftliche Aufschwung stünde schon an der nächsten Ecke bereit. Sie verlangten nach einer neuen Führung und einer neuen Politik und machten dies 1932 an den Wahlen zugunsten des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, Franklin D. Roosevelt, deutlich. Sein Name ist untrennbar verbunden mit dem sogenannten „*New Deal*“ – der Krisenbewältigung in den USA durch massive staatliche Interventionen.

1 Zitiert nach Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 115.

2 Vgl. Arthur S. Link; William B. Catton: American Epoch. A History of the United States Since 1900. Volume I 1900–1945, New York 1980, S. 349 ff.

3 Vgl. Gert Raeithel: Geschichte der nordamerikanischen Kultur. Band 3. Vom New Deal bis zur Gegenwart. 1930–1988, Weinheim 1989, S. 8.

Dieser „*New Deal*“ bestand aus einer ganzen Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen von Seiten des Staates, mit denen die Wirtschaftskrise überwunden werden sollte. In der ersten Phase des *New Deal* versuchte man es mit der finanziellen Unterstützung der Unternehmen, um die wirtschaftliche „Pumpe“ wieder in Gang zu bringen: Mit der angeordneten Schließung von Banken, der Abwertung des Dollars und einem Ausfuhrverbot von Gold um die Währung zu stabilisieren sowie einem „*deficit spending*“ – also einer Überziehung der öffentlichen Haushalte – um die Nachfrage wieder zu beleben. Durch staatliche Aufträge sollte die Wirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden, die Schulden sollten dann in Hochkonjunkturphasen wieder abgebaut werden. Die zweite, „linke“ Phase des *New Deal* – (ab 1935) stärkte vor allem die Position der Arbeiter und Farmer: Durch den „*National Labor Relations Act*“ wurde den Arbeitern gesetzlich das bis dahin verweigerte Organisations- und auch das Streikrecht zugesichert, mit dem „*Social Security Act*“ wurde die lange geforderte Arbeitslosen-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung eingeführt.

Träger und Umsetzer vieler Maßnahmen des *New Deal* waren teilweise neu gegründete staatliche Organisationen, die sprachlich einen ganzen Wald an Abkürzungen wie z.B. CCC, CWA, PWA oder WPA mit sich brachten.

Das drängendste Problem nach dem Amtsantritt von Roosevelt war neben der Stabilisierung der Währung die – wenn schon nicht Beseitigung, so doch zumindest Abschwächung der Arbeitslosigkeit, was mit Hilfe mehrerer staatlicher Beschäftigungsprogramme versucht wurde. So richtete die Bundesregierung mit dem „*Civilian Conservation Corps*“ (CCC) 1933 eine Art freiwilligen Arbeitsdienst ein. In rund 1500 Camps waren junge Erwerbslose für etwa 30 Dollar pro Monat damit beschäftigt, Wälder aufzuforsten, Deiche zu bauen oder Sümpfe zu entwässern – bis 1942 hatten 2,75 Millionen junge Männer das CCC durchlaufen.<sup>4</sup> Unter der Regie der „*Civil Works Administration*“ (CWA) wie auch der „*Public Works Administration*“ (PWA) und der „*Work Progress Administration*“ (WPA) wurden mit öffentlichen Mitteln Straßen, Schulen, Flughäfen, Krankenhäuser, Spielplätze und Sportstätten gebaut und somit ein gigantisches Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Wege geleitet. Die

WPA war zeitweise der größte Arbeitgeber der USA und beschäftigte auf dem Höhepunkt ihrer Tätigkeit 3,2 Millionen Menschen.<sup>5</sup> Insgesamt wurden 11,3 Milliarden Dollar für die Durchführung von 250.000 Projekten bereitgestellt. Arbeitsbeschaffungsprogramme gab es auch für Maler, Schauspieler, Schriftsteller und andere Künstler, die über das „*Federal Writer's Project*“ oder das „*Federal Art Project*“ eine Beschäftigung fanden.

Ein anderes großes Reformprojekt des *New Deal* richtete sich auf die Modernisierung der krisengeschüttelten Landwirtschaft. Die Preise für Agrarprodukte waren in den 1930er Jahren „in den Keller gefallen“, viele Farmer überschuldet und von der Zwangsvollstreckung bedroht. Hinzu kamen ökologische Krisen wie der sogenannte „*Dust Bowl*“ – eine „Staubschüssel“, entstanden aus der Rodung von Wäldern und der Überbeanspruchung des Bodens. Aus diesem „*Dust Bowl*“ stiegen gewaltige Sandstürme auf, das umliegende Ackerland versandete und wurde unbewirtschaftbar. Am 11. November 1933 verdunkelte zum ersten Male einer dieser großen Staubstürme, der „*great black blizzard*“, den Himmel über Süd-Dakota und den Städten Chicago und Albany.

Die amerikanischen Landwirte standen im Frühjahr 1933 entweder am Rande der Verzweiflung

USA Dust Bowl Depression – eine Familie betet auf Knien um Regen, Wisconsin 1934. Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/United Archives



4 Vgl. Link (wie Anm. 2), S. 383.

5 Ebd., S. 393.

oder der Rebellion und es kam zu gewalttätigen Ausschreitungen.<sup>6</sup> Die Roosevelt-Regierung reagierte kurzfristig mit der Eröffnung neuer Kreditmöglichkeiten für die Farmer und langfristig mit dem „*Agricultural Adjustment Act*“ (AAA), man wollte Agrarüberschüsse unterbinden und so die Preise stabilisieren. Es folgten weitere Reformprojekte wie das der „*Tennessee Valley Authority*“ (TVA): Ein gewaltiges technisches Vorhaben, bei dem durch die Regulierung des Flussbettes des Tennessee Rivers billig Strom erzeugt, die Überschwemmungsgefahr gebannt, die Trinkwasserversorgung gesichert und die Bodenerosion verhindert werden sollte. Ab 1935 war eine sogenannte „*Resettlement Administration*“ u.a. damit beschäftigt, verarmte Kleinbauern und Landpächter auf fruchtbares Land umzusiedeln. Aus ihr ging 1937 die „*Farm Security Administration*“ (FSA) hervor, deren „*Information Division*“ zum Urheber einer breit angelegten fotografischen Sozialdokumentation wurde.

### Fotografen im Auftrag des Staates

Die diversen staatlichen Behörden mit ihren Reformvorhaben versäumten es nicht, ihr Wirken auch mit Hilfe der Fotografie zu dokumentieren: Der New Deal steht auch für das bis dahin größte Projekt einer flächendeckenden bildhaften Dokumentation von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Tatbeständen dieser Zeit und den Reformbemühungen des Staates.<sup>7</sup>

Der sozialdokumentarische Fotograf Lewis Wickes Hine (1874-1940) z.B. war im letzten Jahrzehnt seines Lebens noch für einige dieser staatlichen Behörden tätig: Er arbeitete von 1933 bis 1937 u.a. für die „*Tennessee Valley Authority*“ (TVA) und die „*Work Progress Administration*“.<sup>8</sup> Für die TVA dokumentierte Hine das Leben im sogenannten Norris-Becken im Osten des Bundesstaates Tennessee, das später durch den Bau des Norris-Damms und der damit verbundenen Stauung des Clinch River in den Fluten versinken sollte. Im Norris-Becken lebten 1933 an die 3.500 Familien, sowohl Farmer mit Landbesitz als auch landlose Pächter. Die Lebensverhältnisse in der Region waren von

Rückständigkeit geprägt, aufgrund von geringer Wirtschaftskraft und geringen Steuereinnahmen befanden sich die Ausstattung der Schulen, der Grad an ärztlicher Versorgung und der Zustand der Landstraßen auf niedrigstem Niveau. Mehr als 95 Prozent der Bewohner hatten keinen elektrischen Anschluss und jeder dritte Haushalt keine Toilette. Hine dokumentierte diese Lebensverhältnisse und zeigte z.B. den Washtag der Familie Stooksberry – ein oft in den Zeitungen abgedrucktes Motiv, um die Armseligkeit der Lebensbedingungen zu demonstrieren. Die Fotografien hatten auch den Zweck, eine (bald) versunkene rückständige Welt im Bild festzuhalten. Die Einwohner des Flutbeckens sollten in einer neu angelegten Vorzeige-Stadt des New Deal – „Norris“ – umgesiedelt werden, in der die Visionen der Reformbewegung praktische Gestalt annehmen sollte: eine unabhängige, sich selbst erhaltende Gemeinschaft mit kleineren genossenschaftlichen Betrieben.

Auch die „*Work Progress Administration*“ (WPA) – das nationale Beschäftigungsprogramm für Arbeitslose und indigene Einwohner – beschäftigte Fotografen um den Erfolg der staatlichen Maßnahmen zu dokumentieren. Innerhalb der Informationsabteilung der WPA (der „*Division of Information Service*“) existierte eine Fotoabteilung („*Photographic Section*“), ihre Aufgabe bestand in der fotografischen Dokumentation von WPA-Projekten. Dabei bediente man sich auch des Mittels der Bildserie, um in einer Art Fotoroman oder Foto-Essay die Geschichte von Teilnehmern am WPA-Programm und damit die segensreiche Wirkung der Behörde wiederzugeben. Einer dieser Serien handelt von der Familie Snyder in Fort Wayne, Indiana, und schildert fotografisch einen Tag im Leben dieser Familie. Die Serie beginnt mit einem Blick auf die Wohnung der Snyders über einem Friseurgeschäft im ersten Stock eines Hauses. Die nächsten Bilder zeigen Robert Snyder beim Aufstehen – es ist kurz nach fünf Uhr am Morgen – und anschließend beim Rasieren und beim Anheizen des Ofens. Weitere Fotos der Serie zeigen Mr. Snyder vor den Auslagen eines Geschäftes – es ist kurz vor Weihnachten – und beim Einkaufen – mit Hilfe des Schecks von der WPA, wie der Text erläutert. Schließlich folgt das Bild von Mr. Snyder bei der Arbeit – er bessert mit anderen Arbeitslosen im Auftrag der WPA Fernstraßen aus. Die Serie endet mit einer Bildfolge über das häusliche Leben der Familie: Das Ehepaar Snyder mit den drei Kindern am Esstisch, Frau Snyder beim Waschen in der Küche, die älteren beiden Söhne beim Abtrocknen des Geschirrs.

6 Vgl. ebd., S. 336.

7 Für einen Überblick über die verschiedenen fotografischen Abbildungstätigkeiten der einzelnen Bundesbehörden siehe Pete Daniel (Hg.): *Official Images. The New Deal Photography*, Washington 1987.

8 Daile Kaplan: *Photo Story. Selected Letters and Photographs of Lewis W. Hine*, Washington 1992, S. 180.



Lewis Hine:  
Scott's Run, West  
Virginia. Das  
Shack Communi-  
ty Center war ein  
von einer religiö-  
sen Organisation  
gesponsertes Ge-  
meindezentrum.  
Die Aufnahme  
stammt aus dem  
Jahr 1936.  
Foto: Picture  
Alliance/Fotograf:  
Lewis Hine

Die Tätigkeit der WPA stieß nicht immer auf Gegenliebe. Denn neben den ökonomischen Auswirkungen des WPA-Programms, das Millionen von Arbeitslosen eine Beschäftigung und ein geringes Einkommen gab, half es in politischer Hinsicht den Rückhalt der Partei Roosevelts – der Demokraten – zu stärken. Manch lokale Politiker der Demokraten nutzten sogar die finanziellen Mittel des WPA für ihre politische Arbeit. Letztendlich bestand die politische Auswirkung der WPA/PWA-Maßnahmen darin, dass Arbeiter und ihre Familien, die auf der Gehaltsliste der Behörde standen, beim Urnengang kaum gegen diese Behörde und die Regierung stimmten.<sup>9</sup>

### Die Fotografie der Farm Security Administration (FSA)

In Auftrag gegeben wurde die Fotografie des New Deal von einer ganzen Reihe staatlicher Behörden als Mittel der Dokumentation und zur Rechtfertigung ihres Wirkens. Darunter war auch die „Resettlement Administration“ (RA) und unter der Regie ihrer Nachfolgeorganisation, der „Farm

Security Administration“ (FSA), entstand das größte sozialfotografische Projekt der Epoche. Die Gründung der FSA bzw. deren Vorläuferorganisation RA war eine Antwort auf die anhaltende Krise der Landwirtschaft. Eine Krise, die sich bereits vor der großen Depression angekündigt hatte. Mehr als zwei Jahrzehnte zuvor hatten die amerikanischen Farmer während des Ersten Weltkrieges neue Anbauflächen erschlossen, Kredite aufgenommen und neue Maschinen angeschafft, um den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft gerecht zu werden. Die gesteigerte Nachfrage hatte zu hohen Preisen für Agrarprodukte geführt. Noch in dem Glauben, diese Prosperität werde sich weiterhin fortsetzen, traf der Niedergang der Landwirtschaft die Farmer völlig unvorbereitet. Um 1920 brach die Ausfuhr von Agrarprodukten in das Nachkriegseuropa zusammen, die Alte Welt stützte sich als Antwort auf die Einführung amerikanischer Schutzzölle auf ihre eigenen landwirtschaftlichen Ressourcen. Die Folge des nun vorhandenen Überangebots auf dem amerikanischen Binnenmarkt waren sinkende Preise für Agrarprodukte, so fielen z.B. die Erlöse aus Baumwolle zwischen 1920 und 1921 um 150 Prozent. Die Farmer reagierten mit einer weiteren kapitalintensiven Mechanisierung der Landwirtschaft, die eine weitere Verschuldung mit sich brachte und mit einer intensiven Landnutzung,

9 Vgl. Kaplan (wie Anm. 8), S. 395.



die die Böden auslaugte und schließlich zu ökologischen Schäden wie dem erwähnten „Dust Bowl“ führten. Diese zunehmende Mechanisierung und Rationalisierung in der Landwirtschaft traf vor allem die Landpächter, für sie gab es auf den Feldern immer weniger Arbeit. Um 1929 lebten 7,7 Millionen Farmer weit unterhalb der Armutsgrenze.

Die *New-Deal*-Regierung antwortete 1933 mit dem *Agricultural Adjustment Act* (AAA) auf die Krise der Landwirtschaft und setzte auf Produktionseinschränkungen, um so die Preise zu stabilisieren. Für die Verkleinerung und das Brachliegenlassen von Anbauflächen wurden Entschädigungsprämien gezahlt. Zur Ausbalancierung des Schweinemarktes schlachtete und verscharrte man sechs Millionen Ferkel und 200.000 Muttersauen – angesichts der Warteschlangen vor den Suppenküchen eine der düsteren Kapriolen kapitalistischer Ökonomie. Die Maßnahmen des AAA griffen schließlich und „bereinigten“ den Markt (das Nettoeinkommen in der Landwirtschaft erhöhte sich von 1,9 Milliarden Dollar 1932 auf 4,6 Milliarden 1935<sup>10</sup>), doch davon profitierten vor allem die großen wohlhabenden Farmer, denen für ihre eingeschränkte Produktion immerhin faire Preise bezahlt wurden. Für die abhängigen Wanderarbeiter und die Landpächter jedoch brachte das Brachliegenlassen von Ackerflächen, die ihnen nicht gehörten, keinen Gewinn. Zudem wurde ihre Arbeitskraft durch Traktoren ersetzt, die die Landbesitzer mit Hilfe der AAA-Kredite angeschafft hatten. Zu Zehntausenden verließen die überflüssig Gewordenen ihre Farmen und zogen mit ihren Familien auf der Suche nach Arbeit umher. So zählte man 1936 im südöstlichen Colorado 2811 verlassene Farmen, 2878 waren noch bewohnt. Von 1935 bis 1940 wurden in Oklahoma jeden Tag 18 Farmen aufgegeben, in den vier Jahren von 1935 bis 1939 überschritten rund 70.000 Einwohner Oklahomas die Grenze zu Arizona in Richtung Kalifornien auf der Suche nach Arbeit, das wenige Hab und Gut auf ein Automobil gepackt.<sup>11</sup> Der Schriftsteller John Steinbeck hat diesen Wandertrecks des Elends mit seinem Roman „Früchte des Zorns“ ein literarisches Denkmal gesetzt, so wie die FSA-Fotografie dies in visueller Hinsicht tun sollte.

Als Antwort auf das Problem der Wanderarbeiter rief die Roosevelt-Regierung 1935 die „*Resettlement Administration*“ (RA) – die Vorgängerin

der „*Farm Security Administration*“ (FSA) ins Leben, unter deren Dach verschiedene Bundesbehörden zusammengefasst wurden. Die RA unterstützte wirtschaftlich angeschlagene Landwirte mit finanzieller und technischer Hilfe. Sie stellte günstige Kredite zur Verfügung, damit arme Landpächter auf fruchtbare Böden umsiedeln konnten (bis 1940 wurden 475 Millionen Dollar als Kurz Kredite an 830.000 Familien und als langfristige Kredite an 13.600 Familien ausbezahlt<sup>12</sup>). Die Behörde errichtete und unterhielt Zeltstädte für die Wanderarbeiter, um minimale Lebensstandards sicherzustellen. Verödete Böden wurden wieder fruchtbar gemacht. Im „*Greenbelt Towns Project*“ wurden in der Nähe von großen Städten neue Vorortsiedlungen errichtet, um dort die umherziehenden Arbeitsmigranten aus der Landwirtschaft in der Nähe der Industrie anzusiedeln.<sup>13</sup>

Um Kongressmitglieder, lokale Politiker und letztendlich auch die Wähler vom Sinn dieser *New-Deal*-Maßnahmen zu überzeugen und um die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt zu bekommen, bedurfte es einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit. Die RA bediente sich zu diesem Zwecke auch der visuellen Argumentation: Innerhalb der „*Information Division*“ entstand eine „*Historical Section*“, die sich der fotografischen Dokumentation widmen sollte, als deren Leiter wurde Roy Stryker (1893-1975) berufen.

Stryker leitete die „*Historical Section*“ von 1935 bis 1942, als die Abteilung schließlich in dem „*Office of War Information*“ (OWI) aufging.<sup>14</sup> 1937 war die „*Resettlement Administration*“ (RA) unter dem neuen Namen „*Farm Security Administration*“ (FSA) dem Landwirtschaftsministerium angegliedert worden. Die Hauptaufgabe der „*Historical Section*“ bestand zunächst in der Produktion und Distribution von fotografischen Bildern, die die Notwendigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen und Arbeit der Behörde visuell unterstreichen sollten. Nach anfänglichen Versuchen mit den fotografischen Abteilungen anderer Bundesbehörden

10 Ebd., S. 388.

11 Vgl. Dorothea Lange: *Farm Security Administration Photographs: 1935–1939*, Glencoe 1980, S. 23.

12 Ebd., S. 24.

13 Vgl. Joseph L. Arnold.: *The New Deal in the Suburbs. A History of the Greenbelt Town Program 1935–1954*, Ohio 1971.

14 Die FSA wurde im Oktober 1942 aufgelöst, die Fotoabteilung wurde unter verschiedenen Bezeichnungen im „Office of War Information“ bis zum Ausscheiden Strykers 1943 weitergeführt. Ab 1942 tritt der sozialkritische Aspekt in den Hintergrund, man benötigte jetzt vielmehr Fotos von Männern, Frauen und Kindern, die an die USA glauben, so Stryker zu seinen Fotografen. Vgl. Nicholas Natanson: *The Black Image of the New Deal. The Politics of FSA Photography*, Knoxville 1992, S. 60.



Walker Evans:  
Crossroads Store  
and Post Office,  
Sprotts, Alaba-  
ma, 1935  
Foto: Picture  
Alliance/Fotograf:  
Walker Evans

entschied sich Stryker für den Aufbau einer eigenen fotografischen Infrastruktur, dazu gehörte die Installation einer Dunkelkammer und die Anstellung von mehreren Fotografen, die ausschließlich für die RA arbeiten sollten. Zu diesen Fotografen der ersten Stunde gehörten Arthur Rothstein (1915–1985) von der Columbia Universität, Walker Evans (1903–1975) und Carl Mydans (1907–2004) sowie Dorothea Lange (1895–1965). Auch Ben Shahn (1898–1969), der eigentlich als Künstler für die RA engagiert war, steuerte Fotografien bei, die er als Vorlage für seine Bilder aufgenommen hatte. Später kamen Russell Lee (1903–1986) und andere hinzu.<sup>15</sup>

Dieses Fotografenteam schwärmte nach den Vorgaben von Stryker aus, um in den ländlichen Gebieten der USA „Feldarbeit“ zu leisten, d.h. die Lebensbedingungen der armen Farmer, die Erosion

der Böden, die Wellblechbaracken der umherziehenden Wanderarbeiter und vertriebenen Landpächter – und nicht zuletzt die Maßnahmen der RA wie den Bau von Siedlungen und die Errichtung von Zeltstädten fotografisch zu dokumentieren. Die einzelnen Fotografen fuhren zu diesem Zweck teilweise mehrere Wochen oder Monate übers Land, bei Individualisten wie Evans konnte es passieren, dass man in Washington längere Zeit nicht wusste, wo er sich genau aufhielt, bis er mit einigen Fotos in der Hand wieder auftauchte.

Die inhaltlichen Schwerpunkte dieser fotografischen Dokumentationsarbeit veränderten sich während des Bestehens der „Historical Section“. Zu Beginn standen die Dokumentation des ländlichen Elends und die ökonomischen und ökologischen Probleme der Farmer im Vordergrund, nicht zuletzt um die Existenz der RA politisch zu rechtfertigen. Ab 1937 verbreitete sich das Themenfeld: Man interessierte sich nun auch für die Kleinstädte im ländlichen Raum. Wo treffen sich die Einwohner? Was machen sie des Abends zu Hause?

15 Darunter Jack Delano, John Vachon, Marion Post Wolcott, John Collier und Gordon Parks.

Unterscheidet sich die Kleidung der Menschen in den kleinen Städten von denen in den größeren Städten? Mit einem derartigen Fragenkatalog an der Hand begannen die RA/FSA-Fotografen eine Art soziokultureller Bilddokumentation des Lebens in den Kleinstädten der USA zu erstellen. Ab Mitte 1938 zeigten die Fotografien der FSA auch positive Aspekte des Landlebens, um ein ausgewogeneres Bild der amerikanischen Farmer zu zeichnen.

Insgesamt entstanden unter der Regie der RA/FSA mehrere hunderttausend Fotografien (270.000 Abzüge und Negative<sup>16</sup>). Die Sammlung wurde 1944 bei Auflösung der Dokumentationsabteilung der „Library of Congress“ übergeben, die heute 170.000 RA/FSA-Fotografien in ihren Beständen hat.<sup>17</sup> Das Büro in Washington fungierte unter Stryker als Auftraggeber, Archiv und als Verteilungsstelle. Die Fotografen bekamen teilweise detaillierte Anweisungen, welche Motive sie abliefern sollten („Feld mit vertrockneter Krume“) und hatten in der Regel nach Abgabe der belichteten Filme keine Kontrolle über die Verwendung der Bilder. Abzüge von „guten“ Negativen wanderten in das Archiv, „schlechte“ Negative wurden in der Mitte gelocht und aussortiert. Um 1940 hatte die FSA ein Bildangebot von ca. 25.000 Fotoabzügen in ihren Beständen. Der Großteil der Bilder (fast zwei Drittel) zeigte Motive aus dem bevölkerungsarmen Westen und dem agrarisch geprägten Süden, der industrialisierte Nordosten war hingegen nur mit 12,9 Prozent der Bilder vertreten.<sup>18</sup>

Die so entstandenen Fotografien erblickten auf verschiedene Weisen das Licht der Öffentlichkeit. Einige wurden für Buchpublikationen verwendet, z.B. erschienen 150 Bilder in Herman C. Nixons „Forty Acres and Steel Mules“ (1938), einer Darstellung des ländlichen Südens. Auch in Richard Wrights „Twelve Million Black Voices of 1941“, einer „Allgemeinen Geschichte der Schwarzen in den Vereinigten Staaten“, erschienen Bilder aus dem Archiv der FSA, ebenso wie in dem Gedichtband „Land of the Free“ von Archibald MacLeish. Manche der FSA-Fotografen gaben eigene Bildbände mit ihren Fotografien heraus. Die Behörde selbst

nutzte das Bildmaterial für ihre Jahresberichte, Flugschriften und für Ausstellungen.<sup>19</sup> Größere Verbreitung fanden die Fotografien durch den Abdruck in Zeitungen und Zeitschriften. Um 1940 hatten rund 175 Zeitungen und Magazine innerhalb der vergangenen zwei Jahre FSA-Bilder abgedruckt, darunter die „New York Times“, „Time“, „Life“ und „Look“. Auch in Ausstellungen wie der „International Photographic Exhibition“ 1938 in New York wurden die Fotografien der FSA gezeigt.<sup>20</sup>

Walker Evans galt unter den FSA-Fotografen als derjenige, dessen Identität als Fotograf am weitesten gefestigt war und der über die meiste handwerkliche Erfahrung verfügte, als er 1935 zu den Fotografen der RA/FSA stieß. Ursprünglich wollte er Schriftsteller werden, doch widmete er sich schließlich der Fotografie. Erste Projekte waren Architekturaufnahmen von viktorianischen Villen in Boston und 1933 eine Reportagereise auf das von politischen Unruhen heimgesuchte und von einem Diktator regierte Kuba.<sup>21</sup> Evans lebte teilweise das Leben der Bohème und sah sich selbst sehr konsequent als Künstler, der obwohl auf der

Walker Evans:  
Movie Theatre  
on Saint Charles  
Street, Liberty  
Theatre, New Or-  
leans, Louisiana,  
1935  
Foto: Picture  
Alliance/Fotograf:  
Walker Evans



16 Vgl. Roy E. Stryker: The FSA Collection of Photographs. In: Vicki Goldberg (Hg.): Photography in Print. Writings from 1816 to the Present, New York 1981, S. 349.

17 Natanson macht folgende Angaben: Der gesamte RA/FSA/OWI-Bestand in der Library of Congress besteht aus ca. 110.000 Schwarzweiß-Abzügen, 182.000 Negativen und 1600 Farbdias. 60.000 Abzüge stammen aus der RA/FSA-Periode. Vgl. Natanson (wie Anm. 14), S. 260, Fußnote 3.

18 Vgl. ebd., S. 69.

19 Vgl. Maren Stange: Symbols of Ideal Life. Social Documentary Photography in America 1890 – 1950, Cambridge 1989, S. 108.

20 Zur zeitgenössischen Rezeption der FSA-Fotografien siehe Hartley E. Howe: You have seen their pictures. In: Survey Graphic, Vol. 29, Nr. 4 1940, S. 236f.

21 Vgl. Gilles Mora/John T. Hill: Walker Evans, Havana 1933, München 1999.



Walker Evans:  
 Farmpächter Bud  
 Fields und seine  
 Familie in ihrem  
 Farmhaus in Hale  
 County, Alabama,  
 USA. Das Foto  
 ist entstanden  
 im Sommer 1936  
 im Rahmen einer  
 Dokumentation  
 von Evans (Fotos)  
 und James Agee  
 (Text) im Auftrag  
 des Fortune  
 Magazine.  
 Foto: Picture  
 Alliance

Lohnliste von Stryker stehend, vor allem sein eigenes ästhetisches Fotoprojekt vorantrieb. Die Herkunft aus einem begüterten Elternhaus (der Vater war Werbedirektor, Evans konnte einige Zeit in Paris verbringen und Vorlesungen über Literatur an der Sorbonne hören) als auch die schon gefestigte Selbstdefinition als Künstler waren vielleicht auch die Gründe, warum er mit relativer Gelassenheit den Anforderungen aus dem Washingtoner Büro der „Historical Section“ begegnete und diese teilweise einfach ignorierte.

Walker Evans Haltung zum Projekt der Resettlement Administration war einfach – es interessierte ihn nicht besonders. Zwar definierte sich Evans politisch wie viele zeitgenössische Intellektuelle irgendwie als „links“, ohne jedoch einen organisatorischen Haltepunkt zu finden. Evans – ein eher zierlicher Mann mit guten Manieren und Vorliebe für teure Kleidung – dachte nicht daran,

seine fotografische Tätigkeit in den Dienst politischer Bewegungen zu stellen, „no politics“ war sein Motto und Credo während der Tätigkeit für die FSA von 1935 bis 1938. Er nahm vielmehr den distanzierten Standpunkt des Flaneurs, der aristokratischen Reserviertheit ein.

Das Interesse von Evans lag vor allem legt man die dominierende Motivauswahl seiner Fotografien aus den 1930er Jahren zugrunde – in der ästhetischen Annäherung an die zeitgenössischen architektonischen und symbolischen Strukturen Amerikas. Er fotografierte verlassene Herrschaftsvillen im Süden ebenso wie die Hühnerställe der armen Landpächter und zeigte intensives Interesse an der Welt der Zeichen: Ein Großteil seiner Fotografien bildet Reklametafeln, Preisschilder, Kinoplakate und Leuchtschriften ab.

Dieses Interesse für die Dingwelt äußert sich auch in den Aufnahmen, die Evans im Auftrag der



Zeitschrift „*Fortune*“ 1936 von den drei weißen Pächterfamilien in Hale County, Alabama, machte – und die später im Kontext einer Buchveröffentlichung seinen Ruf als Fotograf mitbegründen sollten. Die Dokumentation der von den Pächtern bewohnten Häuser, ihrer Kucheneinrichtung, Waschgelegenheit und Schlafräume, steht dabei nahezu ebenbürtig neben den fotografischen Portraits der Menschen.

Diese Dokumentation aus den Südstaaten über drei miteinander verwandte weiße Pächterfamilien, die in heruntergekommenen Hütten ein ärmliches Leben am Rande des Existenzminimums führen, ging auf einen Auftrag der New Yorker Zeitschrift „*Fortune*“ an den Schriftsteller James Agee (1909–1955) zurück. Er sollte einen Artikel über die Misere der Landbevölkerung schreiben und Walker Evans dazu die Fotografien liefern, zu diesem Zwecke wurde er von der Resettlement-Behörde freigestellt. Agee und Evans verbrachten im Juli und August 1936 mehrere Wochen im Hale County und Agee wohnte zeitweise bei einer der Pächterfamilien. Der ursprünglich für „*Fortune*“ gedachte Artikel wurde allerdings nie veröffentlicht,

Die Fotografin Dorothea Lange mit ihrer Graflex Kamera auf einem Ford, Kalifornien, 1936  
Foto picture alliance/akg-images



aus dem journalistischen Projekt war mittlerweile ein schriftstellerisches Projekt geworden, das allerdings erst sehr viel später – 1941 – einen Verleger fand und unter dem Titel: „*Let Us Now Praise Famous Men. Three Tenant Families*“ veröffentlicht wurde.<sup>22</sup>

Dorothea Lange hatte mit Walker Evans gemeinsam, dass auch ihre fotografische Arbeit als Fotokunst angesehen wurde, die beiden waren die einzigen RA/FSA-Fotografen, denen eine Einzelausstellungen im New Yorker „Museum of Modern Art“ gewidmet war. Doch während Evans die soziale Welt mit kühler, distanzierter Sachlichkeit dokumentierte, sind die Fotografien Langes emotional angereichert, sie sprechen mit ihrer Bildsprache unmittelbar das Gefühl des Betrachters an. Noch nach 30 Jahren konnte Lange bei der Betrachtung eines ihrer eigenen Fotos in Tränen ausbrechen.

Lange wird 1895 in Hoboken, New Jersey, als Tochter einer deutschen Auswandererfamilie geboren. Ihre Kindheit wird von zwei Schicksalsschlägen geprägt: ihre Behinderung des rechten Beines als Folge einer Kinderlähmung und der Verlust des Vaters. Der verlässt die Familie, als Lange zwölf Jahre alt ist, die Mutter bleibt mit ihren zwei Kindern mittellos zurück. Nach einigen Lehrjahren der Fotografie in New York verlässt sie 1918 die Stadt, um eine Weltreise anzutreten. Mit einer Freundin kommt sie bis nach San Francisco, dort ist Endstation – ein Dieb stiehlt ihnen die Ersparnisse von 140 Dollar. Um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, arbeitet sie zunächst in einem Fotostudio. Später eröffnet sie ihr eigenes Atelier und wird zu einer gesuchten Portrait-Fotografin der „*Upper-Class*“-Familien. Im Frühjahr 1920 heiratet sie den Maler Maynard Dixon (1845–1946). Anfang der 1930er Jahre lässt die wirtschaftliche Depression die Einkommensquelle der Portraitfotografie versiegen, Lange wendet sich der sozialdokumentarischen Fotografie zu und fotografiert die Arbeitskämpfe, die Arbeitslosen und die Warteschlangen vor den Suppenküchen in den Straßen San Franciscos – ohne Auftrag und ohne festes Einkommen. Durch eine Ausstellung ihrer Fotografien wird Paul Taylor (1895–1984), ein Wirtschaftswissenschaftler, der für staatliche Hilfsprogramme im ländlichen Bereich tätig ist,

22 James Agee/Walker Evans: *Let Us Now Praise Famous Men. Three Tenant Families*, Boston 1941 [Deutsch: *Preisen will ich die großen Männer*, München 1989].



Dorothea Lange:  
Familie in  
einem Zelt  
Foto: Ullstein  
Bild/Fotografin:  
Dorothea Lange

auf Lange aufmerksam. Er will seine offiziellen Berichte über die Lebensbedingungen und Notlagen der Wanderarbeiter durch Fotografien ergänzen und so den Berichten mehr Nachdruck verleihen. Es kommt zu einer Zusammenarbeit zwischen Lange und Taylor, die später im privaten Bereich in einer Ehe mündet. Ab 1935 ist Lange – inzwischen 40-jährig als Fotografin für die RA/FSA (bis 1939) tätig.

Wie sah die alltägliche Arbeit einer sozialdokumentarischen Fotografin aus? Alleine oder zusammen mit Taylor fährt sie mit dem Auto die Straßen von Kalifornien, New Mexico oder Arizona ab, mal ohne festen Plan, mal mit festen Auftrag. Sie fotografiert die Zeltstädte der Wanderarbeiter, die Erbsenpflücker auf den Feldern, Beispiele von Bodenerosion und die von der FSA errichtete neue Unterkünfte. In ihrer ersten Anstellung bei einer Behörde firmiert sie als „Sekretärin“ und ihre Fotografien werden als „Büromaterial“ angekauft. Später bezahlt das Büro in Washington seinen festangestellten Fotografen 2300 Dollar pro Jahr und

4,5 Cent für jede gefahrene Meile im eigenen Auto.<sup>23</sup>

Wie die RS/FSA-Fotografien zustande kamen, schildert Lange in einem Rückblick<sup>24</sup>: An einem kaltem Märztag 1936 fährt sie – müde und abgespant – von einem Auftrag zurück Richtung Norden. Sie hat noch sieben Stunden Fahrt auf der nassen Landstraße vor sich und ist in Gedanken bei ihrer Familie, als sie aus den Augenwinkeln heraus das Schild „Erbsenpflücker-Camp“ wahrnimmt. Sie fährt weiter, doch ein innerer Monolog lässt ihr keine Ruhe: „Dorothea, was ist mit diesem Camp dort? Wie ist die Situation? Kehrst du um? Eine Umkehr ist nicht notwendig, hast du nicht schon reichlich Negative von diesem Thema? Ist es nicht immer dasselbe? Und jetzt im Regen, wird nicht die Kamera beschädigt?“

23 Vgl. Leah Bendavid-Val: *Propaganda & Dreams. Photographing the 1930s in the USSR and the US*, Zürich 1999, S. 54.

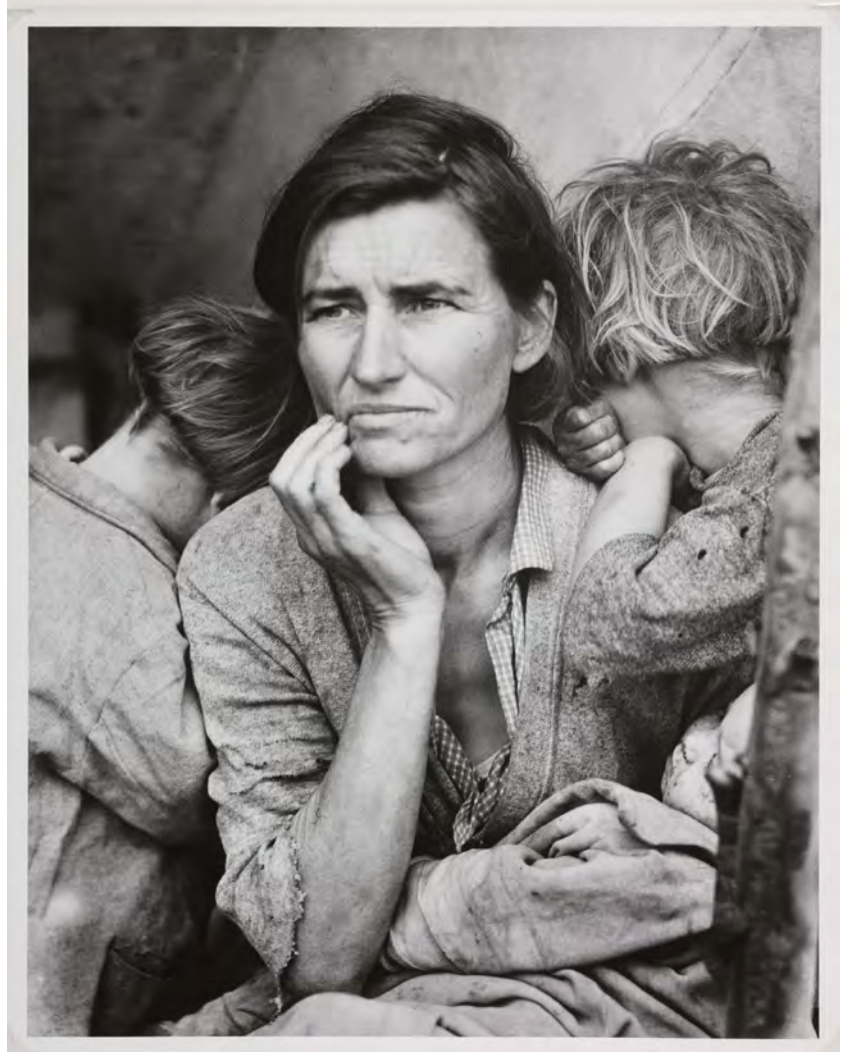
24 Vgl. Milton Meltzer: *Dorothea Lange. A Photographer's Life*, New York 1978, S. 133.

20 Meilen lang geht diese innere Auseinandersetzung, dann wendet sie, fährt zurück zu dem Camp und packt ihre Kamera aus. Eines der Bilder, die auf diese Weise entstehen, wird später hunderttausendfach in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern abgebildet und wird schließlich zu einer „Ikone“ der sozialdokumentarischen Fotografie wie auch zum visuellen Symbol für das Amerika der Depressionszeit: Das Bild der „*Migrant Mother*“, der „*Heimatlosen Mutter*“.

Das Bild der „Heimatlosen Mutter“ stammt aus einer Serie von fünf Bildern, die Lange in dem Wanderarbeitercamp von Nipomo, Kalifornien, im März 1936 aufgenommen hat. Diese Bilder stehen exemplarisch für die Herangehensweise von Lange an die Objekte ihrer Fotografie – die sozial deklassierten Familien der Wanderarbeiter.

Gleichsam um sich einen Überblick über das soziale Terrain zu verschaffen, benutzte Lange, selbst von kleinerer Statur, oft eine leichte und tragbare Leiter, die sie an ihr Auto lehnte um sich so einen erhöhten, übersichtlichen Standpunkt zu verschaffen. Auch in der Nipomo-Serie gibt es ein derartiges „Überblicks-Foto“: Es zeigt ein behelfsmäßiges Zelt vor dem Hintergrund mehrerer Bäume; im Zelt die Mutter sitzend mit dem Kleinkind auf dem Schoß, an ihrer rechten Seite stehen zwei weitere Kinder. Vor dem Zelt liegt ein Koffer, der Deckel leicht geöffnet, und in einem Schaukelstuhl sitzt ein verträumt und in sich versunken blickendes Mädchen, ein Teenager. Alle abgebildeten Personen blicken mit einer Mischung aus Neugier und Skepsis direkt in die Kamera der Fotografin, die ähnlich schicksalhaft wahrgenommen zu werden scheint wie die Staubstürme, die Arbeitslosigkeit und das Elend der Unterkunft. Die anderen Fotos der Serie dokumentieren die schrittweise Annäherung der Fotografin und mit jedem Schritt füllt die Mutter mit ihren Kindern mehr und mehr den Bildrahmen aus. Dabei verschwindet immer mehr der Kontext der Situation, verschwindet die Umgebung aus den Bildern.

Das ultimative Bild der „Heimatlosen Mutter“ schließlich kennt keinen Hintergrund mehr. Der Bildinhalt wird beherrscht von der zentralen Figur der Mutter, einer 32-jährigen verhärmten Frau in abgerissener Kleidung, ihr Blick ist skeptisch in die Ferne gerichtet. Die Haltung des rechten Armes mit der Hand am Kinn unterstreicht die Sorge um



die Zukunft. Auf ihrem Schoß schläft das Kleinkind, an ihrer linken und rechten Seite stützen sich zwei kleine Kinder auf sie, ihre Köpfe scheinbar verschämt nach hinten gewandt. Der Verzicht auf den Hintergrund und die Konzentration ganz auf die Person, umrahmt von ihren drei Kindern, greift das Madonnenmotiv aus der christlichen Ikonographie auf und lässt die 32-Jährige zu einer Verkörperung der sorgenden Mutter an sich werden. Das Bild wird auf diese Weise von einem Dokument spezieller sozialer Lebensbedingungen zu einem allgemeingültigen Dokument menschlicher Existenz und der Blick in die Ferne unterstreicht diese Allgemeingültigkeit. Diese Fotografie wird zu einem der meist gedruckten Bilder in aller Welt. 🌱

Dorothea Lange:  
Mittellose  
Erbsenpflücker in  
Kalifornien, eine  
32-jährige Mutter  
von sieben Kin-  
dern. Dieses Foto  
wurde zu einer  
Bildikone des 20.  
Jahrhunderts.  
Foto: Süd-  
deutsche Zeitung  
Photo

# „DER WILLE ZU FREIHEIT UND DEMOKRATIE“ DIE NEUE DAUERAUSSTELLUNG ZUM VERFASSUNGSKONVENT AUF HERRENCHIEMSEE 1948 IST ERÖFFNET



Außenansicht des Alten Schlosses auf Herrenchiemsee



Innenansicht der neuen Dauerausstellung



Ein Ausstellungsdetail

alle Fotos: Bayerische Schlösserverwaltung

”

„Das Herrenchiemsee von Ludwig II. ist ein beeindruckendes Stück deutscher, oder genauer gesagt: bayerischer Kultur. Und das Herrenchiemsee des Verfassungskonvents ist ein bleibendes Kapitel der deutschen Demokratiegeschichte. Ich wünsche mir, dass Herrenchiemsee und der Verfassungskonvent noch mehr ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit kommen, als echter Ort der Demokratie.“<sup>1</sup>

Rund 300.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr reisen auf die Herreninsel, um dort das berühmte Neue Schloss Ludwigs II. zu bestaunen; nur etwa 70.000 Menschen finden dabei bislang auch den Weg zu einem der interessantesten Orte der deutschen Demokratiegeschichte, dessen äußere Bescheidenheit einen denkbar großen Kontrast zur Wittelsbacher Prachtentfaltung darstellt: den Ort des Verfassungskonvents im Jahr 1948, wo ca. 30 Experten in nur 13 Tagen einen fast vollständigen Entwurf des Grundgesetzes verfassten.

Dieses Größenverhältnis zugunsten der historischen Sternstunde der Demokratie

zu verschieben, ist ein Ziel der neuen Dauerausstellung, die die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen und die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit völlig neu konzipiert und realisiert haben. Den Konvent und seine Bedeutung für die zweite Demokratie zu dokumentieren, dessen Akteure als Verfassungsexperten, politische Strategen und nicht zuletzt Persönlichkeiten ihrer Zeit darzustellen, sind zentrale Anliegen des Projekts. Dabei geht es nicht nur darum, die historischen Zusammenhänge für möglichst viele Besucherinnen und Besucher aus nah und fern anschaulich zu erklären, sondern auch zu zeigen, dass die heutige Demokratie, die sich in den vergangenen Jahrzehnten als krisenfestes Modell erwiesen hat, auf dem Boden dieser Verfassung steht. Die nicht zu überschätzenden Meilensteine dieser Verfassung sind bis heute insbesondere die Voranstellung der Grundrechte, die Etablierung der Grundprinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der sozialen wie föderalen Ordnung der Bundesrepublik. Bei der feierlichen Eröffnung am 10. August 2023 unterstrichen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Ministerpräsident Markus Söder in eindrucksvollen Reden, dass es in Zeiten erstarkender antidemokratischer Kräfte nötig sei, sich auf die Werte des Grundgesetzes zu besinnen und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Eine Herausforderung bei der Gestaltung der neuen Ausstellung war sicherlich, dass der Verfassungskonvent

<sup>1</sup> Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier auf dem Festakt zum 75-jährigen Jubiläum des Verfassungskonvents, vgl. bundespraesident.de [Stand: 27.09.2023].





Fotos: Fast Forward Verfassung/BSV/BLZ



## INFO

„Fast Forward Verfassung“ kann unter folgendem Link angeschaut werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=ZleEzefxjWA>



– umgekehrt zu seiner Bedeutung – keine besonders spannenden Bilder bietet: wenig Bildmaterial, trockene Akten, hoch spezialisierte Inhalte, mit denen nur Historiker und Verfassungsexperten auf Anhieb etwas anfangen können. Dieses nüchterne Erscheinungsbild zu dokumentieren, aber gleichzeitig die begeisternde Botschaft des Konvents in ihrer Bedeutung für die Demokratiegeschichte deutlich zu machen, war die größte Herausforderung für das Ausstellungsteam.

Um genau das zu erreichen und möglichst viele Menschen anzusprechen, gibt es schon jetzt eine breite Palette von interaktiven medialen Komponenten, von Begleitmaterial vom Podcast bis hin zum Quiz und Themenseminar auf dem Bildungsmonitor der Landeszentrale. Auch eine Reihe von Publikationen begleiten die Ausstellung.

Am Tag der Demokratie am 15. September 2023 fand zudem der Launch der Reihe „Fast forward Verfassung“ statt, in denen die „Herrenchiemseer“ Carlo Schmid, Anton Pfeiffer & co. witzig und kompakt als Playmobil-Figuren den Konvent erklären. 🌞



## INFO

→ Nähere Informationen zum Verfassungskonvent finden Sie unter:  
<https://www.blz.bayern.de/herrenchiemsee.html>



→ Die ZfP-Folge „Der Weg zum Grundgesetz“ erläutert die Hintergründe des Verfassungskonvents und seine Bedeutung:  
[https://www.blz.bayern.de/der-weg-zum-grundgesetz\\_zfp\\_121.html](https://www.blz.bayern.de/der-weg-zum-grundgesetz_zfp_121.html)



→ Informativen Lesestoff zum Thema bietet ein Sonderheft zur Ausstellung:  
Zu bestellen unter:  
[https://www.blz.bayern.de/themenheft-herrenchiemsee\\_p\\_462.html](https://www.blz.bayern.de/themenheft-herrenchiemsee_p_462.html)



→ Interaktive Materialien zur Ausstellung finden Sie unter:  
<https://www.blz.bayern.de/herrenchiemsee-museum.html>



Die Ausstellung auf Herrenchiemsee im Augustiner-Chorherrenstift ist zu folgenden Zeiten geöffnet:  
1. April-24. Oktober: 9-18 Uhr  
(letzter Einlass 17 Uhr)  
25. Oktober-31. März: 10-16.45 Uhr  
(letzter Einlass 15.45 Uhr)



## DIE LANDESZENTRALE GOES SUPERBLOOM!

DIE BLZ NIMMT ZUM ZWEITEN MAL AM MUSIKFESTIVAL IN MÜNCHEN TEIL



Alle Fotos: BLZ



Musik und politische Bildung vor traumhafter Kulisse des Olympiaparks gefällig? Das Superbloom Festival machte es auch im zweiten Jahr seines Bestehens möglich. 50.000 Besuchende kamen am 2. und 3. September zusammen, um „Kunst und Lebensgefühl“ sowie Acts wie Peter Fox, Trettmann oder Imagine Dragons im Münchner Olympiapark zu erleben. In verschiedenen Experience-Areas hatte das Publikum die Gelegenheit, sich mit aktuellen Themen und Angeboten aus verschiedenen Bereichen wie Wissenschaft, Kleinkunst oder Mode auseinanderzusetzen. Im *Your-Planet*-Bereich gab es z.B. einen „interaktiven

Spielplatz für Nachhaltigkeitsprojekte, soziale Initiativen und innovative Gedanken über unsere Zukunft“. Die Bayerische Landeszentrale (BLZ) war auch in diesem Jahr als Presenting Partner des *Your-Planet*-Bereichs vertreten: Neben zehn Diskussionspanels, die gemeinsam mit der Stiftung Neuland&Gestalten kuratiert und durchgeführt wurden, und aktuellen Publikationen der BLZ und Give-Aways gab es im Rahmen eines Demokratieparcours mit interaktiven Stationen nicht nur die Möglichkeit, eigenes politisches Wissen zu testen, sondern auch zu gesellschaftspolitischen Themen ins Gespräch zu kommen.





### Aktuelle Debatten auf der Your-Planet-Bühne

Bedeutet queer zu sein auch gleichzeitig sich politisch engagieren zu müssen? Brauchen wir mehr Gaming an Bildungseinrichtungen? Wie vermeiden wir es in Krisenzeiten, von den Nachrichten überwältigt zu werden? Brauchen wir mehr Frauen in der Musikbranche? Diese und viele andere Themen wurden im Rahmen von insgesamt zehn gut halbstündigen Panels auf der Bühne des *Your-Planet*-Bereiches zusammen mit Expertinnen und Experten erörtert.

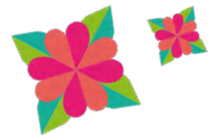
### Demokratie-Parcours und seitenweise Gewinne

Die Festivalbesucher konnten außerdem einen Demokratie-Parcours absolvieren und Chips sammeln, mit denen sie sich aus dem Angebot der BLZ Fachbücher und Graphic Novels und Give-Aways aussuchen konnten. Die Diskussionsstationen gehörten dazu, sowie eine Fotobox, die die Möglichkeit bot, sich mit seinem favorisierten

Artikel aus dem Grundgesetz ablichten zu lassen. Im interaktiven Bereich stieß der Einbürgerungstest auf sehr großes Interesse. Hier konnten sich Besucherinnen und Besucher durch 33 Fragen aus dem Einbürgerungstest klicken und ihr Wissen auf den Prüfstand stellen. Vor dem Glücksrad bildeten sich teilweise lange Schlangen – es ging darum, Fragen zum Thema Pop und Politik zu beantworten. Schätzungsweise 6.000 junge Menschen nutzten an den beiden Festivaltagen das Angebot zu politischer Bildung und besuchten den Stand der Landeszentrale.

### Politische Bildung mit musikalischem Rahmen

Schon zum zweiten Mal erwies sich das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung auf Musikfestivals vielversprechend. In entspannter Atmosphäre kommen vor allem junge Menschen, die politisch interessiert und offen für neue Impulse sind, miteinander in die Diskussion. Daher wird es auch im nächsten Jahr wieder heißen: Die Landeszentrale goes Superbloom! 🌻



### INFO

Was ist der Unterschied zwischen Mord und Totschlag?

Mit welchem Satz hat Elisabeth Selbert unser Grundgesetz entscheidend geprägt?

Wie wird sichergestellt, dass das Strafrecht gerecht ist?

Diese und weitere Fragen werden in unserem neuen Podcast „Dein gutes Recht“ beantwortet. Acht spannungsgeladene Geschichten um Menschen, die unsere Grundrechte geprägt haben.

Überall dort, wo es Podcasts gibt, oder hier: [www.blz.bayern.de/dgr](http://www.blz.bayern.de/dgr)



# EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

## Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen  
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit  
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München  
Telefon: 089 9541154-00  
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de  
www.blz.bayern.de

## Redaktion

Monika Franz, Christina Gibbs, Manfred Fischl,  
Nadja Renner

## Titelbildnachweis

Nach einer Farbbeutelattacke der „Letzten Generation“ wird das Brandenburger Tor in Berlin mit einem Hochdruckreiniger gesäubert, 18. September 2023.  
Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Fotograf:  
Markus Schreiber

## Gestaltung

MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,  
Wuppertal

## Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG,  
München/Regensburg

## BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.  
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.  
Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.